



Stadt Gummersbach

Beteiligungsbericht 2022

Vorwort

Die Stadt Gummersbach bedient sich im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung zur Erledigung und Wahrnehmung einiger öffentlicher Aufgaben kommunaler Unternehmen des privaten und öffentlichen Rechts.

Der nach § 117 GO NRW zu erstellende und jährlich fortzuschreibende Beteiligungsbericht dient der Information der Ratsmitglieder sowie der Einwohnerinnen und Einwohner, um einen umfassenden Einblick in die bestehenden Beteiligungen und deren wirtschaftliche Betätigung und Entwicklung zu erhalten.

Mit der Einführung des 2. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes hat der Beteiligungsbericht aufgrund der dort vorgesehenen Möglichkeit der Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses zusätzliche Bedeutung erlangt und ist nach einem gesetzlich vorgegebenen Muster zu erstellen.

Als Informationsgrundlage für die Darstellung der einzelnen Beteiligungen wurden die Jahresabschlüsse und die entsprechenden Prüfungsberichte der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften herangezogen. Insofern stellt der aktuell vorliegende Bericht alle unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Stadt Gummersbach zum Informationsstand vom 31.12.2022 dar und enthält wesentliche Informationen sowohl zu der Gewinn- und Verlustrechnung als auch zu den Bilanzen der Unternehmen, auf die die Stadt Gummersbach wesentlichen Einfluss hat. Ebenfalls werden die bestehenden wirtschaftlichen Verflechtungen dargestellt und auf gegebenenfalls vorhandene Risiken geprüft.

Überwiegend kann die wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligungen der Stadt Gummersbach als stabil bis positiv beschrieben werden. Die regelmäßig von Wirtschaftsprüfern oder der Örtlichen Rechnungsprüfung geprüften Jahresabschlüsse einschließlich der Lageberichte sowie Chancen- und Risikoberichte wurden als zutreffend und realistisch bewertet.

Der Beteiligungsbericht soll den beiden Hauptzielgruppen, den politisch verantwortlichen Mandatsträgern und der interessierten Öffentlichkeit einen schnellen Überblick über die Beteiligungsverhältnisse der Stadt Gummersbach sowie über die Aufgabenerfüllung und die finanzielle Situation in den Beteiligungsunternehmen verschaffen. Aus diesem Grund wird der Beteiligungsbericht für jeden Interessierten zur Einsichtnahme im Internet unter www.gummersbach.de veröffentlicht.

Gummersbach, 19.03.2025

i.V.



Raoul Halding-Hoppenheit
Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen	4
2	Beteiligungsbericht 2022	5
2.1	Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes	5
2.2	Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes	6
3	Das Beteiligungsportfolio der Stadt Gummersbach	7
3.1	Änderungen im Beteiligungsportfolio	8
3.2	Beteiligungsstruktur	8
3.3	Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen	10
3.4	Einzeldarstellung	11
3.4.1	Unmittelbare Beteiligungen	12
3.4.1.1	Abfall-, Sammel- und Transportverband Oberberg (ASTO)	12
3.4.1.2	AggerEnergie GmbH	17
3.4.1.3	Citymanagement Gummersbach GmbH	22
3.4.1.4	Civitec	26
3.4.1.5	d-NRW AöR	32
3.4.1.6	Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH	37
3.4.1.7	Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach GmbH	43
3.4.1.8	Gummersbacher Wohnungsbaugesellschaft mbH	48
3.4.1.9	Klinikum Oberberg GmbH (Konzern)	52
3.4.1.10	KultGM AöR	56
3.4.1.11	Oberbergische Aufbau GmbH	60
3.4.1.12	Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH (OVAG)	64
3.4.1.13	Radio Berg GmbH & Co. KG	68
3.4.1.14	Sparkasse Gummersbach	73
3.4.1.15	Stadtwerke Gummersbach – Bereich Abwasser	79
3.4.1.16	Stadtwerke Gummersbach – Bereich Wasser, Wärme, Bäder, Parken	82
3.4.1.17	Steinmüller Bildungszentrum GmbH	86
3.4.1.18	Trägergesellschaft Stadthalle Gummersbach mbH	90
3.4.1.19	Zweckverband der Förderschulen	94
3.4.2	Mittelbare Beteiligungen	99
3.4.2.1	Kreiskliniken Gummersbach – Waldbröl GmbH	99
3.4.2.2	Psychosomatische Klinik Bergisch Land gemeinnützige mbH	102
3.4.2.3	Gesellschaft für Krankenhausdienstleistungen mbH	106
3.4.2.4	Gesellschaft für Rehabilitation, Prävention und Pflege mbH	110
3.4.2.5	MVZ Oberberg GmbH	111
3.4.2.6	Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH	113
3.4.2.7	„Der Radevormwalder“ Omnibus GmbH	117
3.4.2.8	Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	120
3.4.2.9	Arena Gummersbach GmbH & Co. KG	123
3.4.2.10	Arena Gummersbach Management GmbH	126

1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts Anderes vorschreiben.

Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“).

Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentlichen Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

In § 109 GO NRW sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommune, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtliche Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im zulässigen Rahmen kommunaler Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein. Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.

2 Beteiligungsbericht 2022

2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes

Grundsätzlich haben alle Kommunen gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert, sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen.

Hiervon abweichend sind Kommunen gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der drei im Gesetz genannten Merkmale zutreffen.

Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses entscheidet der Rat gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Der Rat der Stadt Gummersbach hat am 15.06.2023 gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW entschieden, von der nach § 116a Absatz 1 GO NRW vorgesehenen Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts Gebrauch zu machen. Daher hat die Stadt Gummersbach gemäß § 116a Absatz 3 GO NRW einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO NRW grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

- 1 die Beteiligungsverhältnisse,
- 2 die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
- 3 eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
- 4 eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen. Der Rat der Stadt Gummersbach hat am 02.04.2025 den Beteiligungsbericht 2022 beschlossen.

2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über alle unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form der Stadt Gummersbach. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche der Stadt Gummersbach, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit der Stadt Gummersbach durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Gummersbach durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

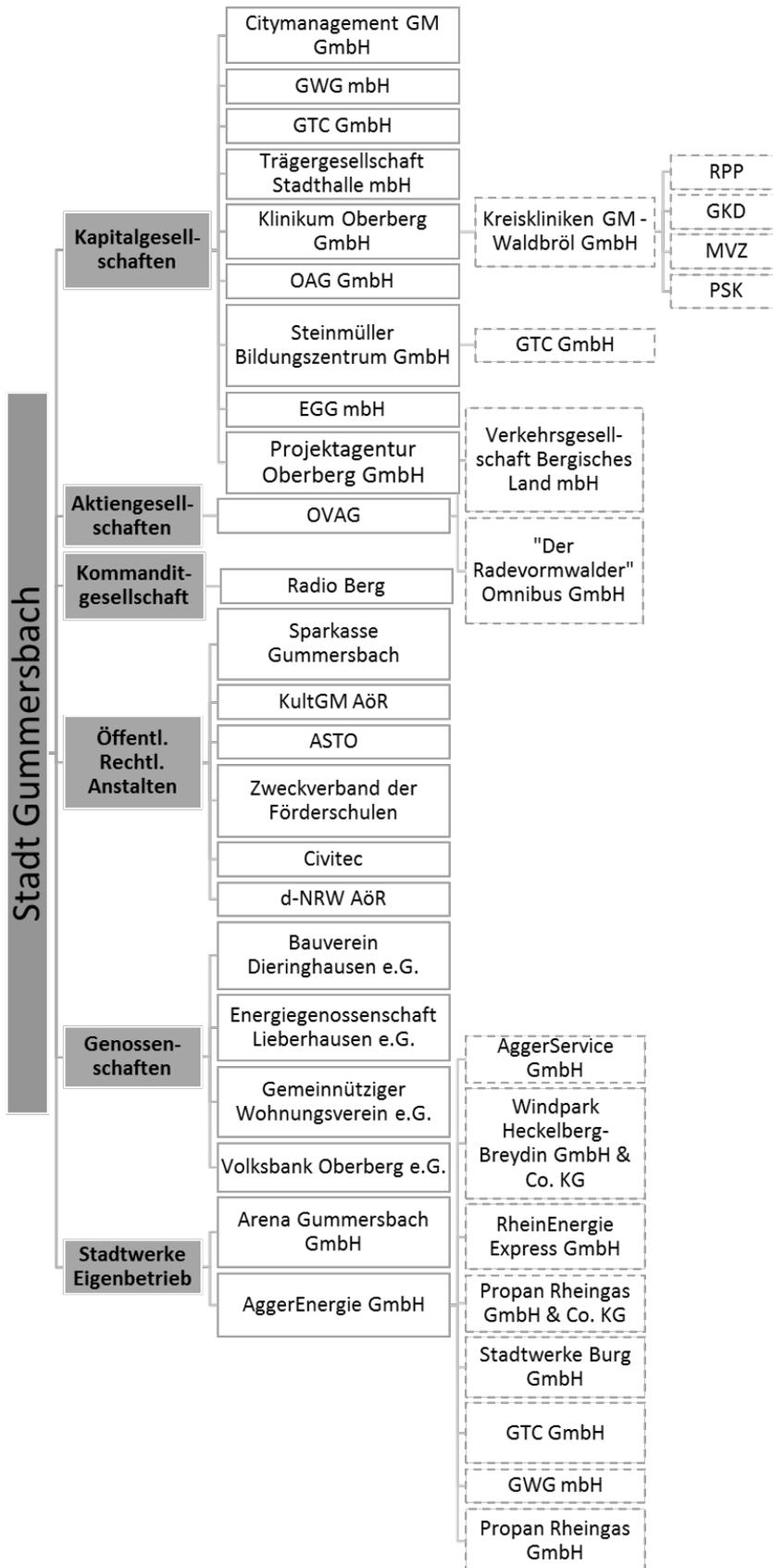
Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation der Stadt Gummersbach insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

Adressat der Aufstellungspflicht ist die Stadt Gummersbach. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen der Stadt Gummersbach die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

Hierzu kann die Stadt Gummersbach unmittelbar von jedem verselbständigten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW).

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen auf den festgestellten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2022. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2022 aus.

3 Das Beteiligungsportfolio der Stadt Gummersbach



3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio

Im Jahr 2022 hat es keine Änderungen bei den unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Stadt Gummersbach gegeben.

3.2 Beteiligungsstruktur

Lfd. Nr.	Beteiligung	Stammkapital	Anteil der Stadt Gummersbach		Jahresergebnis	Beteiligungsart
		31.12.2022	am Stammkapitel		2022	
		EURO	EURO	%	EURO	
Verbundene Unternehmen						
1	Kult GM AÖR	1.000.000	1.000.000	100,00	-856	Unmittelbar
2	Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH	1.073.750	1.073.750	100,00	151	Unmittelbar
3	Gummersbacher Wohnungsbaugesellschaft mbH	1.500.000	865.714	57,71	711	Unmittelbar
3.1	KPBAG Immobilien GmbH & Co. KG			5,25		Mittelbar
4	Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach GmbH	730.150	432.150	59,19	25	Unmittelbar
5	Trägersgesellschaft Stadthalle Gummersbach mbH	444.824	317.001	71,27	11	Unmittelbar
Beteiligungen						
6	Citymanagement Gummersbach GmbH	25.000	12.250	49,00	-53	Unmittelbar
7	Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH	4.704.000	1.254.400	26,67	0	Unmittelbar
7.1	Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH	650.000	173.355	26,67	-139	Mittelbar
7.2	„Der Radevormwalder“ Omnibus GmbH	273.000	72.809	26,67	211	Mittelbar
8	Steinmüller Bildungszentrum GmbH	25.000	2.500	10,00	121	Unmittelbar
9	Klinikum Oberberg GmbH (Konzern)			22,00		Unmittelbar
9.1	Klinikum Oberberg GmbH	1.965.000	432.300	22,00	114	Unmittelbar
9.1.1	Kreiskliniken Gummersbach – Waldbröl GmbH			20,62		Mittelbar
9.1.2	Psychosomatische Klinik Bergisch Land gGmbH			20,62		Mittelbar
9.1.3	Gesellschaft für Krankenhausdienstleistungen mbH			20,62		Mittelbar
9.1.4	Gesellschaft für Rehabilitation, Prävention und Pflege mbH			20,62		Mittelbar
9.1.5	MVZ Oberberg GmbH			20,62		Mittelbar
10	Oberbergische Aufbau GmbH	630.100	25.600	4,06	-166	Unmittelbar
11	d-NRW AÖR	1.368.000	1.000	0,07	0	Unmittelbar

Lfd. Nr.	Beteiligung	Stammkapital 31.12.2022	Anteil der Stadt Gummersbach am Stammkapitel		Jahresergebnis 2022	Beteiligungsart
12	Projektagentur Oberberg GmbH	25.000	750	3,00		unmittelbar
13	Radio Berg GmbH & Co. KG	511.292	10.737	2,10	34	unmittelbar
13	Abfall- Sammel- und Transportverband Oberberg (ASTO)			33,33	420	Unmittelbar
14	Zweckverband der Förderschulen			26,58	307	Unmittelbar
15	Zweckverband Civitec			2,94	335	Unmittelbar
Sondervermögen						
16	Eigenbetrieb Stadtwerke Gummersbach - Bereich Wasser, Wärme, Bäder, Parken -			100,00	1.203	Unmittelbar
16.1	Arena Gummersbach GmbH & Co. KG			10,00		Mittelbar
16.2	Arena Gummersbach Management GmbH			25,10		Mittelbar
17	Eigenbetrieb Stadtwerke Gummersbach - Bereich Abwasser -			100,00	1.114	Unmittelbar
18	AggerEnergie GmbH	33.617.583	5.185.710	15,43	7.971	Unmittelbar; die Beteiligung wurde jedoch auf den Eigenbetrieb Stadtwerke übertragen und wird dort bilanziert
Ausleihungen						
19	Gemeinnütziger Wohnungsverein Gummersbach eG		6.300	6,90		Unmittelbar
20	Energiegenossenschaft Lieberhausen eG		2.100	2,40		Unmittelbar
21	Bauverein Dieringhausen		14.096	6,70		Unmittelbar
22	Volksbank Oberberg eG		183	0,0004		Unmittelbar
Sonstige Beteiligungen						
23	Sparkasse Gummersbach			45,84	1.336	Unmittelbar

3.3 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Übersicht über die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen im Kommunalkonzern Kommune (in TEUR)

	Forderungen	Verbindlichkeiten	Erträge	Aufwendungen
	31.12.2022	31.12.2022	2022	2022
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Kult GM AÖR	1	0	341	690
Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH	54	20	330	119
Gummersbacher Wohnungsbaugesellschaft mbH	1	0	240	411
GTC GmbH	0	0	0	0
Trägersgesellschaft Stadthalle Gummersbach mbH	0	0	0	0
Citymanagement Gummersbach GmbH	0	0	0	264
Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH	6	0	18	1.491
Steinmüller Bildungszentrum GmbH	0	0	2	0
Klinikum Oberberg GmbH	0	7	45	0
Oberbergische Aufbau GmbH	0	0	0	0
d-NRW AÖR	0	0	0	1
Projektagentur Oberberg GmbH	0	0	0	9
Radio Berg GmbH & Co. KG	0	0	3	0
Abfall- Sammel- und Transportverband Oberberg (ASTO)	0	0	369	160
Zweckverband der Förderschulen	9	0	180	680
Zweckverband regioIT	35	78	0	920
Eigenbetrieb Stadtwerke Gummersbach	286	343	2.666	3.495
AggerEnergie GmbH	92	153	1.867	2.409
Sparkasse Gummersbach	5	10	45	0

Name des Unternehmens	Anteil am Kapital	Gewinnausschüttung (+) / Verlustausgleich (-) in T €	Konzessionsabgaben in T €	Eigenkapitalverzinsung in T €
Stadtwerke Gummersbach	100,00 %	0	646	1.252
AggerEnergie GmbH	15,43 %	0	1.753	0
KultGM AÖR	100,00 %	-856	0	0
Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH	100,00 %	+100	0	0
Sparkasse Gummersbach	45,84 %	+129	0	0
Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach GmbH	59,19 %	0	0	0
Gummersbacher Wohnungsbaugesellschaft mbH	57,71 %	+231	0	0
Radio Berg	2,10 %	+2	0	0

3.4 Einzeldarstellung

3.4.1 Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Gummersbach zum 31. Dezember 2022

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz unter der langfristigen Vermögensposition „Finanzanlagen“

- als „Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen die Stadt Gummersbach einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn die Stadt Gummersbach mehr als 50 % der Anteile hält,
- als „Beteiligungen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Anteile an Unternehmen und Einrichtungen zum Ausweis, die die Kommune mit der Absicht hält, eine auf Dauer angelegte, im Regelfall über ein Jahr hinausgehende Verbindung einzugehen und bei denen es sich nicht um verbundene Unternehmen handelt.
- als „Sondervermögen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Kommunalvermögen, das zur Erfüllung eines bestimmten Zwecks dient und daher getrennt vom allgemeinen Haushalt der Stadt Gummersbach geführt wird. Sondervermögen sind gemäß § 97 GO NRW das Gemeindegliedervermögen, das Vermögen rechtlich unselbstständiger örtlicher Stiftungen, Eigenbetriebe (§ 114 GO NRW) und organisatorisch verselbstständigte Einrichtungen (§ 107 Abs. 2 GO NRW) ohne eigene Rechtspersönlichkeit,
- als „Ausleihungen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um langfristige Finanzforderungen der Stadt Gummersbach gegenüber Dritten, die durch den Einsatz kommunalen Kapitals an diese entstanden sind und dem Geschäftsbetrieb der Stadt Gummersbach dauerhaft dienen sollen. Mit Ausnahme von GmbH-Anteilen, die nicht als verbundene Unternehmen oder Beteiligungen ausgewiesen werden, weil sie lediglich als Kapitalanlage gehalten werden, handelt es sich bei den Ausleihungen nicht um Beteiligungen im Sinne der GO NRW. Aufgrund dessen werden diese lediglich in der Beteiligungsstruktur (3.2) nachrichtlich ausgewiesen.

3.4.1 Unmittelbare Beteiligungen

3.4.1.1 Abfall-, Sammel- und Transportverband Oberberg (ASTO)

Anschrift	Abfall- Sammel- und Transportverband Oberberg (ASTO) Moltkestraße 2 51643 Gummersbach
Gründungsjahr	01.01.1997
Satzung	Es gilt die Satzung vom 20. Juni 2000

Zweck der Beteiligung

Der Verband betreibt seit dem 01.01.1997 für die Mitgliedsgemeinden die Abfallentsorgung in seinem Gebiet als öffentliche Einrichtung. Diese bildet eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit. Die Entsorgung von Abfällen durch den Verband umfasst das Einsammeln und Befördern von Abfällen und sonstige in dem Abfallwirtschaftskonzept des Bergischen Abfallwirtschaftsverbandes (BAV) und in den §§ 5 und 9 Landesabfallgesetz vorgesehene Maßnahmen. Der Verband ist insoweit Sonderrechtsnachfolger der Mitglieder.

Der Verband kann sich zur Durchführung seiner Aufgaben Dritter bedienen.

Der Verband kann zur Durchführung seiner Aufgaben erforderliche Satzungen gemäß § 8 Abs. 4 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit erlassen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist das ordnungsgemäße Einsammeln und Befördern von Abfällen im Stadtgebiet. Zur weiteren Verwertung und Beseitigung übergibt der ASTO die eingesammelten Abfälle dem Bergischen Abfallwirtschaftsverband. Der ASTO dient dem öffentlichen Wohl und hat keine Absicht, Gewinne zu erzielen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Beteiligungsverhältnisse

Stadt Gummersbach	33,33%
Stadt Bergneustadt	11,11%
Stadt Wiehl	16,67%
Stadt Waldbröl	11,11%
Gemeinde Marienheide	11,11%
Stadt Wipperfürth	16,67%

Beteiligungen der Gesellschaft

Der ASTO hält Anteile an der Bergischen Wertstoff-Sammel-GmbH (BWS) mit Sitz in Engelskirchen in Höhe von 80.597,46 €.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	2.147	2.067	+80	Eigenkapital	1.583	1.164	+419
Umlaufvermögen	2.440	2.545	-105	Sonderposten	159	340	-181
				Rückstellungen	2.186	2.030	+156
				Verbindlichkeiten	672	1.093	-421
Aktive Rechnungsabgrenzung	13	15	-2	Passive Rechnungsabgrenzung	0	0	0
Bilanzsumme	4.600	4.627	-27	Bilanzsumme	4.600	4.627	-27

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0
3. sonstige Transfererträge	0	0	0
4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	18.581	17.696	+885
5. Privatrechtliche Leistungsentgelte	439	481	-42
6. Erträge aus Kostenerstattung/-umlage	176	181	-5
7. sonstige ordentliche Erträge	49	44	+5
8. Aktivierte Eigenleistung	0	0	0
9. Bestandsveränderungen	0	0	0
10. Ordentliche Erträge	19.245	18.402	+843
11. Personalaufwendungen	677	645	+32
12. Versorgungsaufwendungen	10	4	+6
13. Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen	17.777	17.665	+112
14. Bilanzielle Abschreibungen	17	15	+2
15. Transferaufwendungen	0	0	0
16. Sonstige ordentliche Aufwendungen	344	175	+169
17. Ordentliche Aufwendungen	18.825	18.506	+319
18. Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 17)	419	-104	+524
19. Finanzerträge	0	0	0
20. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0
21. Finanzergebnis (Zeile 19 und 20)	0	0	0
22. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeiten (Zeilen 18 und 21)	420	-104	+524
23. Außerordentliche Erträge	0	0	0
24. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
25. Außerordentliches Ergebnis (Z. 23 und 24)	0	0	0
26. Jahresergebnis (Zeilen 22 und 25)	420	-104	+524
27. Globaler Minderaufwand	0	0	0
28. Jahresergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (Zeilen 26 und 27)	420	-104	+524

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
Eigenkapitalquote	34,41	25,34	+9,07
Eigenkapitalrentabilität	26,53	-8,74	+35,27
Anlagendeckungsgrad 2	169,71	150,43	+19,28
Verschuldungsgrad	190,65	297,42	-106,77
Umsatzrentabilität	-2,17	0,56	-2,73

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren 9 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Das Haushaltsjahr 2022 hat laut Jahresabschluss vom 20.04.2023 mit 19.244.305,09 EUR auf der Ertragsseite und mit 18.825.343,67 EUR auf der Aufwandsseite abgeschlossen. Zinserträge konnten wegen der anhaltenden Niedrigzinsphase nicht erwirtschaftet werden. Die Ergebnisrechnung weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 418.961,42 EUR aus, der als Bilanzergebnis in der Bilanz 2022 ausgewiesen wird. Die Begründung hierfür liegt in den stark reduzierten Abfallmengen.

War das Jahr 2021 noch bei den Abfallmengen deutlich bestimmt durch die Corona-Pandemie und damit durch größere Mengen beim Restabfall- und Sperrmüll, so hat sich die Situation im Jahr 2022 durch den Krieg in der Ukraine umgekehrt. Aufgrund der Preissteigerungen in allen Lebensbereichen übte die Bevölkerung einen deutlichen Konsumverzicht, was sich insbesondere bei den „Wohlstandsindikatoren“ Sperrmüll und Elektroaltgeräte zeigte. So fällt die Elektroaltgerätemenge um 360 t und die Sperrmüllmenge um 1.350 t niedriger aus als geplant und auch der Restmüll reduzierte sich um 480 t. Witterungsbedingt sanken auch die Biomengen um 700 t und die PPK-Mengen sanken 2022 extrem, da durch den geringeren Konsum auch weniger Pappen und Kartonagen aus dem Onlinehandel angefallen sind.

Das Ergebnis der Betriebsabrechnung schließt mit einer großen Überdeckung in Höhe von 369.104 EUR nur deshalb ab, da für das Jahr 2022 im Rahmen der Kalkulation der Plan-Aufwand durch den Abbau einer sehr großen Überdeckung in Höhe von 340.370 EUR reduziert worden war, diese aber durch die tatsächlichen großen Mengenreduzierungen der Abfälle und der damit reduzierten Kosten nicht benötigt wurde. Dadurch steht diese Überdeckung noch weiter zur Verfügung, so dass sich die neue hohe Überdeckung errechnet.

Der fortgeschriebene Ansatz 2022 wurde nicht durch Ermächtigungsübertragungen aus dem Jahr 2021 verstärkt. Ebenfalls haben keine Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2023 stattgefunden.

Grundsätzlich werden die Aufgaben jährlich entsprechend der Gebührenkalkulation so abgewickelt, dass die Erträge die Aufwendungen decken können und nur wenige das Rechnungsjahr übergreifende Vorgänge entstehen. Das Kommunalabgabengesetz räumt die Möglichkeit ein entstandene Gebührenunterdeckungen in den Folgejahren wieder zu erwirtschaften. Dadurch wird die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Verbandes fortwährend gesichert und Umlagezahlungen der Mitgliedskommunen werden vermieden.

Chancen und Risiken der Haushaltswirtschaft

Da der Verband keine Kredite für Investitionen und nur klar abgrenzbare Verbindlichkeiten zu bedienen hat, kann von einer soliden und sicheren Finanzbasis gesprochen werden. Durch die geringfügig vorhandenen Sachanlagen sind auch keine hohen Beträge für Abschreibungen zu erwirtschaften, die den Verband belasten könnten. Die in den Finanzanlagen gebundenen Finanzmittel für die Pensions- und Beihilferückstellungen sichern die zukünftigen Verpflichtungen des Verbandes ab und beeinträchtigen die Aufgabenerledigung in keiner Weise.

Die Finanzierung der Aufgaben des ASTO ist durch die jährlich vorzunehmenden Gebührenkalkulationen sowie die Gebührenfestsetzungen gegenüber den Gebührenpflichtigen weitestgehend gesichert. Die vorhandene allgemeine Rücklage / Ausgleichsrücklage kann bei Bedarf zur Stabilisierung der Abfallgebühren reduziert werden. Der ASTO wird seine Aufgaben in dem beschriebenen Umfang weiter durchführen, da nicht zu erkennen ist, dass es in den kommenden Jahren zu merklichen Veränderungen kommen wird.

Insgesamt wird der Verband wie bisher nachhaltig wirtschaftlich handeln, damit die Gemeinschaft der Gebührenpflichtigen weiterhin von den kostensenkenden Synergieeffekten der Verbandsarbeit profitieren kann.

Einflussmöglichkeiten hinsichtlich der Entwicklung zukünftiger gesetzlicher Rahmenbedingungen oder der Entsorgungs- und Abfallverwertungsstrukturen bestehen seitens des ASTO nicht. Soweit sich die Rahmenbedingungen nicht verändern und die Kommunen in NRW für das Einsammeln und Transportieren von Abfällen zuständig bleiben, wird auch der ASTO diese Aufgaben für seine sechs Mitgliedskommunen in der bisherigen Form wahrnehmen. Sollte es zu gesetzlichen Veränderungen kommen, so müsste der Verband entsprechend dieser neuen Rahmenbedingungen seine Aufgaben neu definieren.

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsversammlung

Ordentliche Mitglieder:

Bernd Knabe, Stadt Bergneustadt

Thomas Gothe, Stadt Bergneustadt

Christine Stamm, Stadt Gummersbach

Bastian Frölich, Stadt Gummersbach

Elisabeth Raupach, Stadt Gummersbach

Jürgen Hefner, Technischer Beigeordneter, Stadt Gummersbach

Joachim Scholz, Stadt Gummersbach

Rainer Sülzer, Stadt Gummersbach

Stefan Meisenberg, Bürgermeister, Gemeinde Marienheide

Devin Drossmann, Gemeinde Marienheide

Alexandra Noss, Stadt Wiehl

Peter Kesehage, Stadt Wiehl

Karl-Ludwig Riegert, Stadt Wiehl

Marius Marondel, Stadt Wipperfürth

Wolfgang Ballert, Stadt Wipperfürth

Margit Ahus, Stadt Wipperfürth

Paul Giebeler, Stadt Waldbröl

Eckhard Becker, Stadt Waldbröl

Verbandsvorsteher

Raoul Halding-Hoppenheit, Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer, Stadt Gummersbach

Geschäftsführer

Burkhard Rösner, Geschäftsführer und Kämmerer

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 18 Mitgliedern 4 Frauen an (Frauenanteil: 22,22 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt aktuell nicht vor.

3.4.1.2 AggerEnergie GmbH

Anschrift	AggerEnergie GmbH Alexander-Fleming-Str. 2 51643 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 3003-0
Handelsregister	Amtsgericht Köln, HRB 38406
Gründungsjahr	21.08.2006, rückwirkend zum 01.01.2006
Gesellschaftsvertrag	Es ist gültig der Vertrag vom 20.11.2015

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Energie- und Wasserversorgung des Aggertales und dessen Nachbargebiete, sowie alle dazugehörigen versorgungswirtschaftlichen Aufgaben und Dienstleistungen zum rationellen und umweltfreundlichen Einsatz von Energie und Wasser, ebenso die dortige Errichtung, das Halten, das Betreiben und die Verpachtung von Infrastruktur für Telekommunikationseinrichtungen, damit im Zusammenhang stehende Dienstleistungen und die vertriebliche Nutzung, soweit diese Tätigkeit möglich und wirtschaftlich vertretbar sind. Der Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationseinrichtungen sind gemäß §107 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW davon ausgenommen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen, Geschäften und Dienstleistungen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben, und pachten, ferner Interessengemeinschaften eingehen und Zweigniederlassungen errichten sowie Unternehmensverträge abschließen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die AggerEnergie GmbH ist seit 90 Jahren der kommunal verankerte und leistungsstarke Energieversorger für das Oberbergische Land und Overath. Die Gesellschafterkommunen sichern sich ein hohes Mitspracherecht bei wichtigen Entscheidungen und achten auf die Berücksichtigung kommunaler Interessen. Gegenwärtig werden in der Region zehn Städte und Gemeinden von der AggerEnergie mit Erdgas, neun mit Strom und drei mit Wasser versorgt. Als Unternehmen mit kommunalen Gesellschaftern ist AggerEnergie das Gemeinschaftsstadtwerk für das Oberbergische Land und Overath.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital:		33.617.583,00 EUR
Rhein Energie AG, Köln	62,7444 %	21.093.160,00 EUR
Stadt Gummersbach	15,4256 %	5.185.710,00 EUR
Stadt Wiehl	5,9139 %	1.988.110,00 EUR
Gemeinde Marienheide	4,9766 %	1.673.019,00 EUR
Gemeindewerke Engelskirchen AöR	4,1138 %	1.382.960,00 EUR
Stadt Bergneustadt	3,0859 %	1.037.410,00 EUR
Stadt Overath	2,3153 %	778.360,00 EUR
Stadt Waldbröl	0,5851 %	196.680,00 EUR
Gemeinde Reichshof	0,5087 %	171.000,00 EUR
Gemeine Morsbach	0,3307 %	111.180,00 EUR

Beteiligungen der Gesellschaft

Die AggerEnergie ist an folgenden Gesellschaften beteiligt:

Energiewerke Waldbröl GmbH, Waldbröl	- mit einem Geschäftsanteil von 100 %
AggerService GmbH	- mit einem Geschäftsanteil von 50 %
Windpark Heckelberg-Breydin GmbH & Co. KG, Köln	- mit einem Geschäftsanteil von 7,5 %
Propan Rheingas GmbH & Co. KG, Brühl	- die Kommanditeinlage beträgt 3,0 % des Gesellschaftskapitals
Stadtwerke Burg GmbH, Burg	- mit einem Geschäftsanteil von 1 % des Stammkapitals

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gewinnverteilung an die Gesellschafter erfolgt entsprechend des Beteiligungsverhältnisses derer am gezeichneten Kapital. Die Stadt Gummersbach hat einen Gesellschafterkapitalanteil von 15,4256 %. Gemäß dem Gesellschaftsvertrag der AggerEnergie vom 20.11.2015 (17.11.2015 s. Anlage 6/4) haben die Gesellschafter über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Ergebnisverwendung zu beschließen. In 2022 beschloss die Gesellschafterversammlung den vollen Jahresüberschuss in Höhe von 7.971 TEUR an die Gesellschafter auszuschütten.

Die Geschäftsführung schlägt vor, eine Entnahme aus der Gewinnrücklage in Höhe von 2.530 T€ sowie den Jahresüberschuss 2022 in voller Höhe an die Gesellschafter auszuschütten.

Die Abwicklung sämtlicher finanzwirtschaftlicher Verflechtungen erfolgt über die Stadtwerke.

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	143.636	139.509	+4.127	Eigenkapital	67.601	71.072	-3.471
Umlaufvermögen	29.879	23.187	+6.692	Sonderposten	583	600	-17
				Rückstellungen	51.732	26.026	+25.706
				Verbindlichkeiten	44.864	56.721	-11.857
Aktive Rechnungsabgrenzung	73	103	-30	Passive Rechnungsabgrenzung	8.808	8.380	+428
Bilanzsumme	173.588	162.799	+10.789	Bilanzsumme	173.588	162.799	+10.789

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	216.392	179.160	+37.232
2. sonstige betriebliche Erträge	1.137	1.367	-230
3. Materialaufwand	162.339	120.661	+44.678
4. Personalaufwand	17.014	13.919	+3.095
5. Abschreibungen	10.517	10.905	-388
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	13.518	14.701	-1.183
7. Finanzergebnis	-1.183	-2.860	+1.677
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	12.909	17.631	-4.722
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	7.971	11.307	-3.336

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
Eigenkapitalquote	38,94	43,66	-4,72
Eigenkapitalrentabilität	11,79	15,91	-4,12
Anlagendeckungsgrad 2	78,73	81,41	-2,68
Verschuldungsgrad	156,78	129,06	+27,72
Umsatzrentabilität	3,66	6,26	-2,60

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren ohne Auszubildende und Geschäftsführung 174 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 161) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Von den Umsatzerlösen (einschließlich der Strom-/Energiesteuer) entfallen 129,7 Mio. EUR auf die Sparte Strom und 85,4 Mio. EUR auf die Sparte Erdgas. Die übrigen Umsatzerlöse von 12,7 Mio. EUR resultieren im Wesentlichen aus dem Verkauf von Wasser und Wärme, aus Betriebsführungen und sonstigen technischen und kaufmännischen Dienstleistungen und Aufträgen.

Die Umsatzerlöse nach Abzug der Strom-/Energiesteuer, die aktivierten Eigenleistungen und die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 37,0 Mio. EUR (20,5 %) auf 217,5 Mio. EUR. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus den erforderlichen Preiserhöhungen, sowie aus dem genannten Mehrabsatz in der Sparte Strom. Der Materialaufwand stieg zum Vorjahr um 41,6 Mio. EUR (34,5 %) auf 162,3 Mio. EUR, hauptsächlich wegen des stark verteuerten Energieeinkaufs.

Die deutlich gestiegenen Beschaffungskosten resultieren aus der allgemeinen Marktentwicklung. AggerEnergie beschafft die Strom- und Gasmengen kontinuierlich über den Zeitraum vor dem Lieferjahr. So haben beispielsweise die höchsten Notierungen im Jahre 2021 an der Strombörse für Base-load Cal 2022 bei 32,46 ct/kWh gelegen und damit um 27,53 ct/kWh über dem Vorjahrjahreswert Cal 2021, während die niedrigsten Notierungen bei 4,85 ct/kWh für Cal 2022 (Vorjahr Cal 2021 3,37 ct/kWh) gelegen haben. Insbesondere zur Hochpreisphase Ende des Jahres 2021 musste AggerEnergie aufgrund von Bilanzkreisschließungen für andere Lieferanten, Energie für neue Grundversorgungskunden nachkaufen. Die Erdgasbörsenentwicklung für das Beschaffungsjahr 2022 zeigte an der EEX einen Höchstpreis von 14,07 ct/kWh während der Vorjahreswert Cal 2021 bei 1,76 ct/kWh lag.

Die niedrigsten Preise für Cal 2022 lagen 2021 und 2022 auf einem ähnlichen Niveau von 1,22 ct/kWh bis 1,57 ct/kWh.

Die weiteren betrieblichen Aufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr in Summe unwesentlich um 1,5 Mio. EUR (3,8 %) auf 41,0 Mio. EUR, der Planwert wurde um 2 % unterschritten. Einen Anstieg verzeichneten insbesondere die Personalkosten wegen des genannten Zuwachses an Mitarbeitern und wegen der Zuführung zu Personalrückstellungen.

Das Betriebsergebnis sank um 6,2 Mio. EUR (-30,5 %) auf rund 14,1 Mio. EUR, der Planwert wurde um 25 % unterschritten. Haupteffekt ist eine nicht erreichte Vertriebsrohmarginen in der Sparte Erdgas, da die drastische Verteuerung des Einkaufs nach Ende des Gaswirtschaftsjahres ab Oktober 2022 nur teilweise an die Endkunden weitergegeben werden konnte. Bei der insgesamt 2022 abgesetzten Gas-Menge bedeutet eine zu tragende Verteuerung der Beschaffung um nur 1 ct/kWh bereits eine geringere Marge von rund 8,8 Mio. EUR.

Das Finanzergebnis betrug -1,2 Mio. EUR nach -2,9 Mio. EUR (58,6 %) im Vorjahr, die Veränderungen liegen hauptsächlich im Zinsaufwand bei der Bildung von Pensions-Rückstellungen. Das Ergebnis vor Steuern sank um 4,5 Mio. EUR auf 12,9 Mio. EUR, der Jahresüberschuss ist um 3,3 Mio. EUR (-29,5 %) gegenüber dem Vorjahr gesunken und erreicht 8,0 Mio. EUR. Der Planwert des Jahresüberschusses wurde um 27 % unterschritten.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Frank Röttger
Uwe Töpfer

Aufsichtsrat

Stimmberechtigt:

Jörg Jansen, Polizeibeamter – Vorsitzender

Dr. Dieter Steinkamp (bis 31.07.2022), Vorstandsvorsitzender, RheinEnergie AG – stellv. Vorsitzender

Andreas Feicht (ab 01.08.2022), Vorstandsvorsitzender, RheinEnergie AG - stellv. Vorsitzender

Achim Biergans, Hauptabteilungsleiter Technischer Netzservice, RheinEnergie AG

Dr. Karsten Klemp (bis 31.07.2022) Hauptabteilungsleiter Kraftwerke, RheinEnergie AG

Achim Südmeier Vertriebsvorstand, RheinEnergie AG

Jörg Bukowski, Bürgermeister, Gemeinde Morsbach

Thomas Funke Ressortleiter, Stadt Gummersbach

Susanne Fabry Netz- und Personalvorstand, RheinEnergie AG

Birgit Lichtenstein Kaufmännischer Vorstand, RheinEnergie AG

Stefan Meisenberg Bürgermeister, Gemeinde Marienheide

Wolfgang Paul Hauptabteilungsleiter Finanzen, RheinEnergie AG

Sören Teichmann Bankkaufmann, Deutsche Bank AG

Nicht stimmberechtigt

Christian Hoene, Produktmanager, BPW Bergische Achsen KG

Christoph Nicodemus, Bürgermeister, Stadt Overath

Helmut Schäfer, Pensionär

Larissa Weber, Bürgermeisterin, Stadt Waldbröl

Gesellschafter

RheinEnergie AG, Köln

Stadt Gummersbach
Stadt Wiehl
Gemeinde Marienheide
Gemeindewerke Engelskirchen AöR
Stadt Bergneustadt
Stadt Overath
Stadt Waldbröl
Gemeinde Reichshof
Gemeinde Morsbach

Stille Gesellschafter

Gemeinde Morsbach
Gemeinde Reichshof

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehörten von den insgesamt 13 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 15 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Es gibt keinen Gleichstellungsplan nach § 2 Absatz 2 LGG, da die AggerEnergie ein privatrechtlich geführtes Unternehmen ist, an dem die oberbergischen Kommunen und Overath mit insgesamt etwa 37 % beteiligt sind.

3.4.1.3 Citymanagement Gummersbach GmbH

Die Daten wurden aus dem Jahresabschluss 2021 übernommen, da zum Zeitpunkt der Einbringung des Beteiligungsberichtes noch keine neueren Informationen vorlagen.

Anschrift	Citymanagement Gummersbach GmbH Wilhelmstraße 12 51643 Gummersbach
Gründungsjahr	1999
Gesellschaftsvertrag	Es ist gültig der Vertrag vom 19. März 1999

Zweck der Beteiligung

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit der Citymanagement Gummersbach GmbH ist die Beratung der ansässigen Einzelhändler. Ansiedlungsinteressierte Geschäftsleute werden in ihrem Ansinnen soweit wie möglich von der Citymanagement GmbH beraten und durch Informationen unterstützt. Der andere Tätigkeitsschwerpunkt ist die Durchführung von Events mittels qualitativvoller Veranstaltungen in der Fußgängerzone. Dadurch fördert das Citymanagement den Standort Gummersbach, da Kundenfrequenz und Verweildauer der Passanten erhöht wird und neue Passanten in die Innenstadt gelockt werden. Zu diesen Veranstaltungen gehören die Autoshow, der Weltkindertag und der Weihnachtsmarkt.

Darüber hinaus ist das Citymanagement ein Beleg für Public-Private-Partnership in Gummersbach, da sie mit ihren diversen Geschäftskreisen eine aktive Diskussionsplattform für Politik, Verwaltung, Einzelhandel, Kreditinstitute und andere in der Innenstadt wirkende Akteure ist. Aus einer solchen Kooperation von Citymanagement, Innenstadtgemeinschaft, Sparkasse, Volksbank und Jugendamt ist die Aktion "Weltkindertag" entstanden.

Die Stadt Gummersbach hat der Citymanagement Gummersbach GmbH eine Sondernutzungserlaubnis für Teile der Fußgängerzone in der Innenstadt Gummersbach erteilt, die die Gesellschaft an Anlieger und Dritte überträgt, soweit diese öffentlich gewidmeten Flächen über den Gemeingebrauch in Anspruch nehmen (Sondernutzung).

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel des Unternehmens ist die im dringenden öffentlichen Interesse liegende Förderung des Standortes "Innenstadt Gummersbach" hinsichtlich der Funktionen Handel, Dienstleistungen, Kultur und Freizeit.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital	25.000,00 EUR
Stadt Gummersbach	12.250,00 EUR
Innenstadtgemeinschaft Gummersbach e.V.	12.750,00 EUR

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020		2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	16	11	+5	Eigenkapital	0	0	0
Umlaufvermögen	9	6	+3	Sonderposten			
				Rückstellungen	11	7	+4
				Verbindlichkeiten	36	13	+23
Aktive Rechnungsabgrenzung	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzung	33	0	+33
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	55	3	+52				
Bilanzsumme	80	20	+60	Bilanzsumme	80	20	+60

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2021	2020	Veränderung 2021 zu 2020
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	240	138	+102
2. sonstige betriebliche Erträge			
3. Materialaufwand			
4. Personalaufwand	155	83	+72
5. Abschreibungen	6	4	+2
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	132	107	+25
7. Finanzergebnis			
8. Ergebnis vor Ertragssteuern			
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	-53	-56	+3

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
Eigenkapitalquote	0	0	0
Eigenkapitalrentabilität	0	0	0
Verschuldungsgrad	0	0	0
Umsatzrentabilität	-22,08	-40,58	+18,50

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren drei Mitarbeitende, (Vorjahr: 1) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Das Geschäftsjahr lief in anderem Umfang als die Jahre zuvor, da andere Aufgaben und Ziele der GmbH durch die Corona-Pandemie nicht umgesetzt werden konnten.

Die Ergebnisse der Innenstadtkonferenzen wurden im Rahmen der Möglichkeiten versucht, bestmöglich umzusetzen. Die pandemische Lage stellte uns vor große Herausforderungen.

Ebenfalls war es ohne personelle Unterstützung vielfach nicht möglich, den Ansprüchen gerecht zu werden.

Die Citymanagement Gummersbach GmbH hat noch eine beratende Funktion in Sachen Sondergenehmigungen. Diese Funktion beinhaltet teils erheblichen Aufwand, wird aber unentgeltlich durchgeführt.

Bereits in der Planung befindliche Veranstaltungsformate wie FRÜHLING Gummersbach, MOBIL SEIN Gummersbach und auch der WINTER Gummersbach mussten aufgrund der Pandemie und den damit verbundenen Verordnungen abgesagt werden. Weiterhin wurde entschieden, dass das finanzielle Risiko zu hoch war, um die Planungen fortzusetzen.

Die Herausforderungen lagen in der Betreuung und Beratung der Einzelhändler, Dienstleister und Gastronomen in der Gummersbacher Innenstadt. Vorrangig wurde versucht, den Mitgliedern Hilfestellung zu geben. Die Citymanagement Gummersbach GmbH wurde vor eine außergewöhnliche Situation gestellt, die mit Unterstützung durch die Stadt Gummersbach und dem GMerleben e. V. gemeistert werden konnte.

In der pandemischen Zeit wurde ein neues Kommunikationsmittel, die GMerleben App entwickelt. Diese resultiert aus der gemeinsam mit einem Partner entwickelten Kontaktdatenerfassungs-App. Die GMerleben App soll zukünftig, in Verknüpfung mit unserem Stadtportal/ Homepage www.gmerleben.de, der immer fortschreitenden mobilen Nutzung der digitalen Medien, als neuer Kommunikationskanal dienen. Dazu wird aber neue personelle Unterstützung benötigt, da diese Aufgabe viel Zeit in Anspruch nehmen wird. Die Geschäftsführung erwartet aus dem Betrieb der App und der Homepage eine weitere Finanzierungsquelle für die Gesellschaft.

Darstellung der Lage

Durch die oben beschriebene Entwicklung ist das Geschäftsjahr 2020 mit den vorangegangenen kaum vergleichbar. Die Gesellschaft konnte ihren Verpflichtungen dennoch im gewohnten Maße nachkommen.

In der Vergangenheit wurden keine Rücklagen (weder aus Sondernutzungen, Veranstaltungen, möglichen Vermietungen, etc.) gebildet, so dass die Gesellschaft neue Einnahmequellen schaffen muss. Diese Aufgabe nimmt Zeit in Anspruch, da in der Vergangenheit nicht nachhaltig und zukunftsorientiert gearbeitet wurde.

Wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Wirtschaftliche Bestandsgefährdungspotentiale sind der Geschäftsführung zurzeit nicht bekannt. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass der Bestand erstmal nur bis 31.12.2021 gesichert ist, dies ist in den Dienstleistungsverträgen formuliert.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Uwe Gothow

Aufsichtsrat

Mitglieder

Persönliche Vertreter

Hans Jörg Mecke, Vorsitzender
Frank Helmenstein, stellv. Vorsitzender
Raoul Halding-Hoppenheit
Bärbel Frackenpohl-Hunscher
Helga Auerswald
Rüdiger Hockamp
Frank Grebe
Henning Zöllner

Kristina Oberlinger
Jürgen Hefner
Judith Holtkotte
Claudia Stevenson
Axel Blühm
Ursula Beck
Norman Scholz
Markus Wurth

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 16 Mitgliedern 6 Frauen an (Frauenanteil: 37,5 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt aktuell nicht vor.

3.4.1.4 Civitec

Anschrift	Zweckverbandes "civitec" Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Mühlenstraße 51 53721 Siegburg
Gründungsjahr	01.01.1998
Satzung	Es gilt die Satzung vom 12. Dezember 1997, zuletzt geändert durch die Änderungssatzung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 2019 in Kraft getreten am 14. Januar 2020.

Zweck der Beteiligung

Der Zweckverband bietet Beratungsleistungen und Schulungen an auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnik und pflegt, wartet, beschafft, vermittelt, betreibt, installiert und administriert Komponenten der Informations- und Kommunikationstechnik. Der Zweckverband vermittelt Leistungen und Service auf dem Gebiet der Sprachkommunikation. Programmentwicklungen werden durchgeführt, wenn sie besonders wirtschaftlich oder auf dem Markt keine geeigneten Produkte vorhanden sind.

Der Zweckverband erbringt seine Leistungen vorrangig für seine Mitglieder. Der Umfang dieser Leistungen ergibt sich aus den von den zuständigen Organen beschlossenen aktuellen Produktplänen. Der Zweckverband kann zur Verbesserung des Betriebsergebnisses unter den Voraussetzungen des § 107 ff. GO NW Aufgaben für Dritte übernehmen, die ihrerseits Träger kommunaler Aufgaben sind. Dies gilt insbesondere für die kommunalen Unternehmen der Zweckverbandsmitglieder und Aufgaben, die dem Zweckverband durch den Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung übertragen werden. Die Vermittlung von Leistungen und Service auf dem Gebiet der Sprachkommunikation kann der Zweckverband auch für öffentlich-rechtliche Körperschaften und Dritte, die Trägerkommunaler Aufgaben sind, in der Region Bonn erbringen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Mit dem Zweck der Zusammenarbeit im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik bilden der Oberbergische Kreis und der Rhein-Sieg-Kreis, die kreisfreie Stadt Solingen sowie die kreisangehörigen Städte und Gemeinden einen Zweckverband nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW). Der Sitz des Zweckverbandes ist Siegburg.

Der Zweckverband verfolgt das Ziel, die Qualität und Wirtschaftlichkeit der automatisierten Datenverarbeitung in den Mitgliedsverwaltungen durch die Nutzung gemeinsamer Ressourcen und weiterer Synergien zu verbessern.

Alle Leistungen des Zweckverbandes werden zu wettbewerbsfähigen Konditionen angeboten.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Beteiligungsverhältnisse

Der Zweckverband hat insgesamt 35 kommunale Verbandsmitglieder:

Oberbergischer Kreis, Rhein-Sieg-Kreis, kreisfreie Stadt Solingen sowie die kreisangehörigen Städte und Gemeinden Alfter, Bad Honnef, Bergneustadt, Bornheim, Eitorf, Engelskirchen, Gummersbach, Hennef, Hückeswagen, Königswinter, Lindlar, Lohmar, Marienheide, Meckenheim, Morsbach, Much, Neunkirchen-Seelscheid, Niederkassel, Nümbrecht, Radevormwald, Reichshof, Rheinbach, Ruppichteroth, Sankt Augustin, Siegburg, Swisttal, Troisdorf, Wachtberg, Waldbröl, Wiehl, Windeck und Wipperfürth.

Laut der aktuell gültigen Satzung, haben alle 35 Verbandsmitglieder gleiche Stimm- und Beteiligungsrechte.

Die Stadt Gummersbach ist mit 2,94 % vom Eigenkapital beteiligt.

Beteiligungen der Gesellschaft

Der civitec hat eine 18%ige Beteiligung an der regioIT gesellschaft für Informationstechnologie mbH, Aachen.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	16.988	11.726	+5.262	Eigenkapital	8.150	7.815	+335
Umlaufvermögen	7.918	12.158	-4.240	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	16.586	16.042	+544
				Verbindlichkeiten	249	98	+151
Aktive Rechnungsabgrenzung	79	71	+8	Passive Rechnungsabgrenzung	0	0	0
Bilanzsumme	24.985	23.955	+1.030	Bilanzsumme	24.985	23.955	+1.030

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	3.254	3.247	+7
2. sonstige betriebliche Erträge	427	733	-306
3. Materialaufwand	1.829	1.820	+9
4. Personalaufwand	1.150	1.046	+104
5. Abschreibungen	11	11	0
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	498	552	-54
7. sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	134	88	+46
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	497	825	-328
9. Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	715	173	+542
10. außerordentliche Erträge	0	0	0
11. außerordentliche Ergebnis	0	0	0
12. sonstige Steuern	380	10	+370
13. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	335	163	+172

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
Eigenkapitalquote	32,62	32,62	0
Eigenkapitalrentabilität	4,11	2,09	+2,02
Anlagendeckungsgrad 2	106,07	148,78	-42,71
Verschuldungsgrad	206,56	206,53	+0,03
Umsatzrentabilität	9,09	4,0	+5,09

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren 8 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr 8) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Die Liquidität und das Eigenkapital reichen voraus sichtlich aus, um die für das Geschäftsjahr 2023 geplanten Finanzbedarfe zu tragen. Kreditaufnahmen sind nicht geplant.

Prognosebericht

Der Planumsatz des Zweckverbandes beträgt für 2023 2,8 Mio. Euro. Dieser speist sich - wie auch in den Vorjahren - aus den Erlösen der F&E-Umlage, den Erstattungen der Beamtenbezüge aus dem Zuweisungsvertrag und den Untermietverträgen.

Für das Jahr 2023 wird ein vergleichbares Ergebnis wie das im Geschäftsjahr 2022 erzielte erwartet.

Risikobericht

Da die Entwicklung der Zinsänderung bei Pensionsverpflichtungen nicht absehbar ist, besteht hier ein Einzelrisiko. In Bezug auf die aktiven Beamten ist das Risiko durch den Personalüberleitungsvertrag auf die regio iT übergegangen.

Wesentliche Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen gibt es nicht. Es besteht derzeit ein Preisänderungsrisiko für die regioiT. Mögliche verbliebene Risiken liegen derzeit deutlich unter dem Eigenkapital des civitec.

Auch aus der andauernden Corona-Pandemie ergeben sich nach dem aktuellen Kenntnisstand keine besonderen Risiken für die Geschäftstätigkeit.

Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine wird weitere Auswirkungen auf die Wirtschaft und die öffentliche Verwaltung haben. Die Cyber-Bedrohungslage für Kommunen und Betreiber kritischer Infrastrukturen hat sich laut BSI weiter erhöht. Die empfohlenen Maßnahmen des BSI werden durch die regio iT umgesetzt.

In der Summe sind keine bestandsgefährdenden Risiken für den Zweckverband zu berichten.

Chancenbericht

Durch die Beteiligung an der regioiT und deren positiver Geschäftsentwicklung besteht die Möglichkeit stille Reserven aus dem 18% igen Anteil zu generieren.

Organe und deren Zusammensetzung Verbandsversammlung (35 Mitglieder)

Verbandsmitglied	Vertreter	Stellvertreter
Rhein-Sieg-Kreis	Svenja Udelhoven, Kreisdirektorin	Frank Feldschow, Amtsleiter ab 08.12.2022; Tim Hahlen, Amtsleiter bis 07.12.2022
Oberbergischer Kreis	Klaus Grootens, Kreisdirektor	Stefanie Nähring, AL Hauptamt ab 08.12.2022; Stefan Heße, AL Hauptamt bis 07.12.2022
Alfter	Sabine Zilger, Fachbereichsleiterin	Andreas Johnen, Fachgebietsleiter Personal
Bad Honnef	Sigrid Hofmans, Stadtkämmerin	Christoph Königs, IT-Abteilungsleiter
Bergneustadt	Uwe Binner, allg. Vertreter	Janina Hortmann
Bornheim	Christoph Becker, Bürgermeister	Joachim Brandt, Amtsleiter
Eitorf	Rainer Viehof, Bürgermeister	Oona Grünebaum, Leiterin Hauptamt
Engelskirchen	Laszlo Kotynek, Kämmerer	Norbert Hamm, Allg. Vertreter
Gummersbach	Raoul Halding-Hoppenheit, Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer	Jenny Berkey, Fachbereichsleiterin
Hennef	Michael Walter, Erster Beigeordneter	Wolfgang Rossenbach, IT-Abteilungsleiter
Hückeswagen	Dietmar Persian, Bürgermeister	Thorsten Kemper, Leiter Ratsbüro
Königswinter	Dirk Käsbach, Erster Beigeordneter	Nico Graefe, Geschäftsbereichsleiter Organisation und IT
Lindlar	Dr. Georg Ludwig, Bürgermeister	Michael Eyer, Beigeordneter
Lohmar	Stephan Weber, Leiter Amt für Innovation und Nachhaltigkeit	Dr. Holl-Supra, Smart City Kordinatorin
Marienheide	Thomas Garn, Allg. Vertreter	Stefan Meisenberg, Bürgermeister
Meckenheim	Holger Jung, Bürgermeister	Dr. Petra Arenz,

		Leitung Hauptverwaltung, Organisation und IT
Morsbach	Jörg Bukowski, Bürgermeister	Klaus Neuhoff, Gemeindverwaltungsrat
Much	Christopher Salaske, Kämmerer	Stephan Lang, stv. Fachbereichsleiter ab 15.12.2022; Julia Lohmeier, Sachbearbeiterin IT bis 30.09.2022
Neunkirchen-Seelscheid	Nicole Berka, Bürgermeisterin	Klaus Märzhäuser, Beigeordneter
Niederkassel	Gerhard Bohl, Leiter Fachbereiche Personal und EDV	Carsten Waldbröhl, Beigeordneter
Nümbrecht	Hilko Redenius, Bürgermeister	Sonja Berz, ab 13.12.2022; Manfred Schneider, stv. Bürgermeister bis 12.12.2022
Radevormwald	Simon Woywood, Kämmerer	Reiner Medak, Sachbearbeiter; ehem. Maike Ochs, Sachbearbeiterin
Reichshof	Gerd Dresbach, Kämmerer	Rüdiger Gennies, Bürgermeister
Rheinbach	Dr. Georg Wilmers, Ratsmitglied	Michael Rohloff, Ratsmitglied
Ruppichteroth	Mario Loskill, Bürgermeister	Klaus Müller, Kämmerer
Sankt Augustin	Ralf van Grinsven, FB Leiter IT ab 08.12.2022; Frank Wonneberger, Fachdienstleiter bis 07.12.2022	Verena Boosten, FD Leiterin IT und Achim Krupp, FD Leiter IT ab 08.12.2022; Ralf van Grinsven, Fachdienstleister bis 07.12.2022
Siegburg	Bernd Lehmann, Co-Dezernent	Ralf Reudenbach, Erster Beigeordneter
Solingen	Dirk Wagner, Ressortgeschäftsführung	Nils Gerken, Fachbereichsleiter
Swisttal	Petra Kalbrenner, Bürgermeisterin	Herbert Mahlberg, Leiter der ADV
Troisdorf	Alexander Biber, Bürgermeister	Sandra Hildebrandt, Amtsleiterin
Wachtberg	Jörg Schmidt, Bürgermeister	Swen Christian, Beigeordneter
Waldbröl	Larissa Weber, Bürgermeisterin	Anja Bauer, Stadtkämmerin
Wiehl	Ulrich Stücker, Bürgermeister	Peter Madel, Kämmerer
Windeck	Heidi Kirchner, Gemeindeverwaltungsrätin und FB Leiterin Zentrale Dienste	Alexandra Gauß, Bürgermeisterin
Wipperfürth	Michael Schmitz, IT	Leslie Kamphuis, Leiterin FB Bürgermeisterin

Laut der aktuell gültigen Satzung haben alle 35 Verbandsmitglieder gleiche Stimm- und Beteiligungsrechte.

Vorsitzender: Bürgermeister Mario Loskill, Gemeinde Ruppichteroth

Stellvertreterin: Bürgermeisterin Larissa Weber, Marktstadt Waldbröl

Verbandsvorsteher

Bürgermeister Dietmar Persian, Stadt Hückeswagen

1. Stellvertreter: Oberbürgermeister Tim Kurzbach, Stadt Solingen
2. Stellvertreter: Landrat Sebastian Schuster, Rhein-Sieg-Kreis

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 35 Mitgliedern 7 Frauen an (Frauenanteil: 20,0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt aktuell nicht vor.

3.4.1.5 d-NRW AÖR

Anschrift	d-NRW AÖR Rheinische Str. 1 44137 Dortmund
Gründungsjahr	01.01.2017
Satzung	Es gilt die Satzung vom 19. November 2019

Zweck der Beteiligung

Aufgaben der Anstalt sind nach § 6 Errichtungsgesetz d-NRW AÖR:

- Die Anstalt unterstützt ihre Träger und, soweit ohne Beeinträchtigung ihrer Aufgaben möglich, andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Informationstechnische Leistungen, die der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dienen, erbringt sie insbesondere im Rahmen von staatlich-kommunalen Kooperationsprojekten.
- Die Anstalt unterstützt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des E-Government-Gesetzes Nordrhein-elektronische Kopie
- Die Anstalt erbringt ihre Leistungen gegenüber ihren Trägern und anderen öffentlichen Stellen auf Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages nach den §§ 54 bis 62 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen.

Nach § 2 Abs. 2 der Satzung wird bei der d-NRW AÖR die Koordinierungsstelle des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes vom 14. August 2017 eingerichtet.

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet Bund und Länder, Verwaltungsleistungen bis zum 31.12.2022 auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten (§ 1 Abs. 1 OZG) und ihre Verwaltungsportale miteinander zu einem Portalverbund zu verknüpfen (§ 1 Abs. 2 OZG). Aufgrund dessen ist eine arbeitsteilige Vorgehensweise und ein enges Zusammenwirken zwischen den Landesressorts und den Kommunen mit Unterstützung durch eine zentrale Koordination und mit einer zwischen den Beteiligten abgestimmten Arbeits- und Zusammenarbeitsstruktur notwendig. Daher betreibt d-NRW im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie die OZG-Koordinierungsstelle NRW, die als Informations- und Kommunikationsdrehscheibe innerhalb Nordrhein-Westfalens und zwischen NRW, dem Bund und anderen Ländern fungiert. Die OZG-Koordinierungsstelle NRW stellt den Informationstransfer zwischen allen Beteiligten in NRW untereinander sowie zwischen den Beteiligten in NRW und den relevanten Projekten und Gremien in anderen Ländern und auf Bund-Länder-Ebene sicher. Sie unterstützt die Landesressorts und die Kommunen unter anderem bei der Bestandsaufnahme der Zuständigkeiten und der Online-Dienste sowie bei der Umsetzungsplanung.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die d-NRW AÖR unterstützt ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. d-NRW entwickelt und betreibt für die öffentlichen Gesellschafter verwaltungsübergreifende E-Government-Lösungen. Ziele sind die Förderung der kommunal-staatlichen und interkommunalen Zusammenarbeit sowie der Aufbau von modernen, flächendeckenden und wirtschaftlichen E-Government-Komponenten. Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Beteiligungsverhältnisse

gezeichnetes Kapital	1.368.000,00 EUR	
Land Nordrhein-Westfalen	1.000.000,00 EUR	(73,10%)
Kommunen, Kreise und Landschaftsverbände des Landes NRW	368.000,00 EUR	(26,90%)
	(zu je 1.000,00 EUR)	(0,07%)

Die Stadt Gummersbach hält einen Anteil von 1.000 EUR = 0,07 %.

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	140	76	+64	Eigenkapital	2.897	2.810	+87
Umlaufvermögen	25.942	20.520	+5.422	Sonderposten			
				Rückstellungen	5.607	3.340	+2.267
Aktive Rechnungsabgrenzung	10	5	+5	Verbindlichkeiten	17.559	14.451	+3.108
				Passive Rechnungsabgrenzung	29	0	+29
Bilanzsumme	26.092	20.601	+5.491	Bilanzsumme	26.092	20.601	+5.491

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	101.209	51.001	+50.208
2. sonstige betriebliche Erträge	433	344	+89
3. Materialaufwand	96.866	47.342	+49.524
4. Personalaufwand	4.040	3.313	+727
5. Abschreibungen	46	40	+6
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	676	637	+39
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	14	31	-17
8. Ergebnis nach Steuern	0	-17	+17
9. außerordentliche Erträge	0	0	
10. sonstige Steuern	0	17	-17
11. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	0	0	0

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
Eigenkapitalquote	11,10	13,64	-2,54
Eigenkapitalrentabilität	0	0	0
Anlagendeckungsgrad 2	2.094,67	3.704,34	- 1.609,67
Verschuldungsgrad	800,75	633,20	+167,55
Umsatzrentabilität	0	0	0

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren im Durchschnitt 69 (Vorjahr 62) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Die d-NRW AöR konnte im Jahr 2022 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 101.209 verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr (TEUR 51.002) ergibt sich mithin eine signifikante Steigerung der Umsatzerlöse, die maßgeblich im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket des Bundes für externe Dienstleistungskapazitäten zur Umsetzung des Online Zugangsgesetzes (OZG) für die jeweiligen Bedarfe der Landesverwaltung NRW steht.

Im Vergleich zum 31.12.2021 hat sich das Umlaufvermögen um +TEUR 5.422 erhöht. Grund dafür sind bei einer Erhöhung der bereits geleisteten Anzahlungen (+TEUR 4) vor allem zusätzliche Geldmittel (+TEUR 8.411) bei zugleich verringerten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (-TEUR 2.194) sowie eine Verringerung bei den sonstigen Vermögensgegenständen (-TEUR 802).

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital etwas erhöht (+TEUR 87) und das Fremdkapital ist um +TEUR 5.404 gestiegen. Beim Fremdkapital sind die „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ (+TEUR 1.116) und die „Sonstige Verbindlichkeiten“ (+TEUR 2.102) gewachsen. Demgegenüber sind die „Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen“ (-TEUR 112) im Vergleich zum 31.12.2021 verringert. Die „Rückstellungen“ sind gegenüber dem Vorjahr erhöht (+TEUR 2.268). Maßgeblich sind insoweit vor allem die Einstellungen in die Rückstellungen für Ausgleichsverpflichtungen (+TEUR 2.557) und die Rückstellungen für Urlaub und Mehrarbeit (+TEUR 28), bei verringerten „Sonstige Rückstellungen“ (-TEUR 279) und verringerten Rückstellungen für Gewährleistungen (-TEUR 42).

Für das Geschäftsjahr 2022 wird ein Jahresergebnis von TEUR 0 ausgewiesen. Nach § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR erhebt die Anstalt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt.

Die Materialaufwendungen betreffen im Wesentlichen Leistungen von Subunternehmern für Programmierleistungen. Die Fremdleistungen sind um+ TEUR 49.524 auf TEUR 96.866 gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen TEUR 676 (Vorjahr: TEUR 637) betreffen vor allem die allgemeinen Kosten im Zusammenhang mit dem Dienstbetrieb der weiterhin stark im Wachstum befindlichen Anstalt - z.B. Telefonkosten TEUR 24 (Vorjahr: TEUR 21), Raummiete TEUR 195 (Vorjahr: TEUR 185), Fortbildungskosten TEUR 57 (Vorjahr: TEUR 62), Rechts- und Beratungskosten TEUR 105 (Vorjahr: TEUR 52), Arbeitssicherheit/-medizin TEUR 5 (Vorjahr: TEUR 11), Abschluss- und Prüfungskosten TEUR 14 (Vorjahr: TEUR 22), Buchführungskosten TEUR 27 (Vorjahr: TEUR 25).

Chancen

Hinsichtlich der Umsatz- und Auftragsentwicklung ist die durch die Rechtsformänderung zur AÖR noch engere Bindung an das Land NRW sowie die größere Nähe zu den kommunalen Trägern nebst der zugehörigen IT-Dienstleister weiterhin hervorzuheben. Eine wesentliche Chance der Anstalt liegt damit in ihrer Verankerung im kommunal-staatlichen Umfeld. An der Schnittstelle von Land und Kommunen kann die d-NRW AÖR öffentliche Aufgaben im Bereich der kommunal-staatlichen Zusammenarbeit übernehmen und hierfür Aufträge sowohl von Landesseite als auch von kommunaler Seite erwarten. Exemplarisch ist insoweit die Rolle der Anstalt als sog. Kommunalvertreter.NRW. Die d-NRW AÖR ist damit die zentrale Anlaufstelle der Kommunen für nachnutzbare Online-Dienste im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes und sorgt für die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustausches. Im Zusammenhang mit dem länderübergreifenden Leistungsaustausch ergeben sich weitere Potentiale für die Anstalt. Weitere Chancen, sich im verwaltungsübergreifenden Umfeld zukünftig noch stärker zu etablieren, sind auf der Grundlage der bereits o. g. d-NRW VO zu erwarten, mit der der Anstalt strategische Digitalisierungsaufgaben exklusiv per Rechtsverordnung übertragen worden sind. Dadurch kann sich die d-NRW AÖR noch stärker in die digitale Transformation einbringen.

Risiken

Unwägbarkeiten ergeben sich im Geschäftsbetrieb der Anstalt weiterhin dadurch, dass in der neuen Rechtsform für Leistungen kostendeckende Entgelte zu erheben sind, d. h. die Erzielung von Gewinn nicht Zweck der Anstalt ist. Insoweit wurde, wie mit der Aufsichtsbehörde vereinbart, eine Rückstellung für Ausgleichsverpflichtungen aufgrund von Kostenüberdeckungen gebildet.

Grundsatzentscheidungen zum E-Government auf Bundes- und Landesebene können die Entwicklungsperspektiven beeinträchtigen, wenn damit erhebliche Verzögerungen für Auftragserteilungen einhergehen (z. B. Ausgestaltung des OZG-Folgegesetzes). Unwägbarkeiten ergeben sich zudem noch im Nachgang der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2022, weil die Ausrichtung der weiteren Digitalisierung der Verwaltung in NRW bislang noch nicht abschließend geklärt ist.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Dr. Roger Lienenkamp, Vorsitzender
Markus Both, allg. Vertreter

Verwaltungsrat

Sebastian Kopietz, Stadtdirektor, Stadt Bochum
Harald Zillikens, Bürgermeister, Stadt Jüchen
Andreas Wohland, Beigeordneter, Städte & Gemeindebund NRW
Dirk Brügge, Kreisdirektor, Rhein-Kreis-Neuss
Dr. Marco Kuhn, Erster Beigeordneter, Landkreistag NRW
Prof. Dr. Andreas Meyer-Falcke, CIO - Beauftragter der Landesregierung für IT, MHKBD NRW (CIO)
Simone Dreyer, Regierungsbeschäftigte, MAGS NRW
Lee Hamacher, Ministerialdirigentin, MKJFGFI NRW
Dr. Heinz Oberheim, Ministerialrat, FM NRW
Katharina Jestaedt, Ministerialdirigentin, IM NRW
Diane Jägers, Ministerialdirigentin, MHKBD NRW

Stellvertretende Mitglieder

Stefan Keßen, Ltd. Städt. Direktor, Stadt Hagen

Annekathrin Grehling, Stadtdirektorin & Kämmerin, Stadt Aachen
Dr. Bernhard Baumann, Bürgermeister, Gemeinde Neunkirchen
Jorma Klaus, Bürgermeister, Gemeinde Roetgen
Mike-Sebastian Janke, Kreisdirektor, Kreis Unna
Karim Ahajliu, Referent, Landkreistag NRW
Dr. Markus Brakmann, Ministerialrat, MHKBD NRW (CIO)
Petra Köster, Ministerialrätin, MAGS NRW
Dagmar Friedrich, Ltd. Ministerialrätin, MKJFGFI NRW
Eckhard Grah, Ministerialrat, FM NRW
Dr. Jörg Flüs, Regierungsbeschäftigter, IM NRW
Andreas Happe, Ministerialdirigent, MHKBD NRW

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 23 Mitgliedern 7 Frauen an (Frauenanteil: 30,0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt aktuell nicht vor.

3.4.1.6 Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH

Anschrift	Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH Brückenstraße 4 51643 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 6 00 40
Gründungsjahr	1963
Gesellschaftsvertrag	Es ist gültig der Vertrag vom 19. Juni 2002

Zweck der Beteiligung

Die Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Stadt Gummersbach. In ihrem Kerngeschäft beschäftigt sich die Gesellschaft im Wesentlichen mit der Entwicklung und Erschließung von Wohn- und Gewerbeflächen, sowohl im Eigengeschäft als auch treuhänderisch für die Stadt Gummersbach. Darüber hinaus bietet die Gesellschaft klassische Ingenieurleistungen nach HOAI im Bereich Tiefbau- und Bauleitplanung an. Die Vermietung der Bestandsimmobilien Hindenburgstraße 15 an die Brauhaus Gummersbach GmbH rundet das Profil der Gesellschaft ab. Ende 2018 hat die Gesellschaft darüber hinaus die Verwaltungsgebäude der ehemaligen Fa. Steinmüller von der Stadt Gummersbach mit Besitzübergang am 1. Januar 2019 erworben. Diese werden an überwiegend gewerbliche Nutzer vermietet.

Laut Gesellschaftsvertrag beschränkt sich das Betätigungsfeld der GmbH räumlich auf das Gebiet der Stadt Gummersbach.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH ist es, im öffentlichen Interesse liegende Maßnahmen durchzuführen, die der Verbesserung der öffentlichen Strukturen aller Bereiche im Gebiet der Stadt dienen, sowie der Verbesserung der Verhältnisse des ruhenden und fließenden Verkehrs im Gebiet der Stadt Gummersbach.

Ausgerichtet auf den öffentlichen Zweck beinhaltet dies

- die Entwicklung und Herstellung von Wohnbau- und Gewerbeflächen, einschließlich der Schaffung der notwendigen inneren und äußeren Infrastruktur, einschließlich der hierzu notwendigen Grundstücksgeschäfte,
- die Anschaffung, Bewirtschaftung und der Verkauf von Gebäuden der Gesellschaft,
- die Tätigkeit als Bauträger, Investor und Vermieter von Wohn-, Gewerbe- und sonstigen Gebäuden, auf Grundstücksflächen, die sich im städtischen Eigentum bzw. Eigentum der Gesellschaft befinden,
- vorhandene Anlagen, Flächen und Gebäude aufzubereiten, zu sanieren und einer Nutzung zuzuführen.

Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Vor der Neufassung des Gesellschaftsvertrages am 19. Juni 2002 diente die Gesellschaft nicht Erwerbszwecken, sondern verfolgte ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 1.073.750,00 EUR. Alleingesellschafterin ist die Stadt Gummersbach. Die Entwicklungsgesellschaft besitzt keine Anteile an anderen Unternehmen.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Neben den bestehenden Anteilen, die die Stadt Gummersbach hält, gibt es im Jahr 2022 eine Gewinnausschüttung i.H.v. 100 TEUR.

Im Falle eines Bilanzgewinnes beschließt nach § 13 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags die Gesellschafterversammlung über die Verwendung des Jahresergebnisses.

Nach § 13 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrags besteht im Falle eines Bilanzverlustes keine Verpflichtung des Gesellschafters zur Verlustabdeckung. Der Gesellschafter haftet bis zur Höhe seiner Stammeinlage.

Verflechtungen mit dem städtischen Haushalt bestehen über die Eigenschaft der Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH als Treuhänderin für die Stadt Gummersbach. Die daraus entstehenden finanzwirtschaftlichen Auswirkungen werden im städtischen Jahresabschluss unter der Produktgruppe 1.15.06 Treuhandvermögen ausgewiesen.

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	6.234	6.468	-234	Eigenkapital	4.789	4.789	0
Umlaufvermögen	9.804	8.194	+1.610	Sonderposten			
				Rückstellungen	1.630	1.129	+501
				Verbindlichkeiten	9.636	8.756	+880
Aktive Rechnungsabgrenzung	18	12	+6	Passive Rechnungsabgrenzung			
Bilanzsumme	16.056	14.674	+1.382	Bilanzsumme	16.056	14.674	+1.382

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	3.405	2.190	+1.215
2. sonstige betriebliche Erträge	65	61	+4
3. Materialaufwand	1.964	1.440	+524
4. Personalaufwand	541	484	+57
5. Abschreibungen	243	242	+1
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	168	156	+12
7. Finanzergebnis	152	370	-218
8. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	151	368	-217

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
Eigenkapitalquote	29,83	32,64	-2,81
Eigenkapitalrentabilität	3,15	7,68	-4,53
Anlagendeckungsgrad 2	180,72	152,83	+27,89
Verschuldungsgrad	235,25	206,41	+28,84
Umsatzrentabilität	4,35	16,35	-12,00

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren 12 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 12) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Die im Jahre 1963 gegründete Gesellschaft war im Berichtsjahr in neun Projekten tätig:

Eigenvermögen – Erschließungsmaßnahme

1. Erschließungsmaßnahme Gummersbach – Windhagen-Siedlungsentwicklung West (WSEW)

Eigenvermögen – Vermietung

2. Vermietung einer Immobilie an die Brauhaus Gummersbach GmbH
3. Vermietung von Immobilien auf dem Steinmüllergelände

Trauhandvermögen

4. Entwicklungsmaßnahme Gummersbach – Berstig
5. Erschließungsmaßnahme Gummersbach – Windhagen Gewerbegebiet Ist I/II
6. Erschließungsmaßnahme Gummersbach – Windhagen Gewerbegebiet West
7. Erschließungsmaßnahme Gummersbach – Gewerbepark Sonneberg
8. Revitalisierung des ehemaligen Steinmüllergeländes und des Ackermangeländes
9. Stadtumbaugebiet „Gummersbach-Zentrum 2030“

Ertragslage

Die Umsatzerlöse ergeben sich wie im Vorjahr im Wesentlichen aus den Ergebnissen der Erschließungsmaßnahmen, dem Ergebnis der Bewirtschaftung der Mietobjekte und aus den Trägerhonoraren. Im Berichtsjahr 2022 konnten 15 Baugrundstücke, sowie 3 Arrondierungsflächen als Gartenland aus dem 3. Bauabschnitt Windhagen West verkauft werden. Die Umsätze bei den Trägerhonoraren sind wieder leicht angestiegen, da ab 2022 wieder mehr Personal für diese Aufgaben zur Verfügung stand.

Finanzlage

Im Rahmen des Finanzmanagements wird vorrangig darauf geachtet, sämtlichen Zahlungsverpflichtungen aus dem laufenden Geschäftsjahr sowie den finanzierenden Banken termingerecht nachkommen zu können. Darüber hinaus gilt es, die Zahlungsströme so zu gestalten, dass weiter Liquidität geschöpft wird, sodass ausreichende Eigenmittel für notwendige Investitionen zur Verfügung stehen. Über die in Anspruch genommenen Kredite hinaus verfügt die Gesellschaft über verbindliche Kreditlinien in Höhe von insgesamt 1.200 T€. Die Zahlungsfähigkeit war im gesamten Berichtsjahr 2022 gegeben und wird nach derzeitigem Stand auch zukünftig gegeben sein.

Risiko- und Chancenbericht

Wesentliche Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft bestehen begründet durch die Vermögens- und Ertragssituation sowie durch das Tätigkeitsfeld der Gesellschaft nicht. Das Risikomanagement ist in die unternehmerischen Entscheidungen und Geschäftsprozesse integriert. Es ist darauf ausgerichtet, Risiken möglichst zu vermeiden bzw. frühzeitig zu erkennen.

Wesentliche Bausteine sind die konsequente Anwendung des „Vier – Augen – Prinzips“ sowie die quartalsweise interne Berichterstattung. Außerdem werden externe Beobachtungsberichte wie insbesondere die Entwicklung des Wohnungsmarktes und die Gewerbeflächenentwicklung in die Betrachtung einbezogen. Im Vordergrund steht dabei das Bestreben, Veränderungen so rechtzeitig zu erkennen, dass durch geeignete Maßnahmen wesentliche negative Einflüsse auf die Unternehmensentwicklung abgewendet werden können.

Hinsichtlich der Bewertung der Risiken der künftigen Entwicklung ist zu unterscheiden zwischen den Trägermaßnahmen, bei denen die Gesellschaft treuhänderisch für die Stadt Gummersbach tätig ist und den Eigenmaßnahmen. Bei den Entwicklungsträgermaßnahmen Berstig, Gewerbegebiete Windhagen West und Ost, Gewerbepark Sonnenberg, Steinmüller- / Ackermangelände sowie Innenstadt erbringt die Gesellschaft Leistungen auf der Basis langfristig geschlossener Verträge, die entsprechend den getroffenen Vereinbarungen über Trägerhonorare und / oder HOAI-Honorare vergütet werden. Diese sind sichergestellt, solange die Gesamtwirtschaftlichkeit der einzelnen Projekte nicht gefährdet ist. Eine solche wirtschaftliche Gefährdung ist aus heutiger Sicht bei keinem der Projekte erkennbar, so dass die hier erzielten Honorare mittelfristig über den Zeitraum der jeweiligen avisierten Projektlaufzeiten als gesichert gelten dürften. Die Projekte „Steinmüllergelände“ und „Gummersbach Zentrum“ befinden sich in fortgeschrittenen Entwicklungsstadien, jedoch wird die Fertigstellung der Alten Vogtei, die Ausarbeitung der Schlussverwendungsnachweise und auch die Schaffung von Innenstadtqualitäten im Rahmen der Förderprogramme „Sofortprogramm Innenstadt NRW“ beziehungsweise „Zukunftsfähige Innenstädte und Ortszentren“ auch in den nächsten Jahren Planungs- und Projektsteuerungskapazitäten binden.

Darüber hinaus sollten mittelfristig weitere Projekte akquiriert werden, um langfristig eine stabile Auftragslage für die Gesellschaft zu sichern.

Die Risiken der Eigenmaßnahmen sind unterschiedlich zu bewerten:

Die Wohnbaumaßnahmen Windhagen Siedlungsentwicklung West 1. Und 2. Bauabschnitt konnten bisher nach Plan entwickelt werden. Die Erschließungsarbeiten sind einschließlich Straßenvollausbau für den 1. Bauabschnitt abgeschlossen, die Kosten hierfür hielten sich im vorgegebenen Rahmen. Auch entsprachen die bisherigen Verkaufserlöse den Vorgaben der Planung, alle Baugrundstücke im 1. Und 2. Bauabschnitt sind veräußert. Die meisten der geplanten Häuser befinden sich im Bau oder sind bereits fertig gestellt und bewohnt. Es wird in der Kalkulation auch hier von einer Kostendeckung ausgegangen. Die Realisierung des 3. Abschnitts wurde 2021 begonnen, die Kostenprognose liegt aktuell innerhalb des Kostenrahmens der Projektkalkulation. Im Laufe des Geschäftsjahres wurden ca. 55 % der Bauflächen verkauft. Im Ergebnis kann – bei allen Unwägbarkeiten einer langfristigen Projektentwicklung – von einem positiven Abschluss ausgegangen werden.

Des Weiteren unterliegt die Aufwandstruktur einer permanenten Überprüfung.

Darüber hinaus sind aus heutiger Sicht auch für die nahe Zukunft keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Risiken zu erkennen.

Sicherlich bietet das weite Betätigungsfeld der Gesellschaft auch weiterhin ausreichend Möglichkeiten, die Beschäftigung für die Mitarbeiter mittelfristig sicherzustellen. Da die Treuhandmaßnahmen

Berstig, Steinmüllergelände und auch die Gewerbegebiete nur noch für einen absehbaren Zeitraum (2-4 Jahre) Beschäftigungs- und somit Einnahmepotential bieten, ist es zur langfristigen Sicherung der Gesellschaft erforderlich, laufend neue Projekte oder neue Betätigungsfelder zu akquirieren. Die weitere Entwicklung der Innenstadt mit dem Stadtumbaugebiet „Gummersbach Zentrum“ erfordert eine qualifizierte Betreuung, die die Gesellschaft mit ihrem Knowhow bieten kann. Die unterschiedlichen Handlungsfelder und Planungsbausteine bieten Potential für Leistungserbringung in den Bereichen Projektsteuerung, Tiefbau, Landschaftsarchitektur und Stadtplanung, so dass eine Auslastung der Mitarbeiter der unterschiedlichen Fachdisziplinen sichergestellt sein dürfte. Die zahlreichen Wandlungsprozesse (Klima, Energieversorgung, Demographie, Verkehr, etc.) erfordern Anpassungen in den öffentlichen Räumen der (Innen-)Stadt und kommunaler Liegenschaften. Das neu aufgesetzte Förderprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Ortszentren“ bietet einen ersten Anknüpfungspunkt zur weiteren Qualifizierung der Innenstadt als Betätigungsfeld der Gesellschaft.

Für den Standort der ehemaligen Hauptschule in Strombach wurde im Geschäftsjahr 2022 gemeinsam mit dem Büro ISR eine Machbarkeitsstudie erarbeitet und mit der Stadt Gummersbach ein Entwicklungsträgervertrag ausformuliert.

Der in 2018 erfolgte Ankauf der Bürogebäude der ehemaligen Fa. Steinmüller von der Stadt Gummersbach ist ein weiterer Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Gesellschaft. Die Mieteinnahmen können einen nicht unerheblichen Deckungsbeitrag leisten.

Aufgrund der dargestellten Auftragslage sowie der Beurteilung der geplanten Projekte kann von einer weiteren positiven Entwicklung der Gesellschaft in den nächsten Jahren ausgegangen werden.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Herr Dipl.-Ing. Jürgen Hefner, Techn. Beigeordneter, Gummersbach

Herr Dipl.-Ing. Frédéric Ripperger, Köln

Aufsichtsrat

Herr Frank Helmenstein, Bürgermeister

Frau Helga Auerswald, stellv. Bürgermeisterin

Herr Jörg Jansen, Stadtverordneter

Herr Karl-Otto Schiwiek, Stadtverordneter

Herr Uwe Schieder, Stadtverordneter

Frau Elke Wilke, Stadtverordnete

Herr Joachim Scholz, Stadtverordneter

Herr Uwe Cujai, Geschäftsführer OAG

Herr Barthel Labenz, Regierungsbaudirektor

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 9 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 22,22 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt aktuell nicht vor.

3.4.1.7 Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach GmbH

Anschrift	Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach GmbH Bunsenstraße 5 51647 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 81 45 00
Gründungsjahr	1995
Gesellschaftsvertrag	Es ist gültig der Vertrag vom 23. Oktober 2009

Zweck der Beteiligung

Der Schwerpunkt der Beteiligung der Stadt Gummersbach an der GTC GmbH liegt in der Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger und hier insbesondere bei der Förderung von Innovationen und Existenzgründungen sowie des Technologie- und Wissenschaftstransfers zwischen Wissenschaft, Unternehmen, Institutionen und der öffentlichen Hand, insbesondere in den Bereichen Elektro-, Kraftstoff- und Umwelttechnik, Metallbearbeitung sowie IT und Digitalisierung in der Region Oberberg.

Hierzu betreibt die Gesellschaft ein Gründer- und Technologiezentrum und bietet neben der Vermietung auch Beratungs- und Dienstleistungen an. Die GTC GmbH wurde am 17.02.1995 gegründet.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Um den Einfluss und die Kontrolle des Unternehmens durch die Kommune sicherzustellen, wurde die Gesellschaftsform einer GmbH gewählt. Die GTC GmbH ist auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet. Der kommunale Träger hat einen der Beteiligung nach angemessenen Einfluss in den satzungsgemäßen Aufsichtsgremien.

Die unter der Überschrift „Zweck der Beteiligung“ aufgeführten Tätigkeiten entsprechen dem öffentlichen Zweck wirtschaftlicher Unternehmen der Kommune und begründen ihr Engagement. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Stadt Gummersbach und ihrem voraussichtlichen Bedarf.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital		730.150,00 EUR
Stadt Gummersbach	59,1864 %	432.150,00 EUR
Stadt Hückeswagen	0,3424 %	2.500 EUR
Oberbergischer Kreis	3,5061 %	25.600 EUR
Industrie- und Handelskammer zu Köln, Geschäftsstelle Oberberg	0,3561 %	2.600 EUR
Bremicker Elektrotechnik GmbH	0,3561 %	2.600 EUR
Lothar Bühne	0,3561 %	2.600 EUR
Clemens Immobilien GmbH & Co. KG	0,7053 %	5.150 EUR
Cramer & Herling OHG	0,3561 %	2.600 EUR
Stadt Radevormwald	0,3561 %	2.600 EUR
Deutsche Bank AG	1,0546 %	7.700 EUR
Technische Hochschule Köln	0,3561 %	2.600 EUR
FERCHAU Engineering GmbH	0,3561 %	2.600 EUR
AggerEnergie GmbH	1,7531 %	12.800 EUR
AggerEnergie GmbH	1,7531 %	12.800 EUR

Gummi Berger Hans Berger GmbH & Co. KG	0,7053 %	5.150 EUR
Steinmüller Bildungszentrum gGmbH	0,7053 %	5.150 EUR
Steinmüller Bildungszentrum gGmbH	1,7531 %	12.800 EUR
Otto Kind GmbH & Co. KG	0,7053 %	5.150 EUR
Aptiv Services Deutschlang GmbH	0,7053 %	5.150 EUR
Michael Metgenberg	0,3561 %	2.600 EUR
Svenja Heidbüchel und	0,7053 %	5.150 EUR
Silke Braunschweig (in Erbengemeinschaft)		
Rothstein Immobilienverwaltungs GmbH	0,7053 %	5.150 EUR
Sparkasse Gummersbach	7,0054 %	51.150 EUR
Dhpg Dr. Harzem & Partner mbB WPG-STBG	0,3561 %	2.600 EUR
Dhpg Dr. Harzem & Partner mbB WPG-STBG	0,3561 %	2.600 EUR
Prof. Dr. Friedrich Wilke	0,3561 %	2.600 EUR
Volksbank Oberberg eG	0,7053 %	5.150 EUR
Lenneper GmbH & Co. KG	0,3561 %	2.600 EUR
Kreissparkasse Köln	7,0054 %	51.150 EUR
Stadt Bergneustadt	0,3561 %	2.600 EUR
Gemeinde Engelskirchen	0,3561 %	2.600 EUR
Gemeinde Lindlar	0,3561 %	2.600 EUR
Gemeinde Marienheide	0,3561 %	2.600 EUR
Gemeinde Morsbach	0,3561 %	2.600 EUR
Gemeinde Reichshof	0,3561 %	2.600 EUR
Stadt Waldbröl	0,3561 %	2.600 EUR
Stadt Wiehl	0,3561 %	2.600 EUR
WEG Wipperfürther Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	0,3561 %	2.600 EUR
Aggerverband	0,7053 %	5.150 EUR
BEW Bergische Energie- und Wasser-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	1,0546 %	7.700 EUR
Advisio Treuhand & Revision Gummersbach GmbH & Co. KG WPG-STBG	0,3561 %	2.600 EUR
Sparkasse Gummersbach	7,053 %	5.150 EUR
Gemeinde Nümbrecht	0,6985 %	5.100 EUR

Beteiligung der Gesellschaft

keine

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es besteht eine stille Beteiligung seitens der Sparkasse Gummersbach in Höhe von 255.645,95 €.

Gewinnverwendung gemäß Gesellschafter-Vertrag:

- (1) In den Jahresabschlüssen festgestellte Gewinne können die Stadt Gummersbach und der Oberbergische Kreis und die beteiligten Städte/ Gemeinden/ kommunale Unternehmen im Verhältnis und bis zur Höhe der von ihnen jeweils ausgeglichenen Verluste der letzten fünf Jahre beanspruchen.
- (2) Die Industrie- und Handelskammer zu Köln ist am Gewinn nicht beteiligt.

Verlustausgleich gemäß Gesellschafter-Vertrag:

- (1) Soweit aus dem Betrieb der Gesellschaft Jahresfehlbeträge entstehen, sind diese vorrangig durch die Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen auszugleichen.

- (2) Soweit ein solcher Ausgleich nicht möglich ist, sind die Stadt Gummersbach, der Oberbergische Kreis, sowie die Stadt Bergneustadt, die Stadt Waldbröl, die Stadt Wiehl, die Gemeinde Engelskirchen, die Gemeinde Lindlar, die Gemeinde Marienheide, die Gemeinde Morsbach, die Gemeinde Reichshof und die WEG-Wipperfürther Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH. in diesem Gesellschaftsvertrag „Städte/ Gemeinden/ kommunale Unternehmen“ genannt – während der Dauer ihrer Beteiligung an der Gesellschaft verpflichtet, Verluste nach der folgenden Berechnungsmethode auszugleichen:

Jahresfehlbetrag./ im Geschäftsjahr vorgenommene Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen (§ 275 Abs. 2 Nr. 7 a HGB) + im Geschäftsjahr erfolgte Tilgungen auf langfristige Darlehen, die zur Finanzierung von Anlagevermögen aufgenommen wurden oder werden.

- (3) Die Verpflichtung zur Verlustabdeckung nach Abs. 2 ist auf insgesamt EUR 204.516,75 jährlich beschränkt.

Im Innenverhältnis erfolgt die Verlustabdeckung zwischen der Stadt Gummersbach, dem Oberbergischen Kreis, den Städten/ Gemeinden/ kommunalen Unternehmen insgesamt im Verhältnis 5:1:1 und innerhalb der zuletzt genannten Gruppe zu gleichen Teilen.

Die Summe der jährlichen Verlustabdeckung nach Absatz 2 darf somit für die Stadt Gummersbach EUR 146.083,39, für den Oberbergischen Kreis EUR 29.216,68 sowie für jede(s) der Städte/ Gemeinden/ kommunale Unternehmen EUR 3.246,30 nicht übersteigen.

Die nicht genannten Gesellschafter sind nicht zur Verlustabdeckung verpflichtet.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	1.190	1.226	-36	Eigenkapital	927	903	+24
Umlaufvermögen	327	272	+55	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	89	69	+20
				Verbindlichkeiten	499	521	-22
Aktive Rechnungsabgrenzung	3	1	+2	Passive Rechnungsabgrenzung	5	6	-1
Bilanzsumme	1.520	1.499	+21	Bilanzsumme	1.520	1.499	+21

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	464	459	+5
2. sonstige betriebliche Erträge	29	29	0
3. Materialaufwand			
4. Personalaufwand	273	256	+17
5. Abschreibungen	41	41	0
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	132	145	-13
7. Finanzergebnis	8	9	-1
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	-39	-37	-2
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	25	23	+2

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
Eigenkapitalquote	60,99	60,24	+0,75
Eigenkapitalrentabilität	2,70	2,55	+0,15
Anlagendeckungsgrad 2	112,60	108,89	+3,71
Verschuldungsgrad	63,97	66,0	-2,03
Umsatzrentabilität	5,07	4,71	+0,36

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 5) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Hervorzuheben sind insbesondere die folgenden Aspekte:

- Die Vermietungssituation war mit einem Belegungstand von 93,0 % im Jahresdurchschnitt in 2022 unverändert gegenüber dem Vorjahr.
- Bei leicht erhöhten Umsätzen und erhöhten sonstigen Erträge führten höhere betriebliche Aufwendungen zu einem Jahresüberschuss von 24.738,02 € (Vorjahr: 23.112,98 €).
- Die im Gesellschaftsvertrag geregelte Verlustabdeckung einiger Gesellschafter ist ausreichend, um das wirtschaftliche Risiko der Gesellschaft abzudecken.

Verluste im operativen Bereich sind durch die Verlustübernahmegarantie nach § 22 des Gesellschaftsvertrages abgedeckt.

Hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft, insbesondere der erwarteten Mieteinnahmen, basiert die Darstellung auf Annahmen, bei denen Beurteilungsspielräume vorhanden sind.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Susanne Roll

Aufsichtsrat

Frank Helmenstein, Bürgermeister (Vorsitzender)
Benjamin Stamm
Jakob Löwen
Uwe Cujai
Michael Sallmann
Frank Grebe
Frank Röttger

Vertretung

Raoul Halding-Hoppenheit
Axel Blüm
Dirk Helmenstein
Klaus Grootens
Peter Lüdorf
Benno Wendeler
Prof. Dr. Lothar Scheuer

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 14 Mitgliedern 0 Frauen an (Frauenanteil: 0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt aktuell nicht vor.

3.4.1.8 Gummersbacher Wohnungsbaugesellschaft mbH

Anschrift	Gummersbacher Wohnungsbaugesellschaft mbH Brückenstraße 4 51643 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 6 00 40
Gründungsjahr	29. Dezember 1953
Gesellschaftsvertrag	Es ist gültig der Vertrag vom 14. Februar 2017

Zweck der Beteiligung

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind. Die Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen und die Veräußerung von Wohnungsbauten soll angemessen sein, d. h. eine Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals sowie die Bildung ausreichender Rücklagen unter Berücksichtigung einer Gesamtrentabilität des Unternehmens ermöglichen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital		1.500.000,00 EUR
Stadt Gummersbach	57,71 %	865.714,00 EUR
Sparkasse Gummersbach	21,69 %	325.345,00 EUR
versch. Kleinanteillinhaber	8,39 %	125.799,00 EUR
Provinzial Rheinland Versicherung AG Düsseldorf	7,34 %	110.042,00 EUR
Gummersbach Wohnungsbau GmbH	4,87 %	73.100,00 EUR

Beteiligungen der Gesellschaft

Die Gesellschaft ist mit 9,09 % an der KP BAG Immobilien GmbH & Co. KG, Gummersbach, seit 2021 mit 4,55 % an der ERK Immobilien GmbH & Co. KG sowie seit 2022 an der AAG Immobilien GmbH & Co. KG mit 47,50 % beteiligt.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Gemäß dem Gesellschaftsvertrag ist aus dem Jahresüberschuss abzüglich eines Verlustvortrages bei Aufstellung der Bilanz eine Rücklage zu bilden. In diese sind mindestens 10 % des Jahresergebnisses einzustellen, bis die Hälfte des Stammkapitals erreicht oder wieder erreicht ist. Diese Rücklage darf nur wie eine gesetzliche Rücklage des Aktienrechts verwandt werden. § 150 Abs. 3 und 4 AktG gelten entsprechend.

Bei Aufstellung des Jahresabschlusses bilden die Geschäftsführer eine Bauerneuerungsrücklage. Außerdem können andere Gewinnrücklagen gebildet werden. Über die Einstellung in und die Entnahme aus den Rücklagen beschließt der Aufsichtsrat nach vorheriger gemeinsamer Beratung mit den Geschäftsführern.

Der Bilanzgewinn kann unter den Gesellschaftern als Gewinnanteil verteilt werden. Der Bilanzgewinn kann zur Bildung von anderen Gewinnrücklagen verwandt oder auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Wird ein Bilanzverlust ausgewiesen, so hat die Gesellschafterversammlung über die Verlustdeckung zu beschließen.

In 2022 wurde ein Gewinn in Höhe von 230.857,07 Euro ausgeschüttet.

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	23.661	22.308	+1.353	Eigenkapital	14.095	13.765	+330
Umlaufvermögen	4.720	3.951	+769	Sonderposten			
				Rückstellungen	77	83	-6
				Verbindlichkeiten	14.209	12.411	+1.798
Aktive Rechnungsabgrenzung				Passive Rechnungsabgrenzung			
Bilanzsumme	28.381	26.259	+2.122	Bilanzsumme	28.381	26.259	+2122

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	4.824	4.283	+541
2. sonstige betriebliche Erträge	26	23	+3
3. Materialaufwand			
4. Personalaufwand	959	915	+44
5. Abschreibungen	603	579	+24
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	242	258	-16
7. Finanzergebnis	103	90	+13
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	936	818	+118
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	711	631	+80

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
Eigenkapitalquote	49,66	52,42	-2,76
Eigenkapitalrentabilität	5,04	4,58	+0,46
Anlagendeckungsgrad 2	111,23	110,73	+0,50
Verschuldungsgrad	101,36	90,77	+10,59
Umsatzrentabilität	14,66	14,65	+0,01

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren neben der Geschäftsführung 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 16) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Im Vorjahresvergleich erhöhte sich der Jahresüberschuss 2022 von 631 T€ um 80 T€ auf 711 T€.

Gegenüber der Planung in Höhe von 640 T€ hat sich das Ergebnis um rd. 71 T€ verbessert.

Vor dem Hintergrund einer im Jahr 2022 erbrachten Tilgungsleistung in Höhe von 627 T€ sowie unter Hinzurechnung der Afa in Höhe von 603 T€ ergibt sich ein Liquiditätsüberschuss von 687 T€.

Dieses Ergebnis ermöglicht auch weiterhin eine Gewinnausschüttung, über deren Höhe die Gesellschafter vor dem Hintergrund laufender und zukünftiger Investitionen (Baupreise) noch beschließen müssen. Eine besondere Bedeutung wird hierbei auch den aktuellen Entwicklungen in der Hausbewirtschaftung zukommen (Energiepreise).

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Volker Müller, Dipl. Ingenieur, TH

Aufsichtsrat

Frank Helmenstein, Bürgermeister, Stadt Gummersbach – Vorsitzender

Frank Grebe, Sparkassendirektor

Dennis Raddatz, Regionaldirektor

Dirk Steinbach, Sparkassendirektor

Frank Röttger, Direktor

Dr. Max-Ferdinand Krawinkel

Karl-Otto Schiwiek, Stadtverordneter

Andreas Dissmann, Stadtverordneter

Reinhard Elschner, Stadtverordneter

Axel Blüm, Stadtverordneter

Jörg Jansen, Stadtverordneter

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 11 Mitgliedern 0 Frauen an (Frauenanteil: 0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt aktuell nicht vor.

3.4.1.9 Klinikum Oberberg GmbH

Anschrift	Klinikum Oberberg GmbH Wilhelm-Breckow-Allee 20 51643 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 17 0
Gründungsjahr	01.01.2008
Gesellschaftsvertrag	Es ist gültig der Gesellschaftsvertrag vom 21.12.2004, zuletzt geändert durch Beschluss vom 24.06.2008

Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens, der durch den Betrieb des Krankenhauses Klinikum Oberberg an den Standorten Gummersbach, Waldbröl und Marienheide sowie durch die Tochtergesellschaften verwirklicht wird.

Das Klinikum Oberberg verfügt an den Standorten Gummersbach, Waldbröl und Marienheide gemäß Feststellungsbescheid vom 23.10.2017 über insgesamt 969 Planbetten und 65 tagesklinische Plätze. Zur Förderung der Berufsbildung und Erziehung im Bereich des Gesundheitswesens wird am Standort Gummersbach eine Krankenpflegeschule mit 225 Ausbildungsplätzen betrieben. Neben den Ausbildungsplätzen in der Gesundheits- und Krankenpflege stehen seit 2018 auch 25 Ausbildungsplätze in der Gesundheits- und Krankenpflegeassistenz zur Verfügung. Die Schule hält außerdem 40 Ausbildungsplätze für die Ausbildung zum operationstechnischen Assistenten (OTA) vor. Eine Vielzahl von Weiterbildungsangeboten (Case-Management, Praxisanleiter, Intensivpflege- und Anästhesie) runden das Angebot ab.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Klinikum Oberberg Konzern ist nicht gewinnorientiert und verfolgt hauptsächlich den als gemeinnützig anerkannten und damit steuerbegünstigte Zweck der Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Verwirklicht wird dieser Zweck im Wesentlichen durch den Betrieb der Krankenhäuser, Fachkliniken, einem Rehabilitationszentrum und medizinischen Versorgungszentren.

Ziel des Krankenhausbetriebs ist eine hochwertige am individuellen Patientenwohl orientierte medizinische Versorgung der Bevölkerung unter Wahrung wirtschaftlicher Geschäftsführung.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Beteiligungsverhältnis

Oberbergischer Kreis	47,85 %
Landschaftsverband Rheinland	28,00 %
Stadt Gummersbach	22,00 %
Stadt Waldbröl	1,25 %
Stadt Wiehl	0,90 %

Beteiligungen der Gesellschaft

Kreiskliniken Gummersbach-Waldbröl GmbH	93,73 %
über die Kreiskliniken Gummersbach-Waldbröl GmbH:	
PSK Psychosomatische Klinik Bergisches Land gemeinnützige GmbH	100 %
RPP Gesellschaft für Rehabilitation, Prävention und Pflege mbH	100 %
MVZ Oberberg GmbH	100 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Neben den bestehenden Anteilen, die die Stadt Gummersbach hält, gibt es im Jahr 2022 keine weiteren wirtschaftlichen Verflechtungen. Es kam weder zu einer Gewinnausschüttung, noch zu einer Verlustübernahme.

Nach § 18 Abs. 1 der Satzung der Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH und der Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH vom 24. Juni 2008 werden die gemäß § 17 der Satzung geprüften Jahresaufwendungen des Konzerns, soweit sie nicht durch einrichtungsbezogene Erträge gedeckt sind, maximal bis zu einer Höhe von 20 Mio. EUR der einzelnen Gesellschaft wie folgt gedeckt:

- a) Der Landschaftsverband Rheinland trägt die Verluste, die durch den Betrieb der psychiatrischen Betten sowie der psychiatrischen Ambulanz verursacht werden, unabhängig vom Konzernergebnis. Die Abgrenzung dieser Verluste von denen des somatischen Bereichs erfolgt durch eine geprüfte Kosten- und Leistungsrechnung.
- b) Die danach verbleibenden Verluste bezogen auf das Krankenhaus Gummersbach (somatischer Bereich) werden unabhängig vom Konzernergebnis vom Oberbergischen Kreis und der Stadt Gummersbach im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile zueinander getragen.

Ferner werden gemäß § 18 Abs. 3 der Satzung die Investitionskosten, die nicht in die öffentliche Förderung einbezogen werden, und welche für den somatischen Bereich des Kreiskrankenhauses Gummersbach aufgewendet wurden, ebenfalls durch den Oberbergischen Kreis und die Stadt Gummersbach im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile zueinander getragen. Diese Zuschüsse sind an die Holding zu zahlen, wenn nicht entsprechende Gewinnrücklagen in der Einrichtung zur Verfügung stehen. Die Geschäftsführung der Holding verwendet die erhaltenen Zuschüsse zur Abdeckung der Verluste der betreffenden Einrichtung.

Bei Auflösung der Gesellschaft dürfen die Gesellschafter nach § 21 Abs. 1 der Satzung nicht mehr als ihre eingezahlten Stammeinlagen und den gemeinen Wert der geleisteten Sacheinlagen zurückerhalten. Abs. 2 besagt, dass das bei der Auflösung der Gesellschaft oder beim Wegfall ihres bisherigen Zwecks vorhandene Vermögen unter den Gesellschaftern nach dem Verhältnis ihrer Geschäftsanteile verteilt wird. Soweit das Vermögen die eingezahlten Stammeinlagen der Gesellschafter zuzüglich der in Abs. 1 genannten Werte übersteigt, fällt es an die Gesellschafter entsprechend ihrem Anteil an den Stammeinlagen zurück, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden haben.

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	95.778	90.883	+4.895	Eigenkapital	36.904	36.790	+114
Umlaufvermögen	68.378	70.258	-1.880	Sonderposten	54.715	50.911	+3.804
				Rückstellungen	11.124	12.387	-1.263
				Verbindlichkeiten	61.812	61.377	+435
Aktive Rechnungsabgrenzung	441	356	+85	Passive Rechnungsabgrenzung	42	32	+10
Bilanzsumme	164.597	161.497	+3.100	Bilanzsumme	164.596	161.497	+3.100

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind durch Grundpfandrechte durch Sicherungsübereignung von Geräten und durch Globalzession von Forderungen insgesamt 7.284,5 T€ besichert. Weitere 15.687,4 Mio. € sind durch öffentliche Bürgschaften besichert.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	223.198	204.854	+18.344
2. sonstige betriebliche Erträge	27.610	21.998	+5.612
3. Materialaufwand	55.441	47.134	+8.307
4. Personalaufwand	151.770	140.789	+10.981
5. Abschreibungen	8.290	7.647	+643
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	34.510	26.849	+7.661
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15	26	-11
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	525	599	-74
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	114	2.911	-2.797

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
Eigenkapitalquote	22,42	22,78	-0,36
Eigenkapitalrentabilität	0,31	7,91	-7,60
Anlagendeckungsgrad 2	171,85	177,70	-5,85
Verschuldungsgrad	346,01	338,97	+7,04
Umsatzrentabilität	0,05	1,28	-1,23

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren 2.959 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 2.768) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Im Lagebericht 2021 wurde für das Geschäftsjahr 2022 ein Konzernjahresüberschuss von rd. 1.210,5 T€ prognostiziert. Das geplante Ergebnis wurde mit einem Konzernjahresüberschuss in 2022 in Höhe von 114,2 T€ um 1.096,3 T€ verfehlt.

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen liegen mit 172.128,8 T€ (Vorjahr 163,924,9 T€) um 2.005,9 T€ unter dem Plan. Hier wurden die geplanten Leistungsmengen sowohl in den somatischen als auch in den psychiatrischen Disziplinen verfehlt. Der Grund liegt in der weiterhin anhaltenden Zurückhaltung vieler Patienten vor dem Gang ins Krankenhaus, die seit Ausbruch der Coronapandemie zu beobachten ist. Gemessen an der Auslastung, wurde die Planung der Somatik um 2,8 % und in der Psychiatrie um 3,8 % verfehlt. Die Auslastung der stationären Rehabilitation weicht 5,92 % vom Plan ab. Die verfehlten Leistungsmengen konnten durch die Ausgleichzahlungen nach § 21 a KHG (Versorgungsaufschlag an Krankenhäuser auf Grund von Sonderbelastungen durch das Coronavirus SARS-CoV-2) sowie die Freihaltepauschale gemäß § 21 Abs. 1a KHG (Ausgleichszahlungsvereinbarungen für vom Land bestimmte Krankenhäuser) nur teilweise kompensiert werden. Diese betrug im Geschäftsjahr 5.938,1 T€.

Die Erlöse aus ambulanten Leistungen liegen mit 18.354,0 T€ (Vorjahr 16.144,4 T€) um 1.610,2 T€ über dem Plan. Vor allem die Erlöse aus ambulanter spezialfachärztlicher Versorgung einschließlich Rezepten für besonders teure Medikamente haben sich überplanmäßig entwickelt (+ 1.465,0 T€). Die Einkaufsmengen sind analog dazu gestiegen.

Von insgesamt 2.197 geplanten Stellen, konnten 2.167 besetzt werden. Der tatsächliche Personalaufwand liegt 4.008,9 T€ über dem geplanten Personalaufwand und beträgt 151.770,2 T€ (Vorjahr 140.789,0 T€). Die über dem Plan liegenden Personalaufwendungen resultieren im Wesentlichen aus einer Überbesetzung der geplanten Stellen in der Kreiskliniken Gummersbach-Waldbröl GmbH. Vor allem im Pflegedienst konnten hier mehr Stellen besetzt werden. Hier erfolgt die Refinanzierung größtenteils über das Pflegebudget. Des Weiteren wurde im Umfang von 507,4 T€ Personal zur Erbringung von ärztlichen Bereitschaftsdiensten beschäftigt. Und es sind im Umfang von 800,4 T€ Corona Sonderleistungen für den Pflegedienst zur Auszahlung gekommen. In der Klinikum Oberberg GmbH wird seit dem 01.08.2022 eine Physiotherapieschule betrieben. Das dadurch mehr beschäftigte Personal war in der Planung für das Jahr 2022 nicht berücksichtigt und verursachte Kosten in Höhe von 654,7 T€.

Der Jahresüberschuss in Höhe von 114,2 T€ verfehlte die Planung um 1.096,3 T€. Neben dem nicht erreichten Leistungsniveau und den Planüberschreitungen im Personalaufwand führten Kostensteigerungen im Bereich Materialaufwand für Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe sowie weitere Planüberschreitungen im Bereich der bezogenen Leistungen zu dem verfehlten Jahresüberschuss. Innerhalb der Aufwendungen für bezogene Leistungen wurde die Planung insbesondere im Bereich Fremdpersonal um 3.726,5 T€ überschritten, da vakante Stellen vor allem im Funktionsdienst und im Ärztlichen Dienst kompensiert werden mussten.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Herr Sascha Klein, 1. Geschäftsführer der Klinikum Oberberg GmbH

Herr Magnus Kriesten, 2. Geschäftsführer der Klinikum Oberberg GmbH

Aufsichtsrat

Für den Oberbergischen Kreis

Jochen Hagt, Landrat

Ina Albowitz-Freytag, Werbekauffrau

Wolfgang Brelöhr, Sozialversicherungsfachangestellter, Leiter Servicezentrum

Dr. med. Ralph Krolewski, Arzt

Heidrun Schmeis-Noack, Sekretärin

Marc Becker, Vertriebsleiter

Gisa Hauschildt, Rentnerin

Pascal Ullrich, Beamter

Für den Landschaftsverband Rheinland

Ulrike Lubek, Landesdirektorin / Juristin

Martina Zsack-Möllmann, Geschäftsführerin

Jürgen Kleine, Geschäftsführer

Ursula Mahler, Hausfrau / 2. Stellv. Landrätin

Helga Loepp, freiberufliche Industriekauffrau

Frank Schöneberger, Rechtsanwalt

Simone Spicale, Studentin/Selbständig

Für die Stadt Gummersbach

Raoul Halding-Hoppenheit, Stadtkämmerer und Beigeordneter

Ute Fritz-Schäfer, Diplom-Anglistin

Karl-Otto Schiwiek, Pensionär

Marion Fuhr, Kfm. Angestellte

Für die Stadt Wiehl

Lydia Tittes, Communication Managerin

Für die Stadt Waldbröl

Jennifer Helzer, Studentin

Arbeitnehmervertreter

Edgar Liedhegener, Betriebsrats-Vorsitzender / Krankenpfleger

Stefan Marzari, Betriebsrats-Vorsitzender / Intensivkrankenpfleger

Dr. Nicole Weber, Ärztin

Henning Ewert, Physiotherapeut

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 25 Mitgliedern 13 Frauen an (Frauenanteil: 52 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent überschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt aktuell nicht vor.

3.4.1.10 Kult GM AÖR

Anschrift	Kult GM AÖR Rathausplatz 1 51643 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 87 1542
Gründungsjahr	2011
Satzung	Es gilt die Satzung vom 30. November 2017

Zweck der Beteiligung

Zweck der Kult GM AÖR ist die Herrichtung und der Betrieb der Halle 32/Steinmüllergelände als Kultur- und Veranstaltungszentrum. Durch die dauerhafte Erhaltung der Halle 32 soll zukünftig der Ausbau eines attraktiven Umfeldes im Fokus stehen. Die angedachten Nutzungsmöglichkeiten variieren hier von Seminaren, Begegnungen und Präsentationen, bis zur Schaffung eines kulturellen Angebotes. Die Halle 32 steht neben öffentlichen oder repräsentativen Veranstaltungen auch für private Feierlichkeiten zur Verfügung.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Mit dem Betrieb der Halle 32 ist eine attraktive Kultur- und Veranstaltungslandschaft in Gummersbach geschaffen worden, die für die Bevölkerung als Mittelpunkt für Kultur, Begegnung und Kommunikation wirkt.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	1.000.000,00 EUR
Stadt Gummersbach	1.000.000,00 EUR

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kulturbetrieb der Stadt Gummersbach ist eine selbstständige Einrichtung der Stadt Gummersbach in der Rechtsform einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts (§ 114 a GO NRW). Das Stammkapital beträgt 1.000.000 EUR und wurde vollständig von der Stadt Gummersbach eingebracht. Darüber hinaus trägt die Stadt Gummersbach das wirtschaftliche Risiko in Form der Übernahme der Verlustabdeckung der KultGM AÖR.

Der im Jahr 2022 entstandene Jahresfehlbetrag von 856 T€ wird durch die Stadt Gummersbach ausgeglichen.

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	4.174	4.435	-261	Eigenkapital	220	263	-43
Umlaufvermögen	466	756	-290	Sonderposten	3.053	3.217	-164
				Rückstellungen	160	157	+3
				Verbindlichkeiten	1.206	1.527	-321
Aktive Rechnungsabgrenzung	23	1	+22	Passive Rechnungsabgrenzung	24	28	-4
Bilanzsumme	4.663	5.192	-529	Bilanzsumme	4.663	5.192	-529

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	576	336	+240
2. sonstige betriebliche Erträge	213	237	-24
3. Materialaufwand	603	384	+219
4. Personalaufwand	274	236	+38
5. Abschreibungen	313	352	-39
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	452	406	+46
7. Finanzergebnis	-859	-813	-46
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	-859	-813	-46
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	-856	-812	-44

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
Eigenkapitalquote	4,72	5,07	-0,35
Eigenkapitalrentabilität	-389,09	-308,75	-80,34
Anlagendeckungsgrad 2	111,72	117,09	-5,37
Verschuldungsgrad	2.019,54	1.874,14	+145,40
Umsatzrentabilität	-108,49	-141,71	+33,22

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 6 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Unternehmen tätig. Bei den geringfügig Beschäftigten ist eine unterjährige Fluktuation gegeben. Ein Pool von rund 15-20 Personen wird vorgehalten.

Geschäftsentwicklung

Die Auswirkungen der seit März 2020 vorherrschenden pandemischen Lage sind im Wirtschaftsjahr 2022 noch deutlich zu spüren gewesen. Der Veranstaltungskalender der Halle 32 war zwar gut gefüllt; jedoch war die größte Herausforderung, das verloren gegangene Vertrauen der Besucher*innen in Veranstaltungen jeglicher Art wieder zurück zu gewinnen. Diese Herausforderung reicht in der Jahr 2023 hinein.

KultGM hat seit Beginn der Pandemie über verschiedene Förderprogramme Unterstützung erhalten:

2020

NEUSTART: Sofortprogramm für coronabedingte Investitionen in Kultureinrichtungen	11.541,00 €
Novemberhilfe als außerordentliche Wirtschaftshilfe der Bundesregierung	63.670,46 €
Dezemberhilfe als außerordentliche Wirtschaftshilfe der Bundesregierung	75.314,01€
NEUSTART KULTUR „Theater in Bewegung“	3.907,50 €

2021

NEUSTART KULTUR „Theater in Bewegung“	8.342,96 €
Neustart Kultur „Zentren“ (Folgeprogramm)	58.186,00 €
NRW Landesprogramm „Investitionsfonds kulturelle Infrastruktur IKI Theater 2021	12.597,00€

2022

NEUSTART KULTUR „Theater in Bewegung“	15.014,98 €
Neustart Kultur „Zentren“ (Folgeprogramm)	13.263,00 €

Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung am 28. Oktober 2021 den Wirtschaftsplan 2022 mit einem Fehlbetrag i. H. v. 882.000 EUR beschlossen.

Das Jahresergebnis ist im Vergleich zum Wirtschaftsplan laut Vorlage in der 31. Sitzung des Verwaltungsrates vom 28. Oktober 2021 um rund 25.800 EUR besser und beträgt – 856.248,51 EUR.

Erfahrungswerte für den Wirtschaftsplan der künftigen Jahre, insbesondere für die „Bühne 32“ werden erst nach Abschluss von weiteren mehreren Wirtschaftsjahren vorliegen.

Die „Bühne 32“ wird wahrscheinlich in der Spielzeit 2022/2023 neben der Auftaktspielzeit ihr „1. Normaljahr“ erleben:

Spielzeit 2018/2019 Auftaktspielzeit nach Schließung des Theaters Gummersbach

Spielzeit 2019/2020 Schließung der Halle 32 ab März 2020

Spielzeit 2020/2021 Schließung der Halle 32 ab November 2020 bis Mai 2021

Spielzeit 2021/2022 Einstieg in einen „Normalbetrieb“ ab September 2022

Spielzeit 2022/2023 Diese Spielzeit wird neben der 1. Spielzeit 2018/2019 mit großer Wahrscheinlichkeit komplett gespielt werden können.

Organe und deren Zusammensetzung

Verwaltungsrat

Vorsitzender

Herr Frank Helmenstein, Bürgermeister der Stadt Gummersbach

ordentliche Mitglieder:

Frau Stv. Bärbel Frackenhohl-Hunscher, pensionierte Lehrerin

Herr Stv. Rainer Sülzer, pensionierter Lehrer

Frau Stv. Anne Walk, Verwaltungsfachangestellte

Frau Stv. Ute Fritz-Schäfer, Dipl. Anglistin

Herr Stv. Sven Lichtmann, Doktorand

Herr Stv. Oliver Kolken, staatl. geprüfter Maschinenbautechniker

Herr Stv. Konrad Gerards, Rentner

Frau Stv. Ursula Anton, Lehrerin

stellvertretende Mitglieder:

Herr Stv. Jörg Jansen, Polizeibeamter
Herr Stv. Uwe Schneevogt, Versicherungsagent
Herr AM. Markus Pollmann, Beamter
Frau Stv. Claudia Stevenson, selbstständige Kauffrau
Herr Stv. Thorsten Konzelmann, Dipl. Verwaltungswirt
Frau Stv. Marion Fuhr, Groß- und Außenhandelskauffrau
Herr Stv. Hartmut Steinmetz, Betreuer
Herr Stv. Dr. Ulrich von Trotha, Zahnarzt

Beratendes Mitglied:

Herr Raoul Halding- Hoppenheit, 1. Beigeordneter und Kämmerer

Stellvertretendes beratendes Mitglied:

Frau Katharina Klein, Fachbereichsleiterin

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 19 Mitgliedern 7 Frauen an (Frauenanteil: 36,8 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt aktuell nicht vor.

3.4.1.11 *Oberbergische Aufbau GmbH*

Anschrift	Oberbergische Aufbau GmbH Moltkestraße 34 51643 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 8 86 100 + 8 86 101
Gründungsjahr	1963
Gesellschaftsvertrag	Der Gesellschaftsvertrag vom 08. Januar 1963 wurde zuletzt am 15.08.2017 geändert

Zweck der Beteiligung

Die Gesellschaft verfolgt die im öffentlichen Interesse liegende Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur im Gebiet des Oberbergischen Kreises. Sie umfasst die Förderung der Wirtschaft, insbesondere durch Gewerbe- und Industrieansiedlungsplanung und Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand und Zweck der Gesellschaft umfassen insbesondere:

1. Analysen über die Erwerbs- und Wirtschaftsstruktur
2. Information über Standortvorteile und Förderungsmaßnahmen
3. Information über Wirtschaftsförderungsmaßnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden sowie der Europäischen Union
4. Anwerbung und Ansiedlung von Unternehmen sowie Förderung überbetrieblicher Kooperationen
5. Beratung und Betreuung von Kommunen und ansiedlungswilligen Unternehmen in Verfahrens-, Förderungs- und Standortfragen
6. Beratung bei der Beschaffung von Gewerbegrundstücken in Zusammenarbeit mit der örtlichen Gemeinde
7. Beschaffung und Veräußerung von Grundstücken zur Ansiedlung, Erhaltung oder Erweiterung von Unternehmen
8. Förderung des Fremdenverkehrs durch Werbung für die Region.

Die Gesellschaft kann auch vermittelnd im Auftrage von Gebietskörperschaften tätig werden, indem sie deren Grundstücke der gewerblichen Verwertung durch Anwerbung und Ansiedlung geeigneter Betriebe zuführt. Die Gesellschaft kann ebenso von privaten Grundstückseigentümern und für deren Rechnung die Verwertung solcher Grundstücke übernehmen und betreiben, wenn anders die Erfüllung des Gesellschaftszwecks nicht oder nur mit erheblich höheren Kosten zu erreichen ist. Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Erfüllung ihrer Aufgaben Zuschüsse entgegenzunehmen oder Darlehen aufzunehmen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 630.100,00 EUR und ist voll eingezahlt.

Stammkapital		630.100,00 EUR
Oberbergischer Kreis	80,02 %	504.200,00 EUR
Stadt Gummersbach	4,06 %	25.600,00 EUR
12 versch. Gesellschafter zu je unter 4 %	15,92 %	100.300,00 EUR

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Neben den bestehenden Anteilen, die die Stadt Gummersbach hält, gibt es im Jahr 2021 keine weiteren wirtschaftlichen Verflechtungen. Seitens der Stadt Gummersbach ist weder eine Verlustübernahme zu leisten, noch kommt es zu einer Gewinnausschüttung.

Bei Auflösung der Gesellschaft oder beim Ausscheiden von Gesellschaftern dürfen die Gesellschafter nicht mehr als ihre eingezahlten Stammeinlagen zurückerhalten. Das bei der Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall ihres bisherigen Zwecks vorhandene Vermögen wird unter die Gesellschafter nach dem Verhältnis ihrer Geschäftsanteile verteilt. Soweit das Vermögen die eingezahlten Stammeinlagen der Gesellschafter übersteigt, fällt es an den Oberbergischen Kreis, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	1	3	-2	Eigenkapital	1.550	1.716	-166
Umlaufvermögen	1.879	2.120	-241	Sonderposten			
				Rückstellungen	85	113	-28
				Verbindlichkeiten	245	294	-49
Aktive Rechnungsabgrenzung				Passive Rechnungsabgrenzung			
Bilanzsumme	1.880	2.123	-243	Bilanzsumme	1.880	2.123	-243

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	266	123	+143
2. sonstige betriebliche Erträge	78	102	-24
3. Materialaufwand	184	65	+119
4. Personalaufwand	240	240	0
5. Abschreibungen	2	1	+1
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	133	124	+9
7. Finanzergebnis	-166	-123	-43
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	168	123	+45
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	-166	-123	-43

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
Eigenkapitalquote	82,45	80,83	+1,62
Eigenkapitalrentabilität	-10,71	-7,17	-3,54
Anlagendeckungsgrad 2	69.138,64	54.399,86	-14.738,78
Verschuldungsgrad	21,29	23,72	-2,43
Umsatzrentabilität	-48,26	-54,67	+6,41

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren 12 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 11) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Durch die Geschäftsfelderweiterung haben sich im Jahr 2018 neben den bisherigen Feldern der Planung und Entwicklung von Gewerbegebieten sowie der Wirtschaftsförderung neue Möglichkeiten aufgetan. Die OAG ist bemüht, diese neuen Geschäftsbereiche als Dienstleister für die Kommunen weiter zu entwickeln und zu etablieren. Im Jahr 2022 war die OAG vor allem in den Kommunen Bergneustadt Schlöten II, Wiedenest Süd, Dreiert und Hackenberg Wiebusch sowie Waldbröl Hermesdorf III und Breuers Wiese aktiv.

In 2022 verschlechterte sich das Rohergebnis (Pos. 1-5 der Gewinn- und Verlustrechnung) um 37 T€ von 244 T€ auf 207 T€. Bei gleichbleibenden Personalkosten führten höhere sonstige betriebliche Aufwendungen insgesamt zu einem Fehlbetrag von 166 T€.

Das Ergebnis der Geschäftstätigkeit liegt damit unter den Prognosen. Im neuen Geschäftsbereich und auch in der Wirtschaftsförderung wurden die Verluste jeweils leicht erhöht.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführer

Erster Geschäftsführer: Uwe Cujai ausgeübter Beruf: Leiter Wirtschaftsförderung, OBK
Weitere Geschäftsführer: Felix Ammann ausgeübter Beruf: Technischer Dezernent OBK

Aufsichtsrat

Jochen Hagt, Landrat, Vorsitzender
Henrik Köstering, Kreistagsmitglied
Margit Arhus, Kreistagsmitglied
Thomas Jüngst, Kreistagsmitglied
Christoph Hastenrath, Kreistagsmitglied, stellv. Vorsitzender
Reinhold Müller, Kreistagsmitglied
Jürgen Hefner, Geschäftsführer Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH
Sarah Schmidt, Gemeinde Reichshof
Matthias Thul, Bürgermeister Stadt Bergneustadt
Johannes Mans, Bürgermeister Stadt Radevormwald

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 10 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 20,0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt aktuell nicht vor.

3.4.1.12 Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH (OVAG)

Anschrift	OVAG Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH Kölner Str. 237 51645 Gummersbach-Niederseßmar Tel. 0 22 61 / 9260-0
Gründungsjahr	1949
Gesellschaftsvertrag	Es ist gültig der Vertrag vom 17. Dezember 2014

Zweck der Beteiligung

Zweck des Unternehmens sind einheitliche Tickettarife und ein abgestimmtes Fahrplanangebot aus einer Hand. Die Umsetzung dieser Ziele in Oberberg und in die angrenzenden Kreise erfolgt heute als eigenständiges Unternehmen im Tarifverbund des Verkehrsverbundes Rhein- Sieg.

Das Unternehmen fördert den Verkehr innerhalb des Oberbergischen Kreises und angrenzender Gebiete durch Einrichtung und Betrieb von Kraftomnibuslinien, Linien anderer Verkehrsmittel und Beförderung von Personen im Sinne der Freistellungsverordnung sowie der Betrieb von Gelegenheitsverkehr und die Durchführung aller hiermit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Förderung des Verkehrs innerhalb des Stadtgebietes und umliegender Kommunen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital		4.704.000,00 EUR
Oberbergischer Kreis	50,00 %	2.352.000,00 EUR
Stadt Gummersbach	26,67 %	1.254.400,00 EUR
Stadt Bergneustadt	4,17 %	196.000,00 EUR
Stadt Wiehl	3,47 %	163.200,00 EUR
Stadt Waldbröl	3,33 %	156.800,00 EUR
Gemeinde Reichshof	2,50 %	117.600,00 EUR
Stadt Wipperfürth	1,83 %	86.400,00 EUR
Gemeinde Engelskirchen	1,67 %	78.400,00 EUR
Gemeinde Marienheide	1,67 %	78.400,00 EUR
Gemeinde Morsbach	1,67 %	78.400,00 EUR
Gemeinde Nümbrecht	1,53 %	72.000,00 EUR
Gemeinde Hückeswagen	1,49 %	70.400,00 EUR

Das Stammkapital ist voll eingezahlt.

Beteiligungen der Gesellschaft

	Stammkapital	Anteil in Prozent
Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH	200.000,00 EUR	100,00 %
„Der Radevormwalder“ Omnibus GmbH	127.000,00 EUR	100,00 %
BEKA mbH	378.270,00 EUR	1,03 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Neben den bestehenden Anteilen, die die Stadt Gummersbach hält, gibt es im Jahr 2022 keine weiteren wirtschaftlichen Verflechtungen. Seitens der Stadt Gummersbach ist weder eine Verlustübernahme zu leisten, noch kommt es zu einer Gewinnausschüttung.

Tatsächlich ist zu berücksichtigen, dass entstehende Verlustabdeckungen durch den Oberbergischen Kreis getragen werden, sodass die Stadt Gummersbach entstehende Verlustausgleiche über die Kreisumlage indirekt mitträgt.

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	11.446	9.842	+1.604	Eigenkapital	6.985	6.985	0
Umlaufvermögen	11.565	8.571	+2.994	Sonderposten	1.949	147	+1.802
				Rückstellungen	5.807	5.201	+606
				Verbindlichkeiten	8.226	6.037	+2.189
Aktive Rechnungsabgrenzung	6	4	+2	Passive Rechnungsabgrenzung	51	48	+3
Bilanzsumme	23.017	18.417	+4.600	Bilanzsumme	23.017	18.418	+4.600

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	31.642	27.449	+4.193
2. sonstige betriebliche Erträge	1.113	1.000	+113
3. Materialaufwand	28.165	23.786	+4.379
4. Personalaufwand	5.387	5.169	+218
5. Abschreibungen	1.071	1.159	-88
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	4.703	3.815	+888
7. Finanzergebnis	-6.538	-5.189	-1.349
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	-6.538	-5.189	-1.349
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	0	0	0

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
Eigenkapitalquote	30,35	37,92	-7,57
Eigenkapitalrentabilität	0	0	0
Anlagendeckungsgrad 2	80,40	80,30	+0,10
Verschuldungsgrad	229,52	163,70	+65,82
Umsatzrentabilität	0	0	0

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren 96 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 96) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Die verschiedenen Einflüsse auf die Nachfrage (von noch geltenden pandemiebedingten Einschränkungen zu Jahresbeginn über die kostenlose Beförderung von Ukrainern im Frühjahr bis hin zu dem stark vergünstigten 9-Euro-Ticket in den Sommermonaten) zeichnen sich auch in den OVAG-eigenen Verkäufen ab.

Insbesondere aufgrund der starken Preisreduzierung in den Sommermonaten sind die Einnahmen durch eigene Verkäufe stark gesunken und lagen 13 % unter dem Vorjahr bzw. 21 % unter dem Jahr 2019 (vor der Pandemie).

Die auf Basis von durchschnittlichen Nutzungshäufigkeiten gemäß VDV-Angaben hochgerechnete Nutzung ist dagegen gegenüber den beiden pandemiegeprägten Vorjahren deutlich gestiegen und hat bei der OVAG das Vor-Pandemie-Niveau beinahe wieder erreicht. So wird die Anzahl der beförderten Fahrgäste („Beförderungsfälle“) bei der OVAG für 2022 auf rund 15,5 Mio. geschätzt. Dies entspricht einem Anstieg von 36 % gegenüber 2021 und liegt nur 2 % unter dem Niveau von 2019.

Betriebsergebnis

Das Betriebsergebnis fällt gegenüber dem Vorjahresergebnis schlechter aus. Das Jahresergebnis vor Verlustübernahme weist einen Fehlbetrag von 6.565.867,27 € aus.

Der Oberbergische Kreis gleicht die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im Linienverkehr auf vertraglicher Basis aus. Dies führt zu einem ausgeglichenen Jahresergebnis.

Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung des Aufsichtsrates und Geschäftsführer

Geschäftsführer

Frau Dipl. Kauffrau Corinna Güllner

Aufsichtsrat

Herr Volker Kranenberg, Stadtverordneter, Gummersbach, Vorsitzender

Herr Frank Herhaus, Dezernent, Wiehl, stellv. Vorsitzender

Herr Dominic Föhlisch, Arbeitnehmervertreter, Hückeswagen

Herr Bürgermeister Frank Helmenstein, Gummersbach

Herr Thorsten Konzelmann, Kreistagsabgeordneter, Gummersbach

Herr Seven Lichtmann, Stadtverordneter, Gummersbach

Herr Jürgen Marquardt, Kreistagsabgeordneter, Gummersbach

Herr Frank Mederlet, Ratsmitglied, Wipperfürth

Herr Moritz Müller, Kreistagsabgeordneter, Wiehl

Herr Helmut Schäfe, Engelskirchen

Herr Andreas Schöler, Arbeitnehmervertreter, Gummersbach

Frau Pia Uhl, Arbeitnehmervertreterin, Nümbrecht

Frau Ricarda Vogel, Arbeitnehmervertreterin, Gummersbach

Herr Martin Wagner, Stadtverordneter, Waldbröl

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehörten von den insgesamt 14 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 14,29 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt aktuell nicht vor.

3.4.1.13 Radio Berg GmbH & Co. KG

Anschrift	Radio Berg GmbH & Co. KG Cliev 19 51515 Kürten
Gründungsjahr	09. November 1989
Gesellschaftsvertrag	Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 20.07.1989, zuletzt geändert durch die Gesellschafterversammlung vom 05.08.2004 und Wirkung zum 01.01.2004

Zweck der Beteiligung

Die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich aus dem Landesrundfunkgesetz für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben ist Zweck des Unternehmens:

- die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und der Veranstaltergemeinschaft zur Verfügung zu stellen;
- der Veranstaltergemeinschaft die zur Wahrnehmung ihrer gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmtem Umfang zur Verfügung zu stellen;
- für die Veranstaltergemeinschaft den in § 24 Abs. 4 Satz 1 LRG genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen;
- Hörfunkwerbung zu verbreiten.

Zu diesem Zweck kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck beteiligen, derartige Unternehmen erwerben, Tochtergesellschaften gründen, Zweigniederlassungen errichten sowie alle sonstigen den Gesellschaftszweck fördernden Geschäfte vornehmen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Das Landesrundfunkgesetz Nordrhein-Westfalen sieht ein „Zwei-Säulen-Modell“ für den Lokalfunk in privater Trägerschaft vor. Als Betriebsgesellschaft stellt die Gesellschaft neben der Veranstaltergemeinschaft (Radio Berg e.V.) die zweite Säule des privaten Lokalrundfunks dar. Die rundfunkrechtliche Verantwortung hat entsprechend dem Landesrundfunkgesetz Nordrhein-Westfalen die Veranstaltergemeinschaft Radio Berg e.V. Sie beschäftigt die redaktionellen Mitarbeiter/innen des Senders.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Beteiligungsverhältnis

Ein festgelegtes Stammkapital ist bei der Rechtsform der KG nicht vorgesehen, da der Komplementär mit seinem gesamten Geschäfts- und Privatvermögen haftet. Da es sich bei dem Komplementär aber um eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung handelt, ist die Haftung auf das Grundkapital dieser GmbH limitiert. Es handelt sich dabei um 25.000,00 €, den Mindestsatz für eine GmbH nach deutschem Recht. Die Kommanditisten haften bei dieser Konstruktion nur mit ihren Geschäftsanteilen, die sich nach einer mit Datum vom 31. Dezember 1998 von den Gesellschaftern beschlossenen Umwandlung von Gesellschafterdarlehen in Kommanditkapital in Höhe von 1.000.000,00 DM (511.291,88 €) wie folgt zusammensetzen:

Kommanditgesellschaft		511.291,88 EUR
Rundfunk-Holding Rhein-Berg/Oberberg GmbH & Co. KG	75,0 %	383.468,91 EUR
Rheinisch-Bergischer Kreis	12,5 %	63.911,48 EUR
Oberbergischer Kreis	6,3 %	32.211,39 EUR
Stadt Gummersbach	2,1 %	10.737,13 EUR
Stadt Wiehl	2,0 %	10.225,84 EUR
3 Kleinanteilsinhaber mit jeweils unter 2 %	2,1 %	10.737,13 EUR

Beteiligungen der Gesellschaft

Die Gesellschaft ist mit einem Betrag von 25.564,59 EUR an der persönlich haftenden Komplementär GmbH (Radio Berg GmbH) beteiligt.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Neben den bestehenden Anteilen, die die Stadt Gummersbach hält, werden 707,33 EUR an Gewinn ausgeschüttet.

Der nach Berücksichtigung aller Kosten verbleibende Gewinn oder Verlust wird entsprechend der Beteiligung am Gesellschaftskapital auf die Gesellschafter verteilt (§ 9 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages vom 20. Juli 1989). Die Stadt Gummersbach hat einen Gesellschaftskapitalanteil von 2,1 %.

Verluste sind auf einem für jeden Gesellschafter geführten Verlustvortragskonto zu verbuchen und dort mit dem Gewinn der folgenden Jahre vorab zu verrechnen. Gemäß § 9 Ziffer 4 des Gesellschaftsvertrages können die Gesellschafter mit der Mehrheit aller vorhandenen Stimmen die Bildung einer unverzinslichen, gesamthänderisch gebundenen offenen Rücklage beschließen, die zur Abdeckung oder Verminderung etwaiger Verluste in den Folgejahren heranzuziehen ist.

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	63	88	-25	Eigenkapital	511	511	0
Umlaufvermögen	620	784	-164	Sonderposten			
				Rückstellungen	83	128	-45
				Verbindlichkeiten	91	240	-149
Aktive Rechnungsabgrenzung	2	7	-5	Passive Rechnungsabgrenzung			
Bilanzsumme	685	879	-194	Bilanzsumme	685	879	-194

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	1.363	1.588	-225
2. sonstige betriebliche Erträge	74	61	+13
3. Materialaufwand	3	2	+1
4. Personalaufwand			
5. Abschreibungen	28	31	-3
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.363	1.458	-95
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7	16	-9
8. Steuern und Ertrag	6	23	-17
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	34	120	-86

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
Eigenkapitalquote	74,60	58,13	+16,47
Eigenkapitalrentabilität	6,65	23,48	-16,83
Anlagendeckungsgrad 2	1.087,30	998,86	+88,44
Verschuldungsgrad	34,05	72,02	-37,97
Umsatzrentabilität	2,37	7,28	-4,91

Personalbestand

Im Berichtsjahr 2022 wurden keine Aushilfslöhne gezahlt. Zum 31. Dezember 2022 waren somit keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 0) für das Unternehmen tätig. Die redaktionellen Mitarbeiter/innen des Senders werden von der Veranstaltergemeinschaft Radio Berg e.V. beschäftigt.

Geschäftsentwicklung

Lage der Gesellschaft

Der Werbemarkt in Deutschland schließt im Jahr 2022 -3,4 % unter Vorjahresniveau ab. Die Tageszeitungen weisen einen Umsatzrückgang von -4,2 % aus. TV-Werbeerlöse sinken zum Vorjahr um -5,5 %. Die Internetwerbeumsätze (Desktop) sinken zum Vorjahr um -7,6 %, im Bereich Mobile steigen diese leicht um +1,7 %. Die Gattung Radio erzielte 2022 bei den Bruttowerbeerlösen einen leichten Umsatzverlust von -0,6 %.

Die Betriebsgesellschaft Radio Berg schließt das Geschäftsjahr 2022 mit einem Jahresüberschuss von TEUR 34 ab und liegt damit um TEUR 86 unter dem Vorjahresergebnis.

Die Umsatzerlöse liegen mit TEUR 1.363 um 14,2 % bzw. TEUR 226 niedriger als in 2021.

Die lokalen und regionalen Werbeerlöse, die über die HSG Hörfunk Service GmbH akquiriert werden, sanken um TEUR 22 (2,4 %) zum Vorjahr. Die Vertriebsprovisionen des Mantelprogrammzulieferers Radio NRW GmbH sind um TEUR 259 (43,2 %) auf TEUR 340 gesunken.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um TEUR 95 (6,5 %) gesunken.

Das für 2022 mit TEUR -153 geplante Ergebnis wird um TEUR 186 deutlich überschritten.

Chancen und Risiken

Die Ergebnisse des Senders sind stark abhängig zum einen von den erzielten Werbeerlösen und zum anderen von den Hörer-Reichweiten als Grundlage der Vertriebsprovision von Radio NRW.

Über die Jahre waren die Werbeerlöse, die direkt für die Sender akquiriert werden, relativ stabil. Die Wettbewerbsintensität hat sich durch die Digitalisierung bzw. Überregionalisierung der Übertragungswege (DAB+) sowie die zunehmende Konkurrenz durch alternative Audio-Formate (Podcasts, Streaming) inkl. Paid Content-Modelle deutlich verschärft.

Durch neue DAB+ Anbieter im NRW – Hörfunkmarkt sowie eine weitere landesweite UKW-Kette entstand 2022 zusätzlicher Wettbewerb, Global Players setzen neue Standards bezüglich der Content-Distribution, die vor allem von jüngeren Zielgruppen nachgefragt und akzeptiert werden.

Insbesondere die personalisierte On-Demand-Bereitstellung sowie der mobile plattformübergreifende Zugriff haben an Bedeutung gewonnen.

Hierdurch schwanken die für die Auszahlung der Vertriebsprovision anzusetzenden Hörer-Reichweiten aus den E.M.A.-Messungen im März und Juli eines Jahres immer stärker und können zu Erlösrisiken führen.

Im Wesentlichen kann das Radio sowohl im Web, aber auch im UKW-Bereich die große Reichweite verteidigen. In Zukunft steht aber die Ausweitung der digitalen Reichweite mehr denn je im Fokus.

Deshalb hat die Geschäftsführung eine Reihe von strategischen Maßnahmen zur Stabilisierung der Sendergruppe der Rheinland Kombi Köln aufgesetzt. Dazu zählen u.a. die Optimierung der Gestaltung, bzw. Verbesserung der Monetarisierung der digitalen Auftritte (Webseiten, APP etc.) sowie konkret, die Einführung der eigenen Digitalvermarktung (programmatische Vermarktung) der Webseiten. Eine harmonische Content-Erstellung, Synergien schaffen mit anderen Sendern, ist ebenfalls geplant um neue, vorrangig digitale Angebote, zur Erreichung jüngerer Zielgruppen auf den Markt zu bringen.

Rückenwind für diese Maßnahmen kommt aus dem landesweiten Strukturprozess: Zur langfristigen wirtschaftlichen Stabilisierung der Lokalradios sowie des gesamten Lokalradiosystems arbeiten die Vertreter der Betriebsgesellschaften und der Veranstaltergemeinschaften, in einem komplexen Strukturanalyseprozess, unter Federführung der Medienanstalt NRW, an verschiedenen Reform-Paketen in den Bereichen Strategie, Budgetstandards, Synergien und Organisation.

Sollte dieser Prozess erfolgreich sein, steht im Ergebnis ein zukunftsfähiges Gesamtsystem, das neben dem wirtschaftlichen Erfolg auch die größtmögliche journalistische Vielfalt bewahrt.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschaftervertreter

Mitglieder

Dietmar Henkel, Rundfunk-Holding Rhein-Berg/Oberberg

Diego Faßnacht, Rhein.-Berg. Kreis

Klaus Grootens, Oberbergischer Kreis

Karl-Heinz Richter, Stadt Gummersbach

Michael Schell, Stadt Wiehl
Ralf Siepermann, Stadt Bergneustadt
Dr. Georg Ludwig, BGW Lindlar
Dagmar Schmitz, Gemeinde Nümbrecht

Vertreter

wechselnde Vertreter

Geschäftsführer:

Dietmar Henkel, Bankkaufmann

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 8 Mitgliedern 1 Frau an (Frauenanteil: 12,5 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt aktuell nicht vor.

3.4.1.14 Sparkasse Gummersbach

Anschrift	Sparkasse Gummersbach Hindenburgstr. 4-8 51643 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 310
Gründungsjahr	01. Januar 1853 01. Januar 2019; Vereinigung mit Sparkasse der Homburgischen Gemeinden in Wiehl
Gesellschaftsvertrag	Es ist gültig der Vertrag vom 09.11.2018 (mit Wirkung ab 01.01.2019)

Zweck der Beteiligung

Aufgabe der Sparkasse ist es gemäß § 2 des Sparkassengesetzes NRW, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft, insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers, zu dienen. Sie stärkt den Wettbewerb im Kreditgewerbe.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Sparkasse Gummersbach versorgt im Kreditgeschäft vorwiegend den Mittelstand sowie die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Sie führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags. Gewinnerzielung ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes. Sie betreibt im Rahmen des Sparkassengesetzes NRW und den nach diesem Gesetz erlassenen Begleitvorschriften alle banküblichen Geschäfte.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Sparkassen werden nach dem Sparkassengesetz von der jeweiligen Gebietskörperschaft errichtet bzw. aufgelöst. Zwischen diesen Zeitpunkten besitzen sie die Rechtsnatur einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts. Die einzige Einschränkung stellen in diesem Zusammenhang die Besetzung der Führungsorgane durch die Vertretung des Gewährträgers und damit in Verbindung stehende Aufsichtsrechte über die Sparkasse bzw. die in die Führungsorgane entsandten Personen dar. Die Sparkasse "gehört" also dem Gewährträger. Für die Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt haben die beiden Städte einen Zweckverband gebildet, der die Funktion des Gewährträgers ausübt. Mit der Vereinigung sind die Stadt Wiehl und die Gemeinde Nümbrecht in den Zweckverband eingetreten. Alle finanziellen Rechte (Überschussbeteiligung, Auflösungsverträge) und Pflichten (Verlustabdeckungen) sind gemäß der Zweckverbandssatzung auf die Städte/Gemeinde im Verhältnis ihrer amtlich festgestellten Einwohnerzahl zu verteilen. Die "Eigentumsanteile" der Städte/Gemeinde sind also variabel.

Die Stadt Bergneustadt hatte zum 31.12.2022 18.633 Einwohner, die Stadt Gummersbach 52.001 Einwohner, die Stadt Wiehl 25.314 Einwohner und die Gemeinde Nümbrecht 17.486 Einwohner. Bei zusammen 113.434 Einwohnern ergibt sich folgendes Beteiligungsverhältnis zum Jahresende 2022:

Stadt Gummersbach	45,84%
Stadt Wiehl	22,32%
Stadt Bergneustadt	16,43%
Gemeinde Nümbrecht	15,41%

Beteiligungen der Gesellschaft

Die Sparkasse Gummersbach ist am Rheinischen Sparkassen-Giroverband mit einem 1,3692%igen Anteil des Eigenkapitals beteiligt.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gewinnverteilung an die Zweckverbandsmitglieder erfolgt grundsätzlich im Verhältnis der amtlich festgestellten Einwohnerzahlen. Diese zugeteilten Beträge sind von den Mitgliedern für gemeinnützige Zwecke zu verwenden.

Für die Verbindlichkeiten des Verbandes haften die Mitglieder untereinander ebenfalls im Verhältnis der amtlich festgestellten Einwohnerzahlen.

Die sich im Falle einer Auflösung des Verbandes ergebenden Überschüsse oder Fehlbeträge werden entsprechend dem bereits erläuterten Beteiligungsverhältnis auf die Verbandsmitglieder umgelegt.

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	54.963	55.453	-490	Eigenkapital	114.148	113.112	+1.036
Umlaufvermögen	2.334.095	2.364.461	-30.366	Sonderposten			
				Rückstellungen	37.791	42.210	-4.419
				Verbindlichkeiten	2.156.554	2.189.988	-33.434
Sonstige Aktiva	5.619	4.057	+1.563	Sonstige Passiva	86.184	78.661	+7.523
Bilanzsumme	2.394.677	2.423.971	-29.294	Bilanzsumme	2.394.677	2.423.971	-29.294

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Zinserträge	39.742	38.310	+1.432
2. Zinsaufwendungen	6.980	7.745	-765
3. Laufende Erträge	2.423	1.195	+1.228
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	0	0	0
5. Provisionserträge	20.974	21.010	-36
6. Provisionsaufwendungen	1.549	1.407	+142
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands	0	0	0
8. Sonstige betriebliche Erträge	1.813	1.472	+341
9. Allgemeine Versorgungsaufwendungen	38.800	38.597	+203
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	886	992	-106
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	755	1.806	-1.051
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	683	0	+683

13. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	0	2.867	-2.867
14. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	462	0	+462
15. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	0	37	-37
16. Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0
17. Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	7.600	6.000	+1.600
18. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	5.844	4.727	+1.117
19. Außerordentliche Erträge	0	0	0
20. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
21. Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4.500	3.260	+1.240
23. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	8	82	-74
24. Jahresüberschuss	1.336	1.385	-49
25. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0
26. Entnahmen aus Gewinnrücklagen	0	0	0
27. Einstellungen in Gewinnrücklagen	0	0	0
28. Bilanzgewinn	1.336	1.385	-49

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
Eigenkapitalquote	4,77	4,67	+0,10
Eigenkapitalrentabilität	1,17	1,22	-0,05
Anlagendeckungsgrad 2	532,10	515,25	+16,85
Verschuldungsgrad	1.997,87	2.042,98	-45,11
Umsatzrentabilität	3,04	3,17	-0,13

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 343 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 358) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2022

Abgeleitet aus der Bestandsentwicklung des Jahres 2022 wird mit einem leichten Wachstum für das Kundenkreditgeschäft, vorrangig aus dem Darlehensgeschäft mit Unternehmenskunden gerechnet. Demgegenüber werden sich die Eigenanlagen aufgrund von Fälligkeiten um 48,4 Mio. EUR reduzieren.

Im Einlagengeschäft verstärkt sich der über Konditionen geführte Wettbewerb, insbesondere auch aufgrund der oben geschilderten Zinsentwicklung. Für das Jahr 2023 wird ein moderates Wachstum der Kundeneinlagen erwartet. Ein weiterer Teil der Geldvermögensbildung liegt im Wertpapiergeschäft.

Bei der Bilanzsumme ist aufgrund der vorgenannten Entwicklungen im Kredit- und Einlagengeschäft für das Folgejahr ein leichter Anstieg zu erwarten.

Gesamtbeurteilung der Risikolage

Die Sparkasse Gummersbach verfügt über ein dem Umfang der Geschäftstätigkeit entsprechendes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Durch das Risikomanagement und -controlling der Sparkasse können frühzeitig die wesentlichen Risiken identifiziert und gesteuert sowie Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet werden.

Auf Basis der internen Risikoberichte bewegten sich die Risiken im Jahr 2022 innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems. Das Gesamtbanklimit war am Bilanzstichtag mit 49,3 % ausgelastet. Demnach war und ist die Risikotragfähigkeit periodenorientiert gegeben. Die durchgeführten Stresstests zeigen, dass auch außergewöhnliche Ereignisse durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden können. Dies gilt auch für die Untersuchungen möglicher Auswirkungen der Folgen des Ukraine-Krieges auf die Risikolage der Sparkasse.

Auf Basis der durchgeführten Kapitalplanung ist bei den bestehenden Eigenmittelanforderungen bis zum Ende des Planungshorizonts keine Einschränkung der Risikotragfähigkeit ausgehend von der aktuellen Risikosituation zu erwarten.

Entwicklungsbeeinträchtigende Risiken sind nicht erkennbar.

Die Auswirkungen des Ukraine-Krieges werden im Einklang mit dem internen Reporting bei der Darstellung der einzelnen Risikoarten berücksichtigt.

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des Verbands teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer Monitoringstufe zugeordnet. Die Sparkasse Gummersbach ist der grünen Bewertungsstufe zugeordnet.

Da das Risikodeckungspotenzial der Sparkasse die eingegangenen Risiken deutlich übersteigt und sich dies auf Basis der mittelfristigen Ergebnis- und Kapitalplanung voraussichtlich nicht ändern wird, ist die Risikolage als günstig zu beurteilen.

Ausblick 2023

Die Prognose für das Geschäftsjahr 2023 lässt insgesamt erkennen, dass das hinsichtlich der konjunkturellen Rahmenbedingungen sowie der Wettbewerbssituation und der Zinslage weiterhin schwierige Umfeld auch an der Sparkasse nicht spurlos vorübergeht.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage sollte eine weitere deutliche Stärkung der Eigenmittel gesichert sein.

Die Perspektiven für das Geschäftsjahr 2023 sind in Bezug auf die aufgezeigten Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung der von uns erwarteten Entwicklung der Rahmenbedingungen und unserer bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren zusammengefasst als günstig zu beurteilen.

Insgesamt wird vor diesem Hintergrund und der darauf resultierenden Risikofaktoren mit einer leicht positiven Entwicklung der Ertragslage gerechnet.

Auf Basis der Ergebnis-, Kapital- und Liquiditätsplanung ist davon auszugehen, dass auch im Prognosezeitraum die Risikotragfähigkeit und die Einhaltung aller bankaufsichtlichen Kennziffern durchgängig gewährleistet sind.

Die wirtschaftlichen und politischen Folgen des Ukraine-Krieges können die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung hinsichtlich des Eintreffens der für die bedeutsamsten Leistungsindikatoren getroffenen Prognosen, ggf. über das bereits in dem internen Reporting enthaltenen Ausmaß hinaus negativ zu beeinflussen.

Organe und deren Zusammensetzung

Verwaltungsrat

Berthold, Volker, Sparkasse
Bremer, Thomas, Sparkasse
Dannenberg, Andreas, Sparkasse
Frackenhohl-Hunscher, Bärbel, Gummersbach
Gebser, Larissa, Wiehl
Gerards, Konrad, Gummersbach
Gottschlich, Rainer; Nümbrecht
Grube, André, Sparkasse
Hauschildt, Gisa; Nümbrecht
Helmenstein, Frank, Vorsitzender, Gummersbach
Irle, Christoph, Sparkasse
Kämmerer, Detlef, Bergneustadt
Kamp, Wolfgang, Sparkasse
Konzelmann, Thorsten, Gummersbach
Kranenberg, Volker, Gummersbach
Marquardt, Jürgen, Gummersbach
Riegert, Karl-Ludwig; stv. Vorsitzender, Wiehl
Siepermann, Ralf, stv. Vorsitzender, Bergneustadt

Stellvertretende Verwaltungsrat Mitglieder

Fröhlich, Bernd, Sparkasse
Dreßler, Thorsten, Sparkasse
Foik, Christian, Sparkasse
Fritz-Schäfer, Ute, Gummersbach
Seimen, Thomas, Wiehl
Grützmaker, Sabine, Gummersbach
Saynisch, Andreas, Nümbrecht
Mücke, Nicole, Sparkasse
Lang, Markus, Nümbrecht
Henn, Kristin, Sparkasse
Grütz, Daniel, Bergneustadt
Förster, Rainer, Sparkasse
Auerswald, Helga, Gummersbach
Jansen, Jörg, Gummersbach
Dick, Uwe, Gummersbach
Körber, Jürgen, Wiehl
Schulte, Reinhard, Bergneustadt

Beratende Mitglieder

Thul, Matthias, Bergneustadt
Redenius, Hilko, Nümbrecht
Stücker, Ulrich, Wiehl

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 18 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 16,7 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde für die Jahre 2020 bis 2030 erstellt.

3.4.1.15 Stadtwerke Gummersbach – Bereich Abwasser

Anschrift	Stadtwerke Gummersbach – Bereich Abwasser Fröbelstraße 1 51643 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 91 07 30
Gründungsjahr	1. Januar 1998
Betriebssatzung	ist gültig in der Fassung vom 10. November 2005, zuletzt geändert durch den V. Nachtrag vom 16. März 2016.

Zweck der Beteiligung

Die Stadtwerke Gummersbach sind ein regionaler Versorger und Dienstleister für die Menschen und die Wirtschaft in Gummersbach.

Neben der Trinkwasserversorgung gehören die Abwasserentsorgung und die Wärme- und Kälteversorgung zu den Angeboten. Zu den weiteren Aufgaben der Stadtwerke Gummersbach gehören die Parkraumbewirtschaftung und der Bäderbetrieb.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand der Stadtwerke - Bereich Abwasser - ist die Einsammlung von Abwasser und der Weitertransport zu den Klärwerken des Aggerverbandes.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Gummersbach ist alleiniger Anteilseigner.

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	106.957	107.637	-680	Eigenkapital	56.642	56.779	-137
Umlaufvermögen	3.036	3.086	-50	Sonderposten	10.434	11.016	-582
				Rückstellungen	2.325	2.475	-150
				Verbindlichkeiten	40.592	40.453	+139
Aktive Rechnungsabgrenzung				Passive Rechnungsabgrenzung			
Bilanzsumme	109.993	110.723	-730	Bilanzsumme	109.993	110.723	-730

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	14.679	15.337	-658
2. sonstige betriebliche Erträge	136	50	+86
3. Materialaufwand	6.683	6.579	+104
4. Personalaufwand	1.531	1.404	+127
5. Abschreibungen	3.193	3.165	+28
6. Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	-143,2	-156,2	+13,0
7. Betriebsergebnis	2.048	2.988	-940
8. Finanzergebnis	-934	-1.025	+82
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	1.114	1.963	-849

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
Eigenkapitalquote	51,50	51,28	+0,22
Eigenkapitalrentabilität	1,97	3,46	-1,49
Anlagendeckungsgrad 2	102,84	102,87	-0,03
Verschuldungsgrad	94,19	95,01	-0,82
Umsatzrentabilität	7,59	12,80	-5,21

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren 22,5 Beschäftigte und 2,5 Beamte (Vorjahr: 35,4 Beschäftigte und 3,6 Beamte) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Im Jahr 2022 entsorgten die Stadtwerke mit ihrem Kanalnetz Abwasser von 53.855 Einwohnern. Mit einer Länge von km 386,44 erreichen die Stadtwerke Gummersbach damit einen Kanalanschlussgrad von 99,02 %. Die Schmutzwassermenge in 2022 belief sich dabei auf ein Volumen von m³ 2.421.048. Die Höhe des abgeleiteten Niederschlagswassers basiert auf Grundstücksflächen von m² 3.325.739 und auf Straßenflächen von m² 1.953.826.

Organe und deren Zusammensetzung

Betriebsleiter

Dipl.-Kfm. Herr Harald Kawczyk

Stellvertretende Betriebsleiter

Dipl.-Betriebswirt Herr Hardy Josef Berg (Kaufmännische Leitung)

Dipl.-Ing. Herr Christopher Seybold M. Sc. (Technische Leitung)

Betriebsausschuss

Zeitraum: 02.11.2020 bis 28.02.2023

1. Stv. Herr Volker Kranenberg (Vorsitzender), Dipl.-Staatswissenschaftler/Soldat
2. Stv. Herr Karl-Heinz Richter (1. stellvertretender Vorsitzender), Pensionär
3. Stv. Bastian Frölich (2. stellvertretender Vorsitzender), Verwaltungsbeamter
4. Stv. Herr Jörg Jansen, Beamter
5. Stv. Herr Björn Rose, Elektromeister
6. Stv. Herr Uwe Schneevogt, selbstständiger Versicherungskaufmann
7. Herr Dirk Vedder, selbstständiger Bankkaufmann
8. Stv. Herr Uwe Schieder, Technischer Angestellter
9. Herr Christian Weiss, Rentner

10. Herr Jürgen Schoder, Unternehmensberater
11. Stv. Herr Andreas Dissmann, Hausverwalter
12. Stv. Herr Joachim Scholz, Rentner
13. Herr Norbert Stephan, Rentner
14. Stv. Herr Dr. Ulrich von Trotha, Zahnarzt
15. Herr Dirk Johanns, Kraftfahrer
16. Frau Christine Borchert (Beschäftigte Stadtwerke), Techn. Angestellte
17. Frau Melanie Funken (Beschäftigte Stadtwerke), Kfm. Angestellte

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 17 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 11,8 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt nicht vor.

3.4.1.16 **Stadtwerke Gummersbach – Bereich Wasser, Wärme, Bäder, Parken**

Anschrift	Stadtwerke Gummersbach – Bereich Wasser, Wärme, Bäder, Parken Fröbelstraße 1 51643 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 91 07 30
Gründungsjahr	1. Januar 1998
Betriebssatzung	ist gültig in der Fassung vom 10. November 2005, zuletzt geändert durch den V. Nachtrag vom 16. März 2016.

Zweck der Beteiligung

Die Stadtwerke Gummersbach sind ein regionaler Versorger und Dienstleister für die Menschen und die Wirtschaft in Gummersbach.

Neben der Trinkwasserversorgung gehören die Abwasserentsorgung und die Wärme- und Kälteversorgung zu den Angeboten. Zu den weiteren Aufgaben der Stadtwerke Gummersbach gehören die Parkraumbewirtschaftung und der Bäderbetrieb.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand der Stadtwerke - Bereich Wasser, Wärme, Bäder, Parken - ist die Versorgung der im Stadtgebiet befindlichen Grundstücke mit Trinkwasser, die Versorgung der Grundstücke mit Fernwärme, im Bereich der Fern- und Nahwärmenetze, das Betreiben der öffentlichen Schwimmbäder inklusive Gastronomie und der Vertrieb von Schwimmbadartikeln, das Betreiben von Sport- und Multifunktionshallen im Stadtgebiet inklusive der Gastronomie sowie das Betreiben der innerstädtischen Parkeinrichtungen sowie alle den Betriebszweck fördernden Geschäfte. Ebenso die Errichtung, das Halten, das Betreiben und die Verpachtung von Infrastruktur für Telekommunikationseinrichtungen, damit im Zusammenhang stehende Dienstleistungen und die vertriebliche Nutzung. Der Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationseinrichtungen sind gemäß § 107 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW davon ausgenommen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Gummersbach ist alleiniger Anteilseigner.

Beteiligungen der Gesellschaft

AggerEnergie GmbH	15,43 %
Arena Gummersbach GmbH & Co. KG	25,1 %
Arena Gummersbach Management GmbH	25,1 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	73.265	73.292	-27	Eigenkapital	34.223	33.005	+1.218
Umlaufvermögen	1.624	1.408	+216	Sonderposten			
				Rückstellungen	997	1.009	-12
				Verbindlichkeiten	39.673	40.701	-1.028
Aktive Rechnungsabgrenzung	4	15	-11	Passive Rechnungsabgrenzung			
Bilanzsumme	74.893	74.715	+178	Bilanzsumme	74.893	74.715	+178

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	11.419	9.286	+2.133
2. sonstige betriebliche Erträge	96	16	+80
3. Materialaufwand	4.358	4.226	+132
4. Personalaufwand	1.343	1.392	-49
5. Abschreibungen	2.324	2.267	+57
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	3.168	2.577	+591
7. Ergebnis nach Steuern	1.236	-156	+1.392
8. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	1.203	-189	+1.392

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
Eigenkapitalquote	45,70	44,17	+1,53
Eigenkapitalrentabilität	3,52	-0,57	+4,09
Anlagendeckungsgrad 2	102,22	101,94	+0,28
Verschuldungsgrad	118,84	126,38	-7,54
Umsatzrentabilität	10,45	-2,03	+12,48

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren 37,19 Beschäftigte und 2,63 Beamte (Vorjahr: 35,4 Beschäftigte und 3,6 Beamte) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Im Jahr 2022 versorgten die Stadtwerke 53.770 der 53.855 Einwohner der Stadt Gummersbach mit Trinkwasser. Insgesamt wurden Tm³ 2.351 Wasser (Vorjahr: Tm³ 2.367) in Gummersbach an Unternehmen und Bürger verkauft. Für Löschwasserübungen und Brandeinsätze der Feuerwehr wurden Tm³ 16,6 und für betriebsbedingte Spülungen zum Erhalt der Trinkwasserqualität Tm³ 43,5 Wasser entnommen. Bei einem Bezug von Tm³ 2.735 Wasser ergibt sich ein tatsächlicher Wasserverlust von 11,78 % (Vorjahr: 14,27 %). Die Gesamtlänge des Versorgungsnetzes der Stadtwerke beträgt mit Abschluss des Jahres 2021 nunmehr 315,57 km.

Im Wirtschaftsjahr 2022 reduzierte sich die Wärmeabgabe aus dem Heizwerk Gummersbach um 141 MWh. Insgesamt wurden im Heizwerk Gummersbach für Kessel und BHKW MWh 12.510 Primärenergie eingesetzt. Die Wärmeabgabe im Schulzentrum Derschlag reduzierte sich um MWh 296. Der Nutzungsgrad der Kesselanlage im Heizwerk Gummersbach erhöhte sich auf 90,4 %. Im Vorjahr betrug der Nutzungsgrad der Kesselanlage 88,8 %. Im Heizwerk Derschlag reduzierte sich der Nutzungsgrad der Kesselanlage von 99,0 % auf 96,7 %. Auf dem Steinmüllergelände reduzierte sich die Wärmeverteilung auf MWh 4.595 und die Kälteverteilung erhöhte sich auf MWh 1.050.

Das Gumbala besuchten insgesamt 163.125 Besucher im Wirtschaftsjahr 2022. Die Gesamtumsatzerlöse im Bereich Bäder betragen TEUR 1.444,2 und liegen TEUR 1.012,7 über dem Vorjahresergebnis. Durchschnittlich kamen gut 13.600 Besucher pro Monat. Im Hallenbad Derschlag erhöhten sich die Besucher von 314 in 2021 auf 405 in 2022. Die Erhöhung der Umsatzerlöse sowie der Besucherzahlen ist durch das Auslaufen der coronabedingten Schutzmaßnahmen (Schließung der Bäder, Reduzierung der Besucherzahlen usw.) zu erklären. Aufgrund der längeren Schönwetterphase in Verbindung mit den bereits ausgelaufenen Corona-Schutzmaßnahmen stieg die Zahl der Besucher im Strandbad Bruch von 1.303 in 2021 auf 11.278 in 2022 und lag mit rund 2.000 Besucher über Plan. Eine Reduzierung der Energiekosten im Freizeitbad Gumbala konnte durch die Einspeisung von Strom aus dem BHKW Singerbrink generiert werden und wirkt sich positiv auf das Gesamtergebnis aus.

Im Bereich Parken sind die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um TEUR 416,2 gestiegen. Der Anstieg basiert auf höhere Umsatzerlöse im Bereich der Kurzzeitparker. Die coronabedingten Schutzmaßnahmen (Lockdown im Einzelhandel, Veranstaltungsverbote, Einschränkungen im Gastgewerbe usw.) sind ausgelaufen und das Parkverhalten der Kunden normalisierte sich auf das Niveau der Vorjahre ohne Corona-Einschränkungen. Die Umsatzerlöse betragen im Wirtschaftsjahr 2022 rund TEUR 2.153,2. Im Wirtschaftsjahr 2022 wurden im Parkhaus Forum durchschnittlich rund 80.300 Parkvorgänge pro Monat getätigt. Im Vergleich erzielte das Parkhaus Rathaus / Bismarckplatz durchschnittlich rund 10.100 Parkvorgänge pro Monat und das Parkhaus Alte Post rund 2.800 Parkvorgänge im Wirtschaftsjahr 2022. Die Stadtwerke müssen auch zukünftig Ersatzinvestitionen und Instandhaltungen für die Tiefgarage Rathaus und Bismarckplatz tätigen.

Chancen- und Risikobericht

Die geschäftlichen Aktivitäten der Stadtwerke Gummersbach sind im Rahmen der vielfältigen Einflussfaktoren unternehmerischen Handelns untrennbar mit Risiken verbunden.

Das Risikomanagementsystem ist seit mehreren Jahren installiert und wird rollierend fortgeschrieben. Das Ziel, die zeitgerechte Erkennung, Bewertung, Steuerung und Kontrolle von Risiken, wird dadurch konsequent verfolgt. Die notwendigen Instrumente werden weiterhin kontinuierlich fortentwickelt und sind in einem ganzheitlichen Risikomanagementsystem nach wie vor zusammengefasst.

Das Risikomanagementsystem wird konsequent anhand der gesetzlichen Anforderungen gestaltet und trägt insbesondere dem Gedanken einer im System stark ausgeprägten Risikofrüherkennung Rechnung.

Organe und deren Zusammensetzung

Betriebsleiter

Dipl.-Kfm. Herr Harald Kawczyk

Stellvertretende Betriebsleiter

Dipl.-Betriebswirt Herr Hardy Josef Berg (kaufmännische Leitung)

Dipl.-Ing. Herr Christopher Seybold M. Sc. (technische Leitung)

Betriebsausschuss

Zeitraum: 02.11.2020 bis 28.02.2023

1. Stv. Herr Volker Kranenberg (Vorsitzender), Dipl.-Staatswissenschaftler/Soldat
2. Stv. Herr Karl-Heinz Richter (1. stellvertretender Vorsitzender), Pensionär
3. Stv. Bastian Frölich (2. stellvertretender Vorsitzender), Verwaltungsbeamter
4. Stv. Herr Jörg Jansen, Beamter
5. Stv. Herr Björn Rose, Elektromeister
6. Stv. Herr Uwe Schneevogt, selbstständiger Versicherungskaufmann
7. Herr Dirk Vedder, selbstständiger Bankkaufmann
8. Stv. Herr Uwe Schieder, Technischer Angestellter
9. Herr Christian Weiss, Pensionär
10. Herr Jürgen Schoder, Unternehmensberater
11. Stv. Herr Andreas Dissmann, Hausverwalter
12. Stv. Herr Joachim Scholz, Rentner
13. Herr Norbert Stephan, Rentner
14. Stv. Herr Dr. Ulrich von Trotha, Zahnarzt
15. Herr Dirk Johannis, Kraftfahrer
16. Frau Christine Borchert (Beschäftigte Stadtwerke), Techn. Angestellte
17. Frau Melanie Funken (Beschäftigte Stadtwerke), Kfm. Angestellte

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 17 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 11,8 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt nicht vor.

3.4.1.17 **Steinmüller Bildungszentrum GmbH**

Anschrift	Steinmüller Bildungszentrum GmbH Rospestr. 1 51643 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 29 02 630
Gründungsjahr	2000
Gesellschaftsvertrag	Es ist gültig der Vertrag vom 09. Juni 2000, zuletzt geändert durch Beschluss vom 29. März 2012

Zweck der Beteiligung

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Gegenstand des Unternehmens ist die Sicherung und Fortführung der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Kreismitte.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig. Sie verfolgt öffentliche gemeinnützige Zwecke. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle im Rahmen der Gewerbeordnung zulässigen Geschäfte zu tätigen, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu fördern.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Für die Sicherung und Fortführung der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Kreismitte werden diverse Angebote durch die Gesellschaft umgesetzt, dazu gehören insbesondere

- die praktische und theoretische Erstausbildung für gewerbliche, technische und kaufmännische Berufe
- Maßnahmen der beruflichen Vorbereitung, Umschulung und Weiterbildung
- Bildungsmaßnahmen für Gruppen, die einen erschwerten Zugang zur Berufsausbildung oder zu bestimmten Berufen haben
- die Einführung von Kindern und Jugendlichen in die praktische Anwendung von Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT), insbesondere über Bausteine aus gewerblicher, technischer und kaufmännischer Berufsausbildung
- die Teilnahme an der Erprobung und Entwicklung zukunftsgerichteter Formen beruflicher Bildung
- die Teilnahme an Maßnahmen der Berufsfindung
- sonstige Maßnahmen im Sinne des Sozialgesetzbuches II, III, IX und anderer Regelungen öffentlicher Förderung
- die Zusammenarbeit mit Firmen, Schulen und Institutionen, die sich einem gleichen oder ähnlichen Zweck wie die Gesellschaft widmen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.000,00 EUR
Oberbergischer Kreis	1.250,00 EUR
Stadt Gummersbach	2.500,00 EUR
Stoltenberg-Lerche Stiftung für berufliche Weiterbildung	21.250,00 EUR

Beteiligung der Gesellschaft

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Gemäß Gesellschaftsvertrag dürfen die Gesellschafter keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Soweit aus dem Betrieb der Gesellschaft Jahresfehlbeträge entstehen, sind diese vorrangig durch die Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen auszugleichen. Die Pflicht zur Verlustabdeckung durch die Stadt Gummersbach bestand nur in den ersten drei Jahren der Gesellschaft.

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	1.233	1.256	-23	Eigenkapital	1.202	1.323	-121
Umlaufvermögen	205	327	-122	Sonderposten	4	12	-8
				Rückstellungen	60	56	+4
				Verbindlichkeiten	184	199	-15
Aktive Rechnungsabgrenzung	12	7	+5	Passive Rechnungsabgrenzung			
Bilanzsumme	1.450	1.590	-140	Bilanzsumme	1.450	1.590	-140

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	1.903	1.835	+68
2. sonstige betriebliche Erträge	126	166	-40
3. Materialaufwand	166	190	-24
4. Personalaufwand	1.365	1.359	+6
5. Abschreibungen	117	117	0
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	502	581	-79
7. Finanzaufwand	121	247	-126
8. Ergebnis nach Steuer	121	249	-128
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	121	247	-126

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
Eigenkapitalquote	82,90	83,21	-0,31
Eigenkapitalrentabilität	10,07	18,67	-8,60
Anlagendeckungsgrad 2	97,81	106,37	-8,56
Verschuldungsgrad	20,63	20,18	+0,45
Umsatzrentabilität	5,96	12,34	-6,38

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren 32 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 35) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Die Umsatzerlöse des SBZ sind im Berichtsjahr kumuliert um 3,72 % bzw. 68,3 T€ auf 1.903,3 T€ gegenüber dem Vorjahr (1.835,0 T€) gestiegen. Unter den kumulierten Umsatzerlösen subsumieren sich zum einen die Erlöse aus Bildungsdienstleistungen 1.870,4 T€ (Vorjahr 1.766,5 T€), einen kleinen Teil Mieterlöse Untergeschoss 3,9 T€ (Vorjahr 46,7 T€) und Erlösen aus wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb 29,0 T€ (Vorjahr 21,8 T€).

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahr 2022 gut behauptet – trotz Energiekrise und Lieferkettenproblemen. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs um 1,9 Prozent, laut ersten Berechnungen des statischen Bundesamtes.

Doch Kaufkraftschwund, enorme Unsicherheit, Zinsanstieg und eine schwache Weltwirtschaft belasten die deutsche Konjunktur. Nach einem Wachstum von 1,9 % im Jahr 2022 wird das BIP 2023 um 1,0 % schrumpfen.

Die Teuerungsrate wird weiter hoch bleiben, die höheren Energiepreise werden längerfristig bestehen. Einige Experten rechnen mit einer Inflation von über 7,5. Die hohe Inflation wird noch einige Zeit andauern – ab dem 2. Quartal 2023 wird eine sinkende Inflationsrate realistischer.

Das Steinmüller Bildungszentrum ist industrienah aufgestellt und so wird auch die Ertragslage betroffen sein. Helfen würde eine Anhebung des Arbeitslosengeldes, damit eine Umschulung zu nicht so erheblichen Einbußen bei den potenziellen Teilnehmern führt.

Das negative Jahresergebnis wurde bereits im Vorjahr prognostiziert, auch im Jahr 2023 wird noch mit einem Jahresfehlbetrag gerechnet, jedoch bei einem erneut deutlich besseren Ergebnis im Vergleich zu 2022.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Frau Ortrun Zipperlin, MBA, Gummersbach

Beirat

Frau O. Zipperlin, stv. Beiratsvorsitzende

Herr Rechtsanwalt H.-G. Hahn

Herr W. Kusel

Frau Ost-Dir. D. Dick

Herr R. Gottschlich

Frau Ost-Dir. Dr. B. Eulenhöfer-Mann

Frau Prof. Dr. S. Lake

Herr Dipl.-Sozialwissenschaftler C. Meier

Herr B. Stamm

Herr V. Kranenberg

Vertreter der Gesellschaft

Herr R. Halding-Hoppenheit, Vorsitzender der Gesellschafterversammlung

Prof. Dr. F. Wilke

Herr Rechtsanwalt H.-G. Hahn

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 10 Mitgliedern 4 Frauen an (Frauenanteil: 40,0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt nicht vor.

3.4.1.18 Trägersgesellschaft Stadthalle Gummersbach mbH

Anschrift	Trägersgesellschaft Stadthalle Gummersbach mbH Alter Schulweg 5 51647 Gummersbach
Gründungsjahr	16. Dezember 1994
Gesellschaftsvertrag	Es ist gültig der Vertrag vom 16. Dezember 1994, zuletzt geändert am 01.02.2018

Zweck der Beteiligung

Vermögensverwaltung durch Erhaltung und Renovierung der Stadthalle Gummersbach.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigte gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 51 ff. der Abgabenordnung (Förderung der Heimatpflege).

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital		444.823,93 EUR
Stadt Gummersbach	71,27 %	317.000,96 EUR
Gesellschaft zur Eintracht e.V.	8,62 %	38.346,89 EUR
Gummersbacher Schützenverein von 1833 e.V.	8,62 %	38.346,89 EUR
VfL Gummersbach e.V.	5,75 %	25.564,59 EUR
Bürgerverein Gummersbach e.V.	2,87 %	12.782,30 EUR
Freizeitpark Hexenbusch e.V.	2,87 %	12.782,30 EUR

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Neben den bestehenden Anteilen, die die Stadt Gummersbach hält, gibt es im Jahr 2022 keine weiteren wirtschaftlichen Verflechtungen. Es kam weder zu einer Gewinnausschüttung, noch zu einer Verlustübernahme. Durch Übernahme der Bürgschaften hat sich die Stadt finanziell gegenüber der Trägersgesellschaft verpflichtet. Zur Unterstützung und Vermeidung der Inanspruchnahme aus der Bürgschaft zahlt die Stadt Gummersbach zudem jährlich einen Zuschuss in Höhe von 18.000 Euro.

Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall ihres bisherigen Zwecks fällt ihr Vermögen an die Stadt Gummersbach mit der Auflage, dass dieses Vermögen unmittelbar und ausschließlich für steuerbegünstigte Zwecke zur Förderung des Denkmalschutzes und des Heimatgedankens verwendet werden darf (§12 des Gesellschaftsvertrages vom 16 Dezember 1994).

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	371	393	-22	Eigenkapital	0	0	0
Umlaufvermögen	242	226	+16	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	7	8	-1
				Verbindlichkeiten	606	615	-19
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,033	6	- 5,97				
Bilanzsumme	613	625	-12	Bilanzsumme	613	625	-12

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Bürgschaftsgeber: Stadt Gummersbach 480.000,00 €

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	67	69	-2
2. sonstige betriebliche Erträge	18	18	0
3. Materialaufwand			
4. Personalaufwand			
5. Abschreibungen	19	19	0
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	50	28	+22
7., Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
8. Finanzergebnis			
9. Ergebnis vor Ertragssteuern			
10. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	6	29	-23

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
Eigenkapitalquote	0	0	0
Eigenkapitalrentabilität	0	0	0
Anlagendeckungsgrad 2	163,34	156,48	6,86
Verschuldungsgrad	0	0	0
Umsatzrentabilität	7,05	33,33	-26,28

Geschäftsentwicklung

Die Stadthalle (Schützenburg) ist seit dem 01.01.2015 langfristig verpachtet. Zum 01.10.2022 ist ein weiterer Pächter in den bestehenden Vertrag eingetreten.

Der Pachtvertrag ist auf 10 Jahre befristet und kann 2x um 5 Jahre verlängert werden. Die monatlichen Pachten sowie die Nebenkosten werden seitdem pünktlich bezahlt. Insgesamt erzielte die Gesellschaft im Jahr 2022 Umsatzerlöse aus Vermietung und Verpachtung von 67 TEURO, die sich bei unveränderter Pacht aufgrund geringerer Nebenkosten-Vorauszahlungen verringerten. Eine darüberhinausgehende operative Geschäftstätigkeit wird nicht ausgeübt.

Die Grundstücksaufwendungen erhöhten sich im Vorjahresvergleich auf rund 27 TEUR. Hier wirkten sich deutlich höhere Wasser- und Schmutzwassergebühren aus. Im Jahr 2022 darüber hinaus sind insbesondere Instandhaltungsmaßnahmen an den Außenanlagen angefallen. Das Jahr konnte mit einem Jahresüberschuss von 6 TEURO abgeschlossen werden. Aufgrund der gegenüber dem Wirtschaftsplan höheren Grundstücks- und Instandhaltungsaufwendungen wurde das Planergebnis deutlich unterschritten.

Die Vermögens- und Kapitalverhältnisse stellen sich zum Abschlussstichtag wie folgt dar;

Die Bilanzsumme beträgt 613 TEURO nach 623 TEURO zum Vorbilanzstichtag. Auf das Anlagevermögen, das im Wesentlichen die Immobilie umfasst, entfallen 371 TEURO. Investitionen wurden im Geschäftsjahr 2022 nicht vorgenommen. Das Umlaufvermögen wird durch die Geldguthaben geprägt, die sich um rund 61 TEURO erhöhen.

Das langfristige Vermögen (Anlagevermögen) ist vollständig durch langfristiges (Fremd-)Kapital finanziert. Die betriebswirtschaftlich wünschenswerte Kongruenz von Kapitalbindungs- und Überlassungsfristen ist damit gegeben. Durch den Jahresüberschuss hat sich der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag weiter verringert. Die bestehenden Darlehensverbindlichkeiten bei Kreditinstituten wurden planmäßig bedient; im Jahr 2022 wurden Tilgungsleistungen von 22 TEURO vorgenommen.

Die Gesellschaft konnte im Jahr 2022 ihren Zahlungsverpflichtungen vollumfänglich nachkommen. Zum Abschlussstichtag stehen dem kurzfristigen Fremdkapital (Rückstellungen und Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr) von rund 52 TEURO verfügbare Geldmittel von 228 TEURO gegenüber.

Chancen- und Risikobericht

Durch das bestehende Pachtverhältnis werden seit 2015 Jahresüberschüsse erzielt. Die liquiditätsmäßigen Überschüsse sind auf dem Festgeldkonto und dem Girokonto der Gesellschaft angespart, sodass der Trägergesellschaft Stadthalle Gummersbach mbH zum Stichtag 228 TEURO (Vorjahr 117 TEURO) Bankbestand zur Verfügung stehen. (Girokonto: 204 TEURO, Rücklagenkonto 24 TEURO).

Somit ist die Trägergesellschaft der Stadthalle Gummersbach mbH in der Lage, größere Reparaturen/ Instandhaltungen aus eigenen Mitteln zu tragen. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass sich in den Folgejahren der Instandsetzungsaufwand erhöht. Die Heizungsanlage fällt zunehmend aus, in den Lagerräumen hat sich aufgrund der Feststellungen der Lebensmittelüberwachung des oberbergischen Kreises der Sanierungsbedarf ebenfalls erhöht.

Prognosebericht (voraussichtliche Entwicklung)

Die Entwicklung wird weiterhin grundsätzlich positiv angenommen, jedoch ist nicht abzusehen, wie sich die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung mit relativ hoher Inflationsrate und dem andauernden Krieg in der Ukraine auf das Verhalten der Gäste in der Gastronomie auswirken wird. Auch aus dem Auslaufen des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Restaurationsumsätze zum Jahresende 2023 ergeben sich insoweit Unsicherheiten. Die bestehenden Darlehen bei Kreditinstituten werden jährlich planmäßig bedient; und in Zukunft sollte keine neue Darlehensaufnahme erforderlich sein.

Insgesamt ist für das Geschäftsjahr 2023 von grds. unveränderten Pächterlösen, aufgrund geringerer Nebenkostenvorauszahlungen jedoch insgesamt von leicht rückläufigen Umsätzen auszugehen. Für das Jahresergebnis wird bei weitgehend unveränderten Kostenstrukturen daher ein Niveau erwartet, das leicht unter dem des Jahres 2022 liegen wird.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführer	Herr Uwe Schneevogt
Stellvertreter	Herr Stephan Höller

Die Gesellschaft hat auf die Bestellung eines Aufsichtsrates verzichtet.

3.4.1.19 Zweckverband der Förderschulen

Anschrift	Zweckverband der Förderschulen Rathausplatz 1 51643 Gummersbach
Gründungsjahr	24.05.1963
Satzung	Es gilt die Satzung vom 03. März 1980 in der Fassung des IV. Nachtrages vom 08.02.2000.

Zweck der Beteiligung

Der Schulverband ist Träger der Schulen für Lernbehinderte (Sonderschulen) im Gebiet der Verbandsmitglieder. Diese Schulen für Lernbehinderte sind die Jakob-Moreno-Schule in Gummersbach und die Roseggerschule in Waldbröl. Die Zuständigkeit der Verbandsmitglieder zur Erfüllung der o. a. Aufgaben geht auf den Schulverband als Schulträger über.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Zweckverband der Förderschulen erfüllt seine Aufgaben als Schulträger und stellt den Schulbetrieb durch Schaffung der sachlichen und personellen (ausgenommen Lehrkräfte) Voraussetzungen sicher. Zudem sind die Ziele des Zweckverbandes die Erfüllung des staatlichen Bildungsauftrages, das Sicherstellen eines bedarfsgerechten Schulangebotes und die Bereitstellung der erforderlichen Lernmittel.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Beteiligungsverhältnisse

Verbandsmitglied	Schulverbandsumlage in %
Stadt Bergneustadt	9,30%
Stadt Gummersbach	26,58%
Stadt Waldbröl	14,22%
Stadt Wiehl	10,08%
Gemeinde Engelskirchen	7,49%
Gemeinde Marienheide	5,90%
Gemeinde Morsbach	6,36%
Gemeinde Nümbrecht	9,16%
Gemeinde Reichshof	10,91%

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	8.804	9.041	-237	Eigenkapital	2.770	2.463	+307
Umlaufvermögen	-45	1	-46	Sonderposten	3.760	3.863	-103
				Rückstellungen	7	3	+4
				Verbindlichkeiten	2.224	2.714	-490
Aktive Rechnungsabgrenzung	2	1	+1	Passive Rechnungsabgrenzung	0	0	0
Bilanzsumme	8.761	9.043	-282	Bilanzsumme	8.761	9.043	-282

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.570	2.214	+356
3. sonstige Transfererträge	0	0	0
4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
5. Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
6. Erträge aus Kostenerstattung/-umlage	419	323	+96
7. sonstige ordentliche Erträge	0	3	-3
8. Aktivierte Eigenleistung	0	0	0
9. Bestandsveränderungen	0	0	0
10. Ordentliche Erträge	2.989	2.540	+449
11. Personalaufwendungen	501	456	+45
12. Versorgungsaufwendungen	0	0	0
13. Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen	1.247	1.095	+152
14. Bilanzielle Abschreibungen	292	294	-2
15. Transferaufwendungen	354	313	+41
16. Sonstige ordentliche Aufwendungen	225	317	-92
17. Ordentliche Aufwendungen	2.619	2.475	+144
18. Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 17)	370	65	+305
19. Finanzerträge	0	0	0
20. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	63	72	-9
21. Finanzergebnis (Zeile 19 und 20)	63	72	-9
22. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeiten (Zeilen 18 und 21)	307	-7	+314
23. Außerordentliche Erträge	0	0	0
24. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
25. Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 23 und 24)	0	0	0
26. Jahresergebnis (Zeilen 22 und 25)	307	-7	+314
27. Globaler Minderaufwand	0	0	0
28. Jahresergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (Zeilen 26 und 27)	307	-7	+314

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
Eigenkapitalquote	31,62	27,24	+4,38
Eigenkapitalrentabilität	11,08	-0,28	+11,36
Anlagendeckungsgrad 2	99,51	100,02	-0,51
Verschuldungsgrad	216,28	267,15	-50,87

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren 12 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 12) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Nach § 95 der Gemeindeordnung (GO NRW) i.V.m. § 18 GkG NRW ist zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres ein Jahresabschluss aufzustellen, in dem das Ergebnis der Haushaltswirtschaft nachzuweisen ist. Ihm ist ein Lagebericht beizufügen. Gemäß §§ 39, 49 der Kommunalhaushaltsverordnung (KomHVO NRW) ist der Lagebericht so zu fassen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Förderschulzweckverbandes vermittelt wird. Auch ist auf die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung einzugehen.

Das Jahresergebnis weist einen Überschuss in Höhe von 307.321,35 € aus Erträgen und Aufwendungen aus.

Vermögensstruktur und Schuldenlage

Die Schlussbilanz zum 31.12.2022 vermittelt ein umfassendes Bild über die Vermögens- und Schuldenlage. Durch den Vergleich der einzelnen Positionen mit den Werten des Vorjahres lassen sich darüber hinaus wesentliche Auswirkungen der Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Haushaltsjahr 2021 darstellen.

Das Volumen der Schlussbilanz ist gegenüber der Bilanz vom 31.12.2021 um rd. 0,28 Mio. € gesunken.

Das auf der Aktivseite ausgewiesene Vermögen setzt sich mit rd. 8,80 Mio. € aus eher langfristig orientiertem Anlagevermögen zusammen. Davon entfallen rd. 8,19 Mio. € auf das Sachanlagevermögen (Schulen) und 0,29 Mio. € auf Maschinen, technische Anlagen und Fahrzeuge.

Die auf der Passivseite dargestellte Kapitalstruktur der Bilanz gibt darüber Auskunft, wie das Vermögen des Zweckverbandes finanziert ist. Das Eigenkapital als Saldo zwischen dem Vermögen (Aktiva) und den Verbindlichkeiten im weiteren Sinne (Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten) beträgt mit 2,77 Mio. € 31,62 % der Bilanzsumme. Es wird empfohlen den Überschuss in Höhe von 307.321,35 € der Ausgleichsrücklage zu zuführen.

Eine größere Position auf der Passivseite stellen mit 3,76 Mio. € die Sonderposten dar. Das Anlagevermögen wurde in vielen Fällen durch Zuwendungen des Landes mitfinanziert. In der Bilanz sind diese Forderungen des Anlagevermögens als Sonderposten auszuweisen und entsprechend der Nutzungsdauer des jeweiligen Vermögensgegenstandes im Ergebnisplan ertragswirksam aufzulösen. Die ebenfalls je Vermögensgegenstand durchzuführenden Abschreibungen, die im Ergebnisplan als Aufwand auszuweisen sind, werden somit zum Teil durch die Erträge aus der Sonderpostenauflösung kompensiert.

Im diesjährigen Abschluss wurden Rückstellungen für die Prüfung des Jahresabschlusses durch Fachbereich 1.5 Rechnungsprüfung der Stadt Gummersbach in Höhe von 2.500,00 € gebildet. Darüber hinaus wurden Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub in Höhe von 2.801,60 € und für im Haushaltsjahr geleistete Überstunden in Höhe von 1.226,10 € gebildet.

Die Verbindlichkeiten betragen mit 2,22 Mio. € 25,39 % der Bilanzsumme. Hiervon entfallen 2,02 Mio. € auf langfristige Darlehen und 0,22 Mio. € auf Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen Verbindlichkeiten.

Prognosebericht

Beim Förderschulzweckverband wird aufgrund der vorliegenden Finanzdaten in den nächsten Jahren der NKF-Haushalt ausgeglichen sein.

Die Höhe der liquiden Mittel wurde in den Haushaltsjahren 2015 und 2016 gezielt abgebaut. Ab dem Haushaltsjahr 2017 wurde wieder ein ausgeglichener Ergebnisplan aufgestellt. Dies soll auch im Haushaltsjahr 2024 fortgeführt werden.

Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung

Seitens der Geschäftsführung wird die Entwicklung der Ertrags- und Finanzlage verfolgt, um ggf. rechtzeitig steuernd eingreifen zu können.

Aufgrund der voraussichtlich ausgeglichenen Haushalte der nächsten Jahre besteht für den Förderschulzweckverband das Risiko "Haushaltssicherung" nicht.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführer

Raoul Halding-Hoppenheit, Schulverbandsvorsteher
Carina Hilger, Kommunalbeamtin
Rüdiger Gennies, Bürgermeister Gemeinde Reichshof
Ulrich Stücker, Bürgermeister Stadt Wiehl

Schulverbandsversammlung*

Johannes Riegel, Lehrer (Pensionär)
Claudia Adolfs, Kommunalbeamtin
Frank Helmenstein, Bürgermeister Stadt Gummersbach
Rainer Sülzer, Lehrer (Pensionär)
Helmut Rafalski, Lehrer (Pensionär)
Ulrich Domke, Kommunalbeamter
Jan Balkhaus, Bauingenieur
Monika Güdelhöfer, Sonderpädagogin
Norbert Hamm, Allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters
Stefan Meisenberg, Bürgermeister Gemeinde Marienheide
Thomas Garn, Verwaltungsbeamter
Marko Roth, Staatl. Anerkannter Erzieher
Susanne Hammer, Kommunalbeamtin
Reiner Mast Gemeindegammler
Thomas Hellbusch, Polizeivollzugsbeamter
Thomas Funke, Kommunalbeamter
Gerd Dresbach, Kommunalbeamter
Rene Harald Semmler, Kommunalbeamter
Anette Kulosa-Regh, Pädagogin
Christine Hermanns-Reinsch, Pädagogin

Alice Groß, Kommunalbeamtin

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 21 Mitgliedern 6 Frauen an (Frauenanteil: 28,57 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt aktuell nicht vor.

3.4.2 Mittelbare Beteiligungen

3.4.2.1 Kreiskliniken Gummersbach – Waldbröl GmbH

Anschrift	Kreiskliniken Gummersbach-Waldbröl GmbH Wilhelm - Breckow - Allee 20 51643 Gummersbach
Muttergesellschaft	Klinikum Oberberg GmbH

Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens, der durch den Betrieb der Kliniken in Gummersbach und Waldbröl und der Fachklinik für Psychiatrie Marienheide sowie durch die Tochtergesellschaften verwirklicht wird.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel ist eine hochwertige, am individuellen Patientenwohl orientierte medizinische Versorgung der Bevölkerung unter Wahrung wirtschaftlicher Geschäftsführung.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	91.181	87.074	+4.107	Eigenkapital	31.945	31.836	+109
Umlaufvermögen	63.681	64.578	-897	Sonderposten	53.425	49.545	+3.880
Ausgleichsposten	0	0	0	Rückstellungen	9.986	11.122	-1.136
				Verbindlichkeiten	59.914	59.461	+453
Aktive Rechnungsabgrenzung	433	342	+91	Passive Rechnungsabgrenzung	25	30	-5
Bilanzsumme	155.295	151.994	+3.301	Bilanzsumme	155.295	151.994	+3.301

Geschäftsentwicklung

Für das Geschäftsjahr 2022 wurde im Lagebericht des Jahres 2021 ein Jahresüberschuss in Höhe von 660,4 T€ prognostiziert. Wesentliche Eckpunkte der Planung sind Umsatzerlöse aus Krankenhausleistungen und ambulanten Leistungen in Höhe von insgesamt 178.221,9 T€. Die Planung für 2022 sah 1.512 Vollzeitkräfte und Bruttopersonalkosten in Höhe von 119.008,4 T€ vor. Zum Zeitpunkt der Planung wurde von einem regelhaften Betrieb ohne pandemiebezogene Einschränkungen ausgegangen. Ausgleichszahlungen sind vor diesem Hintergrund unberücksichtigt geblieben.

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen in Höhe von 162.158,6 T€ blieben um 279,1 T€ hinter dem erwarteten Wert zurück. Hier wurden die geplanten Leistungsmengen sowohl in den somatischen als auch in den psychiatrischen Disziplinen verfehlt. Der Grund liegt in der weiterhin anhaltenden Zurückhaltung vieler Patienten vor dem Gang ins Krankenhaus, die seit Ausbruch der Coronapandemie zu beobachten ist. Gemessen an der Auslastung wurde die Somatik um 2,8 % und die der vollstationären Psychiatrie um 3,8 % verfehlt. Trotz der verfehlten Leistungsmengen konnten die geplanten Erlöse aus Krankenhausleistungen nahezu erreicht werden. Der wesentliche Grund liegt in

der Zahlung der Ausgleichzahlungen nach § 21 a KHG (Versorgungsaufschlag an Krankenhäuser auf Grund von Sonderbelastungen durch das Coronavirus SARS-CoV-2) sowie der Freihaltepauschale gemäß § 21 Abs. 1a KHG (Ausgleichszahlungsvereinbarung für vom Land bestimmte Krankenhäuser) in Höhe von 5.903,0 T€.

Für den Bereich der ambulanten Leistungen wurde die Planung um 1.801,3 T€ übertroffen. Vor allem die Erlöse aus ambulanter spezialfachärztlicher Versorgung einschließlich Rezepten für besonders teure Medikamente haben sich überplanmäßig entwickelt (+1.465,0 T€). Die Einkaufspreise sind analog dazu gestiegen.

Der Personalaufwand beträgt im Berichtsjahr 121.612,4 T€ und übersteigt damit die Planung um 2.604,0 T€. Die überplanmäßigen Personalaufwendungen resultieren im Wesentlichen aus einer Überbesetzung der geplanten Stellen. Die 1.512 Planstellen wurden mit 1.531,4 Vollkräften besetzt. Vor allem im Pflegedienst konnten mehr Stellen besetzt werden. Hier erfolgt die Refinanzierung größtenteils über das Pflegebudget. Des Weiteren wurde im Umfang von 507,4 T€ Personal zur Erbringung von ärztlichen Bereitschaftsdiensten beschäftigt. Und es sind im Umfang von 800,4 T€ Corona Sonderleistungen für den Pflegedienst zur Auszahlung gekommen.

Der Jahresüberschuss in Höhe von 108,6 T€ verfehlt die Planung um 551,9 T€. Der wesentliche Grund ist neben der Planüberschreitung des Personalaufwands die Überschreitung der Aufwendungen für bezogene Leistungen (Planabweichung + 9.410,5 T€). Innerhalb der bezogenen Leistungen wurde die Planung insbesondere im Bereich Fremdpersonal um 3.194,9 T€ überschritten, da vakante Stellen vor allem im Funktionsdienst und im Ärztlichen Dienst kompensiert werden mussten. Ferner wurden die geplanten Aufwendungen für die Krankenpflegeschule um 2.875,4 T€ überschritten. Der höhere Aufwand ist unter anderem durch die Inbetriebnahme der Physiotherapieschule zum 01.08.2022 entstanden und wird durch die Kostenträger refinanziert. Weitere Planüberschreitungen unter anderem im Bereich Speiseversorgung sind mit allgemeinen Kostensteigerungen verbunden.

Chancen- und Risikobericht

Nach Überprüfung der Risikolage kommt die Geschäftsleitung zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2022 zu dem Ergebnis, dass für den Prognosezeitraum keine bestandsgefährdenden Risiken bestehen. Durch bereits erfolgte Gespräche mit den Gesellschaftern der Klinikum Oberberg GmbH und mit den Hausbanken ist es gelungen, eine durch Bürgschaften gesicherte erweiterte Kontokorrentlinie der Klinikum Oberberg GmbH bereitstellen zu lassen. Hierdurch wird die Kreditlinie für die gesamte Gruppe um 20 Mio. € erweitert, da die Klinikum Oberberg GmbH im Rahmen der gruppenweiten Finanzierung diese Kontokorrentlinie nutzt, um ihre Tochtergesellschaften und damit auch die Kreiskliniken Gummersbach-Waldbröl GmbH, mit zusätzlicher Liquidität versorgen zu können. Zudem hat die Kreisklinik Gummersbach-Waldbröl GmbH mit Vertrag vom 15.08.2023 ihre Kontokorrentlinie um weitere 500 T€ auf 10 Mio. € erhöht.

Die Geschäftsführung beobachtet laufend die weitere Entwicklung zur Identifikation möglicher Risiken und reagiert bedarfsweise – unter Zugrundelegung des Risikomanagementsystems des Unternehmens – mit angemessenen Maßnahmen zum Umgang mit den identifizierten Risiken. Dies betrifft auch Maßnahmen zur Anpassung von operativen Geschäftsprozessen unter Nutzung aktueller technologischer Möglichkeiten. Über die Geschäftsentwicklung wird regelmäßig in den Sitzungen des Aufsichtsrates und der Abteilungsleiterkonferenz (ALK) berichtet. Die monatliche Berichterstattung von Aufwendungen, Erträgen, Leistungen, Personalbesetzungen und betriebswirtschaftlichen Kennzahlen ermöglicht es, frühzeitig negative Ergebnisentwicklungen zu erkennen und korrigierend einzugreifen.

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) hat am 27.04.2022 den neuen Krankenhausplan NRW 2022 veröffentlicht und damit in Kraft gesetzt. Am 17.11.2022 wurden dann

die Verhandlungen über die regionalen Planungskonzepte zwischen den Krankenhäusern und Kostenträgern gestartet. Diese Verhandlungsphase war planmäßig nach sechs Monaten abzuschließen. Danach übernimmt die jeweilige Bezirksregierung die Verfahrensleitung und bezieht dann auch weitere Beteiligten auf regionaler und überregionaler Ebene mit ein. Anschließend entscheidet das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales über die Versorgungsaufträge. Die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen Krankenhäusern und den Krankenkassen zu den einzelnen Leistungsgruppen ist im Mai 2023 zum Abschluss gekommen. Mit den Ergebnissen ist die Geschäftsführung insgesamt zufrieden, da die Voten der Kostenträger weit überwiegend dem Antrag des Krankenhausträgers entsprechen und mitkonsentiert sind. Die Anträge zur Umsetzung des neuen Krankenhausplanes basierten auf der in 2022 in den Gremien verabschiedeten und veröffentlichten Medizinstrategie. In diesem Strategieprozess wurde die medizinische Leistungsstruktur der beiden Akutversorgungsstandorte in Gummersbach und Waldbröl überprüft und Vorschläge zur zukünftigen Leistungsausrichtung unter Berücksichtigung der dafür notwendigen Infrastruktur erarbeitet. Ziel war die Entwicklung einer zukunftsfähigen Medizinstrategie unter Berücksichtigung der sich verändernden Rahmenbedingungen für Krankenhäuser, des wettbewerblichen Umfeldes und der Versorgungssituation in der Region. Die Medizinstrategie beschreibt die Weiterentwicklung des Klinikum Oberberg mit Ausbau des Standortes Gummersbach zu einem umfangreichen Schwerpunktversorger bei Erhalt des Standortes Waldbröl als Grund- und Regelversorger. Hierzu wird die Invasive Kardiologie sowie die Gefäßmedizin von Waldbröl nach Gummersbach verlagert. Mit der Invasiven Kardiologie in Gummersbach kann die erweiterte Notfallversorgungsstufe (II) gemäß G-BA erreicht werden. Die Schwerpunktversorgung wird dazu auf den Standort Gummersbach konzentriert. Die Notfallversorgung für die Bevölkerung im Oberbergischen Kreis umfasst insbesondere Herzinfarkte und Schlaganfälle sowie große Traumata und die Kinder- und Jugendmedizin. Zudem soll die besondere Expertise in der Onkologie sowie der Herz-Kreislauf-Medizin durch Aufbau eines kardiovaskulären Schwerpunktes im Wettbewerb noch „sichtbarer“ gemacht werden, um weitere Patientinnen und Patienten aus dem Oberbergischen Kreis und darüber hinaus für das Leistungsangebot zu gewinnen. Der Standort Waldbröl wird die Grund- und Regelversorgung in der Chirurgie und Inneren Medizin der konservativen Kardiologie und der Palliativmedizin sowie die psychiatrische Versorgung anbieten. Zusätzlich soll ein akutergeriatrisches Leistungsangebot etabliert werden.

Eine große Chance besteht darin, gut ausgebildete und engagierte Mitarbeiter und eine moderne technische Ausstattung vorweisen zu können und künftig beizubehalten. Die Ausbildung bleibt daher auch ein elementarer Bestandteil, der stetig weiterentwickelt wird. Ebenfalls liefern die internen Aus- und Weiterbildungsangebote durchweg positive Resonanz und unterstützen die Gewinnung von Fachkräften. Zur Steigerung der Attraktivität der Arbeitsplätze sind neben den Lohnbestandteilen auch die Arbeitszeitmodelle, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Kindertagesstätte, Homeoffice-Arbeitsplätze, Job-Rad-Nutzung etc. zunehmend wichtige Aspekte.

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen sowie dem zunehmenden Verlust von Planungssicherheit sieht die Geschäftsführung das Unternehmen für die Zukunft insgesamt gut aufgestellt.

3.4.2.2 Psychosomatische Klinik Bergisch Land gemeinnützige mbH

Anschrift	PSK Psychosomatische Klinik Bergisch Land gemeinnützige GmbH Schloderdicher Weg 23a 51469 Bergisch Gladbach Tel. 022 02 / 20 60
Muttergesellschaft	Klinikum Oberberg GmbH

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Fachklinik zur Behandlung von Patienten mit psychosomatischen und psychiatrischen Krankheitsbildern im stationären, rehabilitativen und ambulanten Bereich. Zweck des Krankenhausbetriebes ist eine ausreichende und zweckmäßige medizinische Versorgung der Bevölkerung im Einzugsgebiet des Oberbergischen und Rheinisch Bergischen Kreises insbesondere bei Suchtkrankenbehandlung, Rehabilitation und Ambulanz.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Psychosomatische Klinik Bergisch Land gGmbH betreibt die Psychosomatische Klinik (kurz: PSK), eine psychiatrische Fachklinik für Abhängigkeitserkrankungen mit zwei bettenführenden Standorten. Der in unmittelbarer Nähe zur Stadtgrenze Kölns gelegene Hauptsitz liegt im Ortsteil Gronau der Stadt Bergisch Gladbach. Der zweite Standort befindet sich in Wermelskirchen-Dabringhausen in Nähe der Dhünntalsperre. Die Klinik ist in die psychiatrische Pflichtversorgung der Stadt Köln sowie des Rheinisch-Bergischen Kreises eingebunden.

Das ambulante Beratungs- und Behandlungsangebot beinhaltet die Betreuung von Menschen mit Suchtproblemen, die Behandlung weiterer psychischer Störungen sowie die Beratung der Angehörigen. Die stationären Leistungen umfassen neben der qualifizierten Drogenentzugsbehandlung (Akutbehandlung) und der Entwöhnungsbehandlung (Rehabilitationsbehandlung), ein angegliedertes soziotherapeutisches Wohnheim sowie das Angebot des aufsuchenden betreuten Wohnens.

Die Klinik wird in der Rechtsform einer gGmbH geführt und gehört seit 2004 als 100%-ige Tochtergesellschaft zur Kreiskliniken Gummersbach-Waldbröl GmbH. Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung sowie die Geschäftsführung.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlage- vermögen	5.616	5.177	+439	Eigenkapital	4.236	4.482	-246
Umlauf- vermögen	5.070	5.915	-845	Sonderpost en	1.232	1.306	-74
				Rückstellun gen	397	364	+33
				Verbind- lichkeiten	4.821	4.942	-121
Aktive Rechnungs- abgrenzung	0	2	-2	Passive Rechnungs- abgrenzung			
Bilanz- summe	10.686	11.094	-408	Bilanz- summe	10.686	11.094	-408

Geschäftsentwicklung

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2022 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 1,9 % höher als im Vorjahr. Kalenderbereinigt betrug das Wirtschaftswachstum 2,0 %. Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland war im Jahr 2022 geprägt von den Folgen des Kriegs in der Ukraine sowie den extremen Energiepreiserhöhungen. Hinzu kommen Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise beispielsweise für Nahrungsmittel sowie der Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende Corona-Pandemie. Trotz dieser nach wie vor schwierigen Bedingungen konnte sich die deutsche Wirtschaft im Jahr 2022 insgesamt gut behaupten. Im Vergleich zum Jahr 2019, dem Jahr vor Beginn der Corona-Pandemie, war das BIP 2022 um 0,7 % höher. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung stieg im Jahr 2022 insgesamt um 1,8 % gegenüber dem Jahr 2021.

Die wirtschaftliche Lage deutscher Krankenhäuser hat sich im Jahr 2021 wieder verschlechtert. 11 Prozent lagen im „roten Bereich“ mit erhöhter Insolvenzgefahr. Auch ihre Ertragslage hat sich negativ entwickelt, 32 Prozent der Kliniken schrieben auf Konzernebene einen Jahresverlust. Maßgeblich für die schlechtere wirtschaftliche Lage der Kliniken war der Rückgang der Ausgleichszahlungen im Rahmen der COVID-19-Pandemie bei einem nach wie vor geringen Leistungsniveau der Krankenhäuser. Das deutsche Gesundheitswesen steht weiterhin vor großen Herausforderungen, für die es aktuell nicht gerüstet ist. Zu diesen und vielen weiteren Ergebnissen kommt die neunzehnte Ausgabe des „Krankenhaus Rating Report“, der im Rahmen des „Hauptstadtkongress 2023 – Medizin und Gesundheit“ der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Er wurde gemeinsam vom RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung und der Institute for Healthcare Business GmbH (hcb) in Kooperation mit der Bank im Bistum Essen (BIB) erstellt.

Vergleich des tatsächlichen mit dem im Vorjahr prognostizierten Geschäftsverlauf

Im Lagebericht 2021 wurde für das Geschäftsjahr 2022 ein positives Jahresergebnis von 175,7 T€ prognostiziert. Mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 246,6 T€ wurde die Prognose verfehlt.

Die mit 10.697,0 T€ geplanten Erlöse aus Krankenhausleistungen wurden um 726,8 T€ unterschritten. Die Umsätze im Reha Bereich weichen um 242,5 T€ im Vergleich zum Plan ab. Der geplante Auslastungsgrad der Rehakliniken blieb 5,92 % hinter den Erwartungen zurück. Die Umsatzerlöse im Akutbereich bleiben dabei um 314,3 T€ hinter dem Plan zurück. Auch hier wurde die geplante Belegung der Akutklinik um 8,99 % unterschritten.

Die verfehlt Belegung der Akutklinik wurde nur in Teilen (66,6 T€) durch coronabedingte Ausgleichszahlungen kompensiert (Versorgungsaufschlag nach § 21a Abs.1 KHG sowie Corona-Ausgleich 2022 nach § 5a Absatz 1 der Verordnung zur Regelung weiterer Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser für den Bereich der BPfIV).

Die mit 959,6 T€ geplanten Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses wurden um 190,9 T€ unterschritten. Vor allem die Umsatzerlöse des aufsuchenden betreuten Wohnens bleiben dabei um 54,2 T€ hinter dem Plan zurück. Aufgrund vakanter Stellen wurde hier die geplante Belegung um 31,8 % unterschritten.

Der mit 7.804,2 T€ geplante Personalaufwand wurde um 2,2 % überschritten. Die geplanten 113,68 Stellen waren mit 116,93 Stellen besetzt.

Das geplante Jahresergebnis wurde vor allem deshalb nicht erreicht, weil das geplante Leistungsniveau, welches sich an den Zeiträumen vor der Pandemie orientierte, noch nicht erreicht werden konnte. Temporär vakante Stellen sowie gestiegene Einkaufspreise für Materialien und Dienstleistungen haben ebenfalls dazu geführt, dass das geplante Jahresergebnis nicht erreicht wurde.

Außerdem haben die geleisteten Ausgleichzahlungen (Versorgungsaufschlag nach § 21a Abs.1 KHG sowie Corona-Ausgleich 2022 nach § 5a Absatz 1 der Verordnung zur Regelung weiterer Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser für den Bereich der BpflV) nicht gereicht, um das Umsatzdefizit auszugleichen.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2022 sind die Erlöse gegenüber dem Vorjahr um 666,3 T€ (+6,0%) auf 11.807,6 T€ (Vorjahr: 11.141,2 T€) gestiegen.

In der stationären Rehabilitation werden aktuell 80 Planbetten betrieben. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Belegung um 4,12% auf 84,30% angestiegen. Im Zeitraum 2014 bis 2019 lag die Auslastung durchschnittlich bei 89,86%. Damit ist Leistungsniveau von vor der Pandemie längst nicht erreicht.

Im Akutbereich werden aktuell 47 Planbetten betrieben. Die Auslastung des Akutbereiches liegt bei 84,22 % (Vorjahr: 88,64 %) und damit leicht unter Vorjahresniveau. Im Zeitraum 2014 bis 2019 lag die Auslastung durchschnittlich bei 96,24%. Damit konnte das Leistungsniveau von vor der Pandemie auch hier noch nicht wieder erreicht werden. Die Verhandlungen der Budgets für die Vereinbarungszeiträume 2020 und 2021 werden zum Zeitpunkt der Erstellung des vorliegenden Lageberichtes geführt.

Das Auslastungsniveau der psychiatrischen Institutsambulanz ist gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig (-2,44 %) und führt zu einem Erlös von 342,2 T€ (Vorjahr: 342,7 T€). Hier wirkten Preissteigerungen dem Leistungsrückgang entgegen. Im Zeitraum 2014 bis 2019 wurden durchschnittlich 1.836 Fälle behandelt. Im Berichtsjahr wurden 1.726 Fälle behandelt. Auch hier ist das Leistungsniveau von vor der Pandemie noch nicht wieder erreicht.

Im Rahmen des aufsuchenden betreuten Wohnens sanken die erbrachten Fachleistungsstunden um 20,9 % auf 5.316 Fachleistungsstunden.

Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Die Geschäftsführung schätzt die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft als angespannt ein und ist mit dem Geschäftsverlauf nicht zufrieden. Wegen der anhaltenden schwierigen Rahmenbedingungen hat die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 246,6 € erzielt.

Chancen- und Risikobericht

Ein wesentliches Risiko besteht darin, dass die getroffenen Annahmen hinsichtlich der Belegung nicht eintreffen und dass daraus abgeleitete Prognosen hinsichtlich der Umsätze nicht realisiert werden können. Dies hätte folglich negative Auswirkungen auf die Liquiditätslage der Gesellschaft.

Die Leistungsentwicklung der Klinik ist durch die ausgeschöpften räumlichen Kapazitäten gedämpft. Für eine ausreichende und zweckmäßige Versorgung müssen in Bergisch Gladbach neben den bereits vorhandenen 47 Planbetten zur Suchtkrankenbehandlung Drogenabhängiger weitere 22 Planbetten zur Suchtkrankenbehandlung Alkohol- und Medikamentenabhängiger geschaffen werden. Im Zuge der regionalen Bedarfsplanungsrunden wurde im Versorgungsgebiet Rheinisch-Bergischer Kreis mit den Landesverbänden der Krankenkassen und dem Verband der Ersatzkassen vereinbart, die gesamte Suchtkrankenversorgung an der Psychosomatischen Klinik Bergisch Land zu zentralisieren. Das Land NRW hat dem Konzept zugestimmt. Der Feststellungsbescheid der Bezirksregierung Köln liegt vor. Insgesamt werden 69 Planbetten für die Versorgung Drogen- sowie Alkohol- und Medikamentenabhängiger ausgewiesen. Die bauliche Erweiterung der Klinik schreitet planerisch voran und ist für die Klinik von Bedeutung. Zurzeit wird ein Erweiterungsbau zur Zentralisierung der Klinik in

Bergisch Gladbach geplant. Die voraussichtlichen Kosten werden bei 27,6 Mio. € liegen und sollen zunächst über Darlehen und letztlich über die Baupauschale finanziert werden. Vor allem durch gestiegene Bau- und Finanzierungskosten steht die Frage der Machbarkeit des Projektes im Raum. Die Realisierung des Projektes soll neben der Finanzierung aus Fördermitteln (Baupauschale) auch durch die Beteiligung des Landes ermöglicht werden; insbesondere aus Sonderinvestitionsmitteln zur Umsetzung des Krankenhausplanes.

Darüber hinaus sind mögliche Risiken aus der Verzögerung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, bei der Durchführung von Instandhaltungs-, Modernisierungs- und Baumaßnahmen- verbunden mit dem Risiko von Kostensteigerungen aufgrund knappheitsinduzierter Verteuerungen von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen in Folge unterbrochener Lieferketten - zu nennen.

Nach Überprüfung der Risikolage kommt die Geschäftsleitung zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts für den Prognosezeitraum keine bestandsgefährdenden Risiken bestehen. Durch bereits erfolgte Verhandlungen mit den Gesellschaftern der Klinikum Oberberg GmbH und mit den Hausbanken ist es gelungen, eine durch Bürgschaften gesicherte erweiterte Kontokorrentlinie der Klinikum Oberberg Gruppe, wozu auch die PSK gehört, bereitstellen zu lassen.

Die Geschäftsführung beobachtet laufend die weitere Entwicklung zur Identifikation möglicher Risiken und reagiert bedarfsweise - unter Zugrundelegung des Risikomanagementsystems des Unternehmens - mit angemessenen Maßnahmen zum Umgang mit den identifizierten Risiken. Dies betrifft auch Maßnahmen zur Anpassung von operativen Geschäftsprozessen. Über die Geschäftsentwicklung der Psychosomatische Klinik Bergisch Land gGmbH wird regelmäßig in den Sitzungen des Aufsichtsrates der Klinikum Oberberg GmbH und der Abteilungsleiterkonferenz (ALK) berichtet. Die monatliche Berichterstattung von Aufwendungen, Erträgen, Leistungen, Personalbesetzungen und betriebswirtschaftlichen Kennzahlen ermöglicht es, frühzeitig negative Ergebnisentwicklungen zu erkennen und korrigierend einzugreifen.

3.4.2.3 Gesellschaft für Krankenhausdienstleistungen mbH

Anschrift	GKD Gesellschaft für Krankenhausdienstleistungen mbH Wilhelm - Breckow - Allee 20 51643 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 170
Muttergesellschaft	Klinikum Oberberg GmbH

Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft für Krankenhausdienstleistungen mbH (GKD) ist die Erbringung folgender Dienstleistungen insbesondere für konzernangehörige Krankenhäuser:

- Durchführung von Verpflegungsleistungen
- Bewirtschaftung von Cafeterien
- Bewirtschaftung von Parkplätzen und Parkhäusern
- Hauswirtschaftsleistungen
- Reinigungsarbeiten
- Immobilienverwaltung
- Fahrdienste
- Haus-/Hofdienste bzw. Gartendienstleistungen.

Die Gesellschaft erbringt Dienstleistungen hauptsächlich gegenüber der Alleingeschafterin, den Schwestergesellschaften und in geringem Umfang gegenüber Dritten (Annexstätigkeiten). Die Gesellschaft wird in der Rechtsform einer GmbH geführt. Alleingeschafterin ist die Kreiskliniken Gummersbach-Waldbröl GmbH. Die Organe der Gesellschaft bilden die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft erbringt Dienstleistungen folgenden Inhalts gegenüber der Kreiskliniken Gummersbach-Waldbröl GmbH:

- Durchführung von Verpflegungsleistungen
- Bewirtschaftung von Cafeterien
- Bewirtschaftung von Parkplätzen und Parkhäusern
- Hauswirtschaftsleistungen
- Reinigungsarbeiten
- Immobilienverwaltung
- Sonstige krankenhausspezifische Dienstleistungen.

Die Gesellschaft darf die vorstehend genannten Dienstleistungen auch gegenüber Dritten erbringen, soweit der Anteil dieser Fremdleistungen von untergeordneter Bedeutung ist.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	392	227	+165	Eigenkapital	1.164	1.055	+109
Umlaufvermögen	1.673	1.636	+37	Sonderposten			
				Rückstellungen	295	276	+19
				Verbindlichkeiten	606	530	+76
Aktive Rechnungsabgrenzung				Passive Rechnungsabgrenzung	0	2	-2
Bilanzsumme	2.065	1.863	+202	Bilanzsumme	2.065	1.863	+202

Geschäftsentwicklung

Der anhaltende Krieg in der Ukraine und die Folgen der Corona-Pandemie haben die deutsche Wirtschaft im Berichtszeitraum stark belastet. Die durch den Krieg nochmals deutlich angestiegenen Rohstoff- und Energiepreise, die damit weiter ansteigenden Inflationsraten (+6,9 % Jahresdurchschnitt) sowie Unterbrechungen globaler Lieferketten und coronabedingte Lockdowns im asiatischen Raum wirkten sich dabei deutlich negativ aus.

Neben den Sachkostensteigerungen wurden branchenspezifische Tarifabschlüsse für das Gebäudereiniger-Handwerk im Jahr 2022 beschlossen, die alle MitarbeiterInnen der GKD mbH betreffen. So einigten sich die Tarifpartner des Gebäudereiniger-Handwerks (BIV) und die Gewerkschaft IG Bau auf einen 27-monatigen Tarifvertrag bis Ende 2024. Dieser sieht im ersten Schritt die Anhebung des Mindestlohnes zum 01 Oktober 2022 von 11,55 € auf 13,00 € vor. Dies entspricht einer Tarifsteigerung von 12,55 %. Eine zweite Erhöhung um 3,85 % wird zum 1. Januar 2024 auf 13,50 € erfolgen.

Größter Problemfaktor wird in den kommenden Jahren das Zurückgehen der erwerbsfähigen Personen sein, da die geburtenstarken Jahrgänge schrittweise den Arbeitsmarkt verlassen und die geburtenschwachen Jahrgänge aus den 2000er-Jahren in den Arbeitsmarkt eintreten. Der daraus resultierenden Knappheit von Fachkräften kann mit qualifizierter Zuwanderung nur bedingt entgegengewirkt werden. Da der demographische Wandel die Bevölkerungsstruktur in ganz Europa prägt, müssten hierzu weltweit Fachkräfte angeworben werden.

Vergleich des tatsächlichen mit dem im Vorjahr prognostizierten Geschäftsverlauf

Das Jahresergebnis 2022 beträgt 109,2 T€ und verfehlt damit das prognostizierte Jahresergebnis i.H.v. 183,0 T€ um 73,8 T€. Im Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2022 wurde ein Umsatz i.H.v. 16.058,1 T€ prognostiziert. Mit einem tatsächlichen Umsatz i.H.v. 17.876,6 T€ wurde die Umsatzprognose übertroffen. Gründe hierfür sind die unerwartet hohen Steigerungen im Personal- und Sachkostenbereich, die durch höhere Abrechnungspauschalen an die Kunden weitergegeben werden konnten.

Ferner wurde mit Personal- und Materialaufwendungen i.H.v. von 13.487,2 T€ gerechnet. Der tatsächliche Aufwand liegt bei 15.453,9 T€. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf erhöhte Personalkosten sowie auf gestiegene Lebensmittelpreise zurückzuführen. Die Steigerungen in den

Personal- und Materialaufwendungen konnte damit nicht durch die höheren Abrechnungspauschalen im Umsatz kompensiert werden.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2022 wurde mit einem Überschuss in Höhe von 109,2 T€ (Vorjahr: 247,1 T€) abgeschlossen.

Die Umsatzerlöse in Höhe von 17.876,6 T€ sind gegenüber dem Vorjahr um 2.379,3 T€ (+15,4 %) gestiegen. Im Wesentlichen wurden die gestiegenen Einkaufspreise (Lebensmittel) sowie die Tarifierhöhung gemäß Gebäudereiniger-Tarifvertrag an die Kunden weitergegeben. Wesentlicher Bestandteil des Umsatzes ist die Erbringung konzerninterner Dienstleistungen, wie Speisenversorgung (5.866,6 T€; Vorjahr: 4.789,3 T€) und Unterhaltsreinigung (4.398,1 T€; Vorjahr: 4.077,7 T€) sowie weitere nicht-medizinische Dienstleistungen, beispielsweise der hausinterne ärztliche Schreibdienst, der Hol- und Bringendienst sowie die Bettenaufbereitung.

Der Anstieg der Erlöse ist vor allem durch einen Preiseffekt entstanden, in dem die gestiegenen Sach- und Lohnkosten an die Auftraggeber weitergegeben wurden. Bei vereinzelt Dienstleistungen konnten durch Prozessoptimierungen und Angebotsstraffungen auch Preisreduktionen durchgeführt werden.

Die Personalaufwand stieg im Vergleich zum Vorjahr um 11,6 % auf 10.853,8 T€. Zum 1. Oktober 2022 sind die Einstiegsgehälter im Gebäudereiniger-Handwerk gestiegen. Nach zwei Verhandlungsrunden einigten sich der Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks (BIV) und die Gewerkschaft IG Bau auf einen 27-monatigen Tarifvertrag bis Ende 2024. Der Branchenmindestlohn (Lohngruppe 1/Einstiegslohn) steigt in zwei Stufen. Im ersten Schritt ist der Mindestlohn zum 1. Oktober 2022 von derzeit 11,55 € auf 13,00 € geklettert. Das entspricht einem Plus von 12,55 %. Insgesamt wurden 301,44 Vollkräfte beschäftigt (Vorjahr: 282,2).

Der Materialaufwand ist um 31,3 % auf 4.600,1 T€ gestiegen. Hiervon sind die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe um 37,7 % gestiegen. Zu Mehraufwendungen ist es hier vorwiegend im Bereich der Lebensmittel gekommen.

Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Die Geschäftsführung beurteilt den Geschäftsverlauf zufriedenstellend, auch wenn der geplante Jahresüberschuss nicht erreicht wurde. Herausfordernd bleiben die dynamischen Kostensteigerungen, insbesondere im Personalbereich.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Unter Berücksichtigung des gegenwärtig schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes sind Prognosen für das Geschäftsjahr 2023 mit Unsicherheiten verbunden. Die Geschäftsführung geht für das kommende Jahr auf Basis der aktuellen Wirtschaftsplanung aus Mai 2023 von einem positiven Jahresergebnis in Höhe von rund 123,5 T€ aus.

Für das Geschäftsjahr 2023 geht die Geschäftsführung auf Basis der aktuellen Wirtschaftsplanung von einer Verbesserung des Jahresüberschusses um 14,3 T€ auf insgesamt 123,5 T€ aus. Erreicht wird diese Planung durch einen Umsatzanstieg i.H.v. 688,6 T€. Dieser soll vor allem durch die Wiederbelebung des Kantinen-, Cafeterien- und Kioskbetriebs sowie durch eine stärkere Inanspruchnahme des kostenpflichtigen Parkraums realisiert werden. Für die Personal- und Sachkosten (Materialaufwand) wird analog zur geplanten Umsatzsteigerung ein Anstieg i.H.v. 630,6 T€ erwartet.

Zum Planungszeitpunkt sieht der Wirtschaftsplan keine Ausfallentschädigungen für den Cafeteria-Bereich vor. Um weiterhin einen ausgeglichenen Haushalt erreichen zu können, ist es daher unabdingbar, zu alter Leistungstärke zurückzufinden.

Chancen- und Risikobericht

Das erste Halbjahr des Jahres 2023 ist weiterhin geprägt durch die Nachwirkungen der Pandemie, die kriegsbedingten Kostensteigerungen, die Inflation und die Tarifsteigerungen. Aus diesem Grund ist mit Risiken für den zukünftigen Geschäftsverlauf der Gesellschaft zu rechnen. Mögliche Risiken werden in weiteren Kostensteigerungen, verschlechterten Finanzierungsbedingungen und das Ausbleiben von geplanten Einnahmen gesehen.

Da die Gesellschaft überwiegend Dienstleistungen für die Kreiskliniken Gummersbach-Waldbröl erbringt, sind besonders Belegungsrückgänge oder nicht erreichte Planbelegungen in den Krankenhäusern risikobehaftet. Fehlende Belegung löst Umsatzrückgänge in den Cafeteria- und Kioskbetrieben sowie im kostenpflichtigen Parkraum aus.

Durch den geringen Umsatzanteil mit Dritten sind mögliche Risiken durch uneinbringliche Forderungen weitgehend unbedeutend. Für die Gesellschaft waren für 2022 keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

Eine Chance wird in der weiter voranschreitenden Prozessoptimierung und der damit einhergehenden Verbesserung der Kostenstruktur gesehen.

Eine weitere Chance ist die Positionierung der Kreiskliniken Gummersbach-Waldbröl GmbH im Gesundheitssektor als größter Kunde der GKD Gesellschaft für Krankenhausdienstleistungen mbH und eine damit einhergehende Stärkung und Erweiterung der nachgefragten Dienstleistungen.

3.4.2.4 Gesellschaft für Rehabilitation, Prävention und Pflege mbH

Anschrift	RPP Gesellschaft für Rehabilitation, Prävention und Pflege mbH Am Hüttenberg 1 51643 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 17 40 40
Muttergesellschaft	Klinikum Oberberg GmbH

Zweck der Beteiligung

Die Gesellschaft für Rehabilitation, Prävention und Pflege mbH verfolgt den Zweck der Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens.

In ihrer Satzung sind die nachstehenden Dienstleistungen in folgenden Bereichen vorgesehen:

- a) Ambulante Rehabilitation;
- b) Präventionsschulung;
- c) Ambulante Pflege;
- d) Schulung von Pflegekräften;

Die Leistungen nach c) und d) werden von der Gesellschaft tatsächlich aber nicht erbracht.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens im Wege der Versorgung der Bevölkerung im Einzugsgebiet der Kreiskliniken Gummersbach-Waldbröl GmbH mit ambulanter medizinischer und pflegerischer Betreuung.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	283	106	+177	Eigenkapital	970	873	+97
Umlaufvermögen	1.071	1.751	-680	Sonderposten			
				Rückstellungen	112	400	-288
				Verbindlichkeiten	272	585	-313
Aktive Rechnungsabgrenzung	0	1	-1	Passive Rechnungsabgrenzung			
Bilanzsumme	1.354	1.858	-504	Bilanzsumme	1.354	1.858	-504

3.4.2.5 MVZ Oberberg GmbH

Anschrift	MVZ Medizinisches Versorgungszentrum Oberberg GmbH Am Hüttenberg 1 51643 Gummersbach
Muttergesellschaft	Klinikum Oberberg GmbH

Zweck der Beteiligung

Gegenstand der MVZ Oberberg GmbH ist der Betrieb von medizinischen Versorgungszentren i.S. des § 95 SGB V zur Erbringung aller hiernach zulässigen ärztlichen und nichtärztlichen Leistungen und aller hiermit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten sowie die Bildung von Kooperationen mit ambulanten und stationären Leistungserbringern der Krankenhausbehandlung und der Vorsorge und Rehabilitation und nichtärztlichen Leistungserbringern im Bereich des Gesundheitswesens einschließlich des Angebotes und der Durchführung neuer ärztlicher Versorgungsformen, wie z.B. die integrierte Versorgung.

Die Gesellschaft wird in der Rechtsform einer GmbH geführt. Alleingesellschafterin ist die Kreiskliniken Gummersbach-Waldbröl GmbH. Die Organe der Gesellschaft bilden die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Die Gesellschaft betreibt derzeit zwei MVZ, eines am Standort Gummersbach und ein weiteres MVZ am Kreiskrankenhaus Gummersbach mit jeweils zwei Vertragsarztsitzen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Zweck der Gesellschaft ist darauf ausgerichtet, die einzelnen Sektoren (ambulant und stationär) stärker zu vernetzen.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	128	174	-46	Eigenkapital	238	217	+21
Umlaufvermögen	239	188	+51	Sonderposten			
				Rückstellungen	29	31	-2
				Verbindlichkeiten	100	114	-14
Aktive Rechnungsabgrenzung	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzung			
Bilanzsumme	367	362	+5	Bilanzsumme	367	362	+5

Geschäftsentwicklung

Im Lagebericht 2021 wurde für das Geschäftsjahr 2022 ein Jahresfehlbetrag vor Verlustausgleich von rund 259,8 T€ prognostiziert. Tatsächlich ist im Berichtsjahr ein Jahresfehlbetrag vor Verlustausgleich in Höhe von 243,8 T€ zu verzeichnen. Nach Verlustausgleich in Höhe von 265,0 T€ (Vorjahr: 280,0 T€) ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 21,2 T€ (Vorjahr: 16,4 T€).

Ertragslage

Die Erlöse betragen insgesamt 1.145,6 T€ (Vorjahr: 1.152,6 T€). In 2022 konnte das Leistungsniveau um 4,4 % auf 12.701 Behandlungsfälle (Vorjahr: 12.161 Behandlungsfälle) gesteigert werden. Der Zuschuss durch die Muttergesellschaft konnte um 15,0 T€ auf 265,0 T€ reduziert werden. Das Jahresergebnis beträgt 21,2 T€ (Vorjahr: 16,4 T€).

Im Jahresdurchschnitt wurden 18 Mitarbeiter (Vorjahr: 17) beschäftigt, davon waren 5 Personen im Ärztlichen Dienst (Vorjahr: 5) und 13 Mitarbeiter im Medizinisch-Technischen Dienst (Vorjahr: 12) tätig. Der Personalaufwand stieg um rund 14,8 T€ auf 733,1 T€ (Vorjahr: 718,3 T€) an.

Der Materialaufwand 2022 sank um 19,6 T€ auf 109,7 T€. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen sind um 4,4 T€ auf 29,1 T€ gesunken. Entfallen sind die Kosten für gestelltes Personal, welches zwischenzeitlich direkt angestellt werden konnte. Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind um 15,2 T€ auf 80,5 T€ gesunken. Es konnten Einsparungen im Bereich der Persönlichen Schutzausrüstungen für Mitarbeiter sowie für SARS-CoV-2 Testmaterialien erzielt werden.

Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Die Gesellschaft war im Berichtsjahr auf Zuschüsse angewiesen, um ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen zu können.

Prognosebericht

Die MVZ Oberberg GmbH ist ein wichtiger Bestandteil der wohnortnahen ambulanten Versorgung und ergänzt das vorwiegend stationäre Leistungsspektrum des Klinikum Oberberg.

Im Geschäftsjahr 2023 wird auf Basis des aktuellen Wirtschaftsplans aus Mai 2023 ein Jahresfehlbetrag vor Verlustausgleich in Höhe von 338,6 T€ erwartet, der durch einen Zuschuss der Muttergesellschaft in Höhe von 346,0 T€ ausgeglichen wird.

Aus der Behandlung von Patienten sind darüber hinaus Umsätze in Höhe von 953,9 T€ geplant. Der Stellenplan sieht 11,5 besetzte Planstellen und Bruttopersonalkosten in Höhe von 898,2 T€ vor.

Chancen- und Risikobericht

Die Einnahmen aus der ambulanten Behandlung von Kassenpatienten sind trotz eines positiven Leistungsverlaufs nicht ausreichend, um die Kosten des Praxisbetriebs zu decken. Die allgemeinen Sachkostensteigerungen und insbesondere die Tariflohnentwicklungen können allein mit den Einnahmen aus der Behandlung gesetzlich Versicherter nicht refinanziert werden. Damit die Gesellschaft ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann und der Fortbestand der Gesellschaft gesichert ist, bedarf es der finanziellen Unterstützung der Kreiskliniken Gummersbach-Waldbröl GmbH. Für das Geschäftsjahr 2023 plant die Mutter einen Zuschuss in Höhe von 346,0 T€ im Wirtschaftsplan.

Der Zuschuss beruht auf freiwilliger Basis ohne eine schuldrechtliche Verpflichtung. Die Gesellschaft bleibt für ihren Fortbestand auch in den kommenden Jahren auf Zuschüsse der Muttergesellschaft angewiesen.

Im ersten Quartal 2023 konnten die Ziele nahezu erreicht werden. Die geplante Leistung wird um 3,2 % verfehlt. Die Leistungszahlen liegen aber 1,5 % über dem ersten Quartal 2022.

3.4.2.6 Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH

Die Daten wurden aus 2020 übernommen, da zum Zeitpunkt der Einbringung des Beteiligungsberichtes noch keine neueren Informationen vorlagen.

Anschrift	Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH Kölner Str. 237 51645 Gummersbach
Muttergesellschaft	OVAG

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von öffentlichem Personennahverkehr mit den dazugehörigen Nebengeschäften zur Bedienung der Bevölkerung mit bedarfsgerechten und finanziell tragbaren Verkehrsleistungen im Rahmen der Nahverkehrsplanung gemäß den diesbezüglichen Gesetzen. Ausflugsfahrten und Ferienzeleisen gehören nicht zum Unternehmenszweck. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH (VBL) führt Beförderungsdienstleistungen im Personennahverkehr mit Kraftfahrzeugen durch. Die VBL befindet sich zu 100 % in Eigentum der OVAG Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH. Die VBL führt im Auftrag der OVAG Fahraufträge im Linienverkehr, im freigestellten Schülerverkehr und im Gelegenheitsverkehr durch und erbringt im Auftrag von zwei Kommunen Fahrleistungen im freigestellten Schülerverkehr.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	8.230	4.787	+3.443	Eigenkapital	650	650	0
Umlaufvermögen	1.020	855	+165	Sonderposten			
				Rückstellungen	303	546	-243
				Verbindlichkeiten	8.303	4.446	+3857
Aktive Rechnungsabgrenzung	6	0,112	+5,9	Passive Rechnungsabgrenzung			
Bilanzsumme	9.256	5.642	+3.614	Bilanzsumme	9.256	5.642	+3.614

Geschäftsentwicklung

Die Rahmenbedingungen im Jahr 2022 waren zu Jahresbeginn weiterhin geprägt von den Auswirkungen der Corona-Pandemie. Im Februar 2022 erfolgte der Angriff Russlands auf die Ukraine. In Folge aus Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg und weltweiten Störungen von Lieferketten sind seitdem deutliche Kostensteigerungen insbesondere bei den Energiekosten festzustellen. Für den Busbetrieb machte sich dies bereits im März 2022 anhand drastisch steigender Dieselpreise bemerkbar, die beinahe das gesamte Jahr 2022 auf außerordentlich hohem Niveau verharren. Die Tarifverhandlungen

der VBL fielen bereits in den Zeitraum spürbar steigender Inflation, so dass der Tarifabschluss bereits 2022 deutlich höher ausfiel als in den Vorjahren. Auch in anderen Sektoren machten sich Energiepreissteigerungen und Personalkostensteigerungen bemerkbar, so dass in annähernd allen Leistungsbereichen Dienstleister und Lieferanten ihre Preise deutlich angehoben haben.

Zur Abfederung der Folgen der Preissteigerungen für die Bevölkerung führte die Bundesregierung unter anderem für den Zeitraum von Juni bis August 2022 das sogenannte „9-Euro-Ticket“ mit bundesweiter Gültigkeit für Bus und Bahn ein. Das Ticket führte zu deutlichen Rückgängen von Fahrgelderlösen, die allerdings über einen ÖPNV-Rettungsschirm ausgeglichen wurden. Die VBL ist hiervon allerdings nicht unmittelbar betroffen, da sie ausschließlich Leistungen im Auftrag erbringt und das Marktrisiko durch die Muttergesellschaft OVAG getragen wird.

Das (preisbereinigte) Bruttoinlandsprodukt legte mit 1,8 % ein leichtes Wachstum gegenüber 2021 hin. Die Inflationsrate in Deutschland lag 2022 mit einer Preissteigerung von 6,9 % gegenüber Vorjahr so hoch wie seit mehr als 70 Jahren nicht mehr.

Die Arbeitslosenquote lag zum Jahresende mit 5,4 % leicht über Vorjahresniveau.

Geschäftsverlauf

Die Gesamtfahrleistung der VBL lag 2022 mit 3,859 Mio. Wagenkilometern auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr (3,851 Mio. Wagen km). Die im Auftrag des Gesellschafters OVAG Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH erbrachte Leistung umfasste 98 % der Gesamtleistung.

Seit November 2021 erbringt die VBL den Fahrbetrieb für den neuen On-Demand-Verkehr „monti“ in Wiehl. Da dieser Verkehr auf Abruf erbracht wird, gibt es keine mit der ÖPNV-Leistung vergleichbare Fahrleistungsstatistik.

Die Anzahl der Beschäftigten zum Jahresende betrug 181 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr 172). Davon arbeiteten 145 Personen in Vollzeit, 27 in Teilzeit und 9 in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen. Die Berechnung nach HGB ergibt im Jahresdurchschnitt eine Beschäftigtenanzahl von 10 Angestellten und 166 Arbeitern.

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2022 einen Jahresfehlbetrag (vor Verlustübernahme durch die Muttergesellschaft) in Höhe von 138,6 TEuro. Das Geschäftsjahr ist damit den im Vorjahr berichteten Erwartungen entsprechend verlaufen, nach denen mit einem negativen (Betriebs)Ergebnis zu rechnen war.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage

Die Umsatzerlöse liegen mit 13,858 Mio. Euro um 17 % über Vorjahresniveau. Hier wurden die Kostensteigerungen an die Auftraggeber (OVAG und Kommunen für freigestellten Schülerverkehr) weitergegeben. Hinzu kommt die Beauftragung mit der Durchführung des Fahrbetriebs von dem On-Demand Angebot „monti“.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 609 tsd. Euro um 106 % über dem Vorjahr. Die Steigerung ist vorrangig auf die Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 282 tsd. Euro zurückzuführen.

Der Materialaufwand lag mit 3,974 Mio. Euro 41 % über dem Vorjahr, was sich vor allem auf die stark gestiegenen Dieselpreise zurückführen lässt.

Der Personalaufwand stieg um 14 % auf 7,054 Mio. Euro. Die Steigerung ist zum einen auf einen Tarifabschluss in Höhe von 4,5 % zurückzuführen und zum anderen auf Personalmehrungen zur Erbringung von Mehrleistungen und dem On-Demand-Angebot „monti“. Durch die Anschaffung neuer Busse stiegen die Abschreibungen für Busse um 26,8 % auf 1.004 TEuro (Vorjahr 792 TEuro). Die Leasingkosten sanken auf 321 TEuro (Vorjahr 460 TEuro). Gleichzeitig waren in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen höhere Wartungs-, Unfall- und Versicherungsaufwendungen festzustellen.

Das Betriebsergebnis beträgt -60.163,38 Euro und hat sich gegenüber dem Vorjahr (60.237,13 Euro) verschlechtert. Das finanzwirtschaftliche Ergebnis beträgt aufgrund der im Jahr 2022 aufgenommenen Investitionsdarlehen -78.207,13 Euro, so dass sich ein Verlust in Höhe von 138.579,51 Euro ergibt (Vorjahr: Gewinn in Höhe von 31.807,40 Euro). Der Verlust wird von der OVAG Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH übernommen.

Vermögenslage und Finanzlage

Das Unternehmen verfügte zum Jahresende einschließlich geleaster und angemieteter Fahrzeuge über einen Fuhrpark von insgesamt 74 Bussen (Vorjahr 65), von denen sich 55 im eigenen Besitz befanden (Vorjahr 35), 9 geleast (Vorjahr 19) und 10 angemietet (Vorjahr 11) wurden. Unter anderem wurden 10 bisher geleaste Busse nach Auslaufen des Leasingvertrags gekauft, um damit Mehrleistungen erbringen zu können. Immobilien besitzt die Gesellschaft keine. Die Geschäftsräume und Hallen in Gummersbach und Waldbröl sind angemietet. Die Verwaltung wird überwiegend im Rahmen von Geschäftsbesorgungs- und Dienstleistungsverträgen mit dem Gesellschafter und der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) durchgeführt.

Die Bilanzsumme erhöhte sich von 5.642 TEuro auf 9.256 TEuro. Das Anlagevermögen stieg von 4.786 TEuro auf 8.230 TEuro. Investitionen von 4.448 TEuro, die im Wesentlichen Fahrzeuge betreffen, stehen Abschreibungen in Höhe von 1.004 TEuro gegenüber. Das Umlaufvermögen (Vorräte, Forderungen und Guthaben bei Kreditinstituten) erhöhte sich auf 1.020 TEuro (Vorjahr 856 TEuro). Der Anstieg entfällt vorrangig auf Forderungen gegen verbundene Unternehmen aus Leistungserbringung.

Das Eigenkapital beträgt unverändert 650.000 Euro davon 200.000 Euro Stammkapital. Die Eigenkapitalquote beträgt 7,0 %.

Rückstellungen als Risikovorsorge bestehen unter anderem für nicht in Anspruch genommenen Resturlaub, sowie Mehrarbeit der Mitarbeiter. Zudem wurden Rückstellungen für die Jahresabschlussprüfung und die Steuererklärung gebildet. Sie betragen am Abschlussstichtag 303 T. Euro (Vorjahr 546 TEuro). Der Rückgang betrifft vorrangig Vorsorge für ausstehende Schlussabrechnungen, die im Geschäftsjahr 2022 aufgelöst werden konnten. Durch die Aufnahme von neuen Darlehen zur Finanzierung der neu angeschafften Busse stiegen die Verbindlichkeiten gegenüber dem Vorjahr um 3.858 TEuro auf 8.303 TEuro. Insbesondere bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ist ein Anstieg um 3.845 TEuro festzustellen. Im Geschäftsjahr 2022 wurden Darlehen über 4.384 TEuro aufgenommen, denen planmäßige Tilgungsleistungen von insgesamt 789 T Euro gegenüberstehen.

Der Cashflow (Jahresergebnis zuzüglich Abschreibungen) beträgt im Geschäftsjahr 2022 866 TEuro. Die Finanzlage und der Unternehmensvertrag mit dem Alleingesellschafter gewährleisten, dass die VBL jederzeit zahlungsfähig ist. Für die Gesellschaft sind Fahrleistung, Umsatz und Jahresergebnis (vor Gewinnabführung) die wichtigsten finanziellen Leistungsindikatoren, die bereits oben berichtet wurden.

Risiko- und Chancenbericht

Die aktuelle wirtschaftliche Lage wird weiterhin dominiert von den Auswirkungen des Ukraine-Kriegs und einer hohen Inflationsrate, die zu deutlichen Kostensteigerungen in allen Leistungsbereichen führt. Gleichzeitig gibt es durch die Einführung des Deutschlandtickets (Deutschlandweit gültiges Ticket für einen monatlichen Preis von 49 Euro als Nachfolgeangebot für das 9-Euro-Ticket) eine starke Veränderung in den Finanzierungsstrukturen des ÖPNV. Mittel- und langfristige Folgen für die Nachfragesituation und Einnahmeentwicklung im ÖPNV sind noch nicht abzusehen. Die VBL ist allerdings nur in geringem Umfang unmittelbar am Markt aktiv und erbringt 98 % ihrer Leistungen im Auftrag der OVAG. Das Risiko von fehlenden Finanzmitteln betrifft die VBL daher nur dann, wenn die OVAG mit Leistungskürzungen reagieren müsste, die dann auch die Beauftragung der VBL betreffen. Infolge der hohen Inflationsrate fielen die Tarifabschlüsse historisch hoch aus und bedeuten für die VBL eine Steigerung um 6,3 % im Jahr 2023 und ohne die Berücksichtigung weiterer Steigerungen nach Auslaufen des Tarifvertrags im November 2024 um 10,3 % im Jahr 2024.

Die Umsetzung der „Clean Vehicle Directive“ zur sukzessiven Einführung emissionsarmer und emissionsfreier Fahrzeuge erfordern mittel- und langfristige Investitionen zur Umstellung des Fuhrparks und Anpassungen im Betriebsablauf. Diese Vorgaben betreffen auch die VBL. Bestehende Förderprogramme decken lediglich einen Teil der Investitionskosten, aber nicht die höheren Betriebskosten ab.

Trotz der im Geschäftsjahr erfolgten personellen Verstärkung ist auch zukünftig von einem verschärften Mangel an Fachkräften auszugehen. Die Gewinnung von qualifiziertem Fahrpersonal wird weiterhin eine Herausforderung darstellen. Chancen bieten eine erhöhte Sensibilität für Klimaschutz und die Ergänzung des Regelangebots durch neue Mobilitätsformen bzw. eine verbesserte Verknüpfung verschiedener Verkehrsträger, so dass für die Zukunft das Potenzial für die Bestellung weiterer Leistungen seitens der OVAG besteht. Die allgemeinen Geschäftsrisiken sind in der Bilanz hinreichend berücksichtigt. Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar. Währungsrisiken bestehen keine. Zinsrisiken und Zahlungsausfallrisiken sind von untergeordneter Bedeutung, da insbesondere die verwendeten Finanzinstrumente der Gesellschaft nur in Forderungen, Verbindlichkeiten und Geldguthaben bestehen.

Prognosebericht

Das laufende Jahr 2023 ist stark geprägt von den Kostensteigerungen, die bereits 2022 eingesetzt haben und sich 2023 weiter fortsetzen. Vor diesem Hintergrund erfolgte zu Jahresbeginn 2023 eine vertraglich basierte Preiserhöhung um rund 13 % für die im Auftrag der OVAG betriebenen Verkehre. Eine Fortsetzung des Wachstums resultiert aus der Erbringung von Mehrleistungen im Korridor West und dem Ausbau des On-Demand-Angebots „monti“. Für 2023 ist keine Neubeschaffung von Bussen geplant.

Der Dieselpreis hat sich aktuell nach den Höchstständen im Jahr 2022 wieder auf das Niveau vor Beginn des Ukraine-Kriegs zurück entwickelt. Der Personalaufwand wird aufgrund des Tarifabschlusses und der Mehrleistungen weiter steigen. Aufgrund der vorgenommenen Preisanpassungen und der gesunkenen Kosten für Diesel wird davon ausgegangen, dass trotz der insgesamt steigenden Kosten 2023 wieder ein leicht positives Ergebnis und eine moderate Verbesserung gegenüber dem Geschäftsjahr 2022 erzielt werden kann.

Organe

Geschäftsführerin

Frau Dipl.-Kauffrau Corinna Güllner

3.4.2.7 „Der Radevormwalder“ Omnibus GmbH

Die Daten wurden aus 2020 übernommen, da zum Zeitpunkt der Einbringung des Beteiligungsberichtes noch keine neueren Informationen vorlagen.

Anschrift	„Der Radevormwalder“ Omnibus GmbH Röntgenstraße 17 42477 Radevormwald Tel. 02 19 5 / 5018
Muttergesellschaft	OVAG

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von öffentlichen Personennahverkehr mit den dazugehörigen Nebengeschäften zur Bedienung der Bevölkerung mit bedarfsgerechten und finanziell tragbaren Verkehrsleistungen im Rahmen der Liniengenehmigungen für die Region gemäß den dafür geltenden gesetzlichen Bestimmungen und behördlichen Regelungen. Gelegenheitsverkehre im Sinne der §§ 47, 48 und 49 Abs. 2 bis 4 PbefG gehören nicht zum Gesellschaftszweck.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Personennahverkehr wird durch das Unternehmen gestärkt und bietet der Bevölkerung finanziell tragbare Verkehrsleistungen.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	378	394	-16	Eigenkapital	273	273	0
Umlaufvermögen	438	518	-80	Sonderposten			
				Rückstellungen	43	40	+3
				Verbindlichkeiten	500	599	-99
Aktive Rechnungsabgrenzung				Passive Rechnungsabgrenzung			
Bilanzsumme	816	912	-96	Bilanzsumme	816	912	-96

Geschäftsentwicklung

Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland war im Geschäftsjahr geprägt von den Folgen des Krieges in der Ukraine wie den extremen Energiepreiserhöhungen. Hinzu kamen verschärfte Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise beispielsweise für Nahrungsmittel sowie der Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende Corona-Pandemie.

Das Jahr 2022 brachte die größte Preissteigerung, die das wiedervereinigte Deutschland bisher erlebt hat. Wegen teurer Energie und Nahrungsmittel erhöhten sich die Preise laut Statistischem Bundesamt durchschnittlich um 7,9 Prozent. Im November 2022 lag die Teuerungsrate sogar bei zehn Prozent. Die Inflationsrate in Deutschland lag 2022 im Jahresdurchschnitt bei 6,9 Prozent.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2022 nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) dennoch um 2,0 % höher als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote ist gegenüber dem Vorjahr um 0,4 % auf durchschnittlich 5,3 % gesunken. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Geschäftsverlauf waren geprägt durch die nahezu 100%ige Auftragsvergabe der Gesellschafterin. Das Gesamtauftragsvolumen seitens der Muttergesellschaft entspricht weitestgehend dem des Vorjahres. Die Leistungserstellung erfolgte überwiegend mit eigenen Fahrzeugen. Im Jahresdurchschnitt waren 18 Personale beschäftigt, davon 3 Personale in Teilzeit bzw. geringfügiger Beschäftigung. Buchführung und Lohnabrechnung wurden, wie im Vorjahr, von Fremdfirmen durchgeführt. Mit der OVAG Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Vermögens-, Finanz-und Ertragslage

Die Bilanzsumme verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 96 TEuro auf 816 TEuro. Bei den Sachanlagen, vornehmlich Fahrzeuge für den Personenverkehr, wurden 3 Fahrzeuge verkauft bzw. verschrottet und 4 Fahrzeuge gekauft. Zum 31.12.2022 befinden sich 15 Standardlinienbusse und 1 Kleinbus im Bestand "Der Radevormwalder" Omnibus GmbH.

Das Anlagevermögen verringerte sich um 16 T€. Investitionen von 71 TEuro, die im Wesentlichen auf die Anschaffung von 4 Fahrzeugen für den Personenverkehr entfallen, stehen Abschreibungen in Höhe von 87 TEuro gegenüber. Die Vorräte betragen zum 31.12. des Geschäftsjahres einen um 36,5 TEuro höheren Bestand an Kraftstoffen als im Vorjahr. Im Umlaufvermögen werden die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände auf Vorjahresniveau ausgewiesen (13,6 TEuro); die Position liquide Mittel verringerte sich um 116 TEuro. Auf der Passivseite bleibt das Eigenkapital unverändert. Die bilanzielle Eigenkapitalquote i. H. v. 33,5% (Vorjahr 30,0 %) erhöhte sich aufgrund der gesunkenen Bilanzsumme. Die Rückstellungen, die insbesondere Personalrückstellungen enthalten, erhöhten sich um 2,5 TEuro, die Verbindlichkeiten verringerten sich um 98 TEuro auf 500 TEuro. Verbindlichkeiten in Höhe von 348 T€ haben eine Restlaufzeit von einem Jahr, 152 TEuro eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Die bestehenden Kreditverbindlichkeiten wurden planmäßig um 57 TEuro getilgt; Darlehen wurden im Geschäftsjahr nicht aufgenommen. Der Cashflow (Jahresergebnis zuzüglich Abschreibungen) beträgt im Geschäftsjahr 2022 298 TEuro. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Die im Jahr 2022 erzielten Umsatzerlöse betragen 1.400 TEuro und liegen somit rund 142 TEuro über denen des Vorjahres. Der Materialaufwand (310 TEuro) besteht im Wesentlichen aus Treibstoffkosten, die sich durch den Preisanstieg um 118 TEuro auf 294 TEuro erhöhten.

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 62 TEuro gestiegen. Nachbesetzungen im Personalbereich, die Umsetzung tariflicher Vorgaben sowie die Tarifierhöhung zum 01. April des Jahres und außertarifliche Anpassung führten zu einem höheren Personalaufwand. Die Abschreibungen erhöhten sich um 12 TEuro auf 87 TEuro. Der Aufwand für Reparaturen und Versicherung der Fahrzeuge ist im Vergleich zum Vorjahr um 41 TEuro gestiegen. Im Geschäftsjahr wurde im Gegensatz zum Vorjahr keine Gutschrift der Versicherungsgesellschaft (8 TEuro) in Abzug gebracht. Sonstige betriebliche Aufwendungen blieben im Übrigen auf dem Niveau des Vorjahres.

Das Betriebsergebnis in Höhe von 213 T€ hat sich gegenüber dem Vorjahr um 60 TEuro verschlechtert. Unter Berücksichtigung des negativen Finanzergebnisses (2,3 TEuro) ergibt sich ein Jahresergebnis vor Gewinnabführung i. H. v. 211 TEuro. Der erzielte Überschuss von 211 TEuro wird auf Grund des Ergebnisabführungsvertrages mit der Gesellschafterin an diese abgeführt, so dass die Gewinn- und Verlustrechnung einen Jahresüberschuss in Höhe von 0 € ausweist

Risiko- und Chancenbericht

Die "Der Radevormwalder" Omnibus GmbH führt im Wesentlichen Auftragsverkehre im Linienverkehr und freigestellten Schülerverkehr für das Berufskolleg in Wermelskirchen für die Muttergesellschaft durch. Zins und Währungsrisiken bestehen keine. Ein nennenswertes Ausfallrisiko der Forderungen ist ebenfalls nicht gegeben, da diese fast ausschließlich gegenüber der Gesellschafterin bestehen.

Der Mangel an Fachkräften hat sich im Geschäftsjahr verschärft. Die Gewinnung von qualifiziertem Fahrpersonal wird weiterhin eine Herausforderung darstellen.

Der veraltete Fahrzeugbestand ist trotz vorgenommener Anpassungen im Jahresverlauf kritisch zu sehen. Eine Ersatzbeschaffung bei derzeitiger Marktlage wird schwierig. Betriebsabläufe und eingesetzte Technik müssen modernisiert werden. Gleichzeitig ist in der Neustrukturierung von Prozessen und der Investition in Systeme auch eine Chance zu sehen. Durch die geplante enge Abstimmung mit Mutter- und Schwestergesellschaft kann die Gesellschaft von deren Erfahrungswerten profitieren. Insgesamt sollen Wirtschaftlichkeit und Qualität verbessert werden.

Zum 01.01.2023 wurde die Finanzbuchhaltung und Entgeltabrechnung der Gesellschaft vom Steuerberater auf das Mutterunternehmen verlagert. Dadurch soll eine effektivere Überwachung und Steuerung des Unternehmens erzielt werden. Die allgemeine konjunkturelle Entwicklung, mit hoher Inflation und Preissteigerungen birgt weiterhin erhebliche Risiken.

Prognosebericht

Das Auftragsvolumen seitens der Gesellschafterin wird im Jahr 2023 nahezu unverändert bleiben. Das Jahresergebnis 2023 wird weiterhin von den steigenden Kosten (Energie, Treibstoff, Personal, usw.) und der Inflation negativ beeinflusst werden. Andererseits könnte der Personennahverkehr stärker an Bedeutung gewinnen, da aufgrund der gestiegenen Kosten verstärkt auf öffentliche Verkehrsmittel zurückgegriffen werden könnte.

Der Wirtschaftsplan geht für 2023 von einem Ergebnis vor Gewinnabführung aus, das deutlich unter dem Ergebnis 2022 liegen wird. Inwieweit dieser Plan vor dem Hintergrund der sich in 2023 bestehenden Unsicherheiten erreichen lässt, ist aus heutiger Sicht nicht einschätzbar.

Organe Geschäftsführerin

Frau Susanne Arhelger

3.4.2.8 Rheinischer Sparkassen- und Giroverband

Anschrift	Rheinischer Sparkassen- und Giroverband Kirchfeldstraße 60 40217 Düsseldorf
Muttergesellschaft	Sparkasse Gummersbach

Zweck der Beteiligung

Der Verband steht in engem Dialog zur kommunal- und landespolitischen Ebene; er informiert und berät den Landtag und die Landesregierung, die die rechtlichen Rahmenbedingungen der Sparkassenaktivitäten festlegen beziehungsweise eine Aufsichtsfunktion ausüben.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der RSGV unterstützt seine Mitgliedssparkassen mit einer breiten Palette von Serviceleistungen: Er berät sie in geschäftspolitischen und rechtlichen Fragen, initiiert und koordiniert bankfachliche Konzepte und betreut Projekte in den Sparkassen. Des Weiteren konzipiert und realisiert der RSGV Marketingaktivitäten wie Werbekampagnen, Verkaufsförderungsaktionen und Messebeteiligungen. Die Prüfungsstelle des RSGV führt gesetzlich vorgeschriebene und sonstige Prüfungen durch, insbesondere die des Jahresabschlusses.

1.091 Geschäftsstellen (davon über 382 SB-Geschäftsstellen) und 2.397 Geldautomaten stehen den Kundinnen und Kunden im Rheinland zur Verfügung. Jede rheinische Sparkasse bietet darüber hinaus die Möglichkeit, bei ihr über PC oder Telefon Informationen abzurufen, Transaktionen vorzunehmen, Bestellungen aufzugeben oder Sparkassenprodukte zu erwerben. Wer sich den Weg in eine Geschäftsstelle ersparen und auch auf persönliche Beratung verzichten will, kann über sbroker.de, ein Tochterunternehmen der Sparkassen, direkt Wertpapiere ordern.

Als weitere Verbundunternehmen der rheinischen Sparkassen arbeiten unter anderem die Landesbausparkasse (LBS), die DekaBank sowie die PROVINZIAL. Mit ihrer Hilfe können die rheinischen Sparkassen ihren Kundinnen und Kunden einen Komplett-Finanz-Service anbieten.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	MEURO	MEURO	MEURO		MEURO	MEURO	MEURO
Anlagevermögen	3.719	3.614	+105	Eigenkapital	10.152	10.048	+104
Umlaufvermögen	184.899	184.014	+885	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	1.865	2.017	-152
Aktive Rechnungsabgrenzung	0	0	0	Verbindlichkeiten	166.999	167.951	-952
Treuhandvermögen	575	578	-3	Treuhandverpflichtungen	575	578	-3
Sonstige Aktiva	1.219	953	+266	Sonstige Passiva	10.821	8.565	+2.256
Bilanzsumme	190.413	189.159	+1.254	Bilanzsumme	190.413	189.159	+1.254

Geschäftsentwicklung

Die rheinischen Sparkassen verzeichneten im Jahr 2022 trotz herausfordernder Rahmenbedingungen erneut ein gestiegenes Kredit- und Einlagevolumen und haben ihr operatives Ergebnis deutlich verbessert. Die Bilanzsumme der 28 rheinischen Sparkassen stieg in 2022 um 0,7 % auf 190,4 Mrd. Euro.

Die Zeitenwende brauchte die Zinswende. Mitte 2022 hat die EZB reagiert, wenn auch sehr spät. Das Ergebnis: Die Zinsen steigen an. Nach Jahren des Rückgangs ist somit auch der Zinsüberschuss der rheinischen Sparkassen im Jahr 2022 deutlich gestiegen. Da auch der Provisionsüberschuss weiterhin eine positive Entwicklung nimmt und Personal- und Sachaufwendungen im Jahr 2022 stabil blieben, erzielten die rheinischen Sparkassen ein deutlich besseres Betriebsergebnis vor Bewertung als 2021.

Der Korrekturbedarf bei Unternehmenskrediten blieb im Jahr 2022 in Rahmen, die rheinische Wirtschaft zeigt sich einmal mehr krisenresistent. Die reale Lage war besser, als die Prognosen noch im Frühjahr des Jahres 2022 befürchten ließen.

Allerdings hatte die hohe Inflation auch Auswirkungen auf das Kreditgeschäft mit Firmenkundinnen und -kunden. Indem die Kosten der Unternehmen für Produktion und Betriebsmittel stiegen, stieg auch der Kreditbedarf. Das Kredit-Neugeschäft der rheinischen Sparkassen bei Unternehmenskrediten legte 2022 deutlich zu.

Die Dynamik bei der Geldvermögensbildung der Privatkundinnen und -kunden hat sich im Vergleich zum Vorjahr abgeschwächt. Trotz aller Unsicherheiten und zusätzlichen Belastungen für die Menschen im Rheinland wird aber weiter gespart. Auch am Ende des Jahres 2022 ist der Einlagenbestand der rheinischen Sparkassen gewachsen – wenn auch nicht mehr so stark wie in den Vorjahren.

Die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten war im Jahresverlauf deutlichen Schwankungen unterworfen. Gerade zu Beginn des Jahres hat mit der Aussicht auf steigende Zinsen das Neugeschäft noch einmal kräftig angezogen. Dieser Trend hat sich im zweiten Halbjahr 2022 umgekehrt. Das Kreditneugeschäft mit Privatpersonen im Wohnungsbau ist im Dezember 2022 auf rund die Hälfte zurückgegangen.

Unter dem Strich bleibt ein Bilanzgewinn von knapp 240 Mio. Euro. Die gewinnabhängigen Steuern stiegen auf 323,2 Mio. Euro, davon 158,8 Mio. Euro Gewerbeertragsteuer, die den Kommunen unmittelbar zufließt.

Diese insgesamt guten Zahlen in Zeiten der Krise dokumentieren, dass sich das Geschäftsmodell der regional fokussierten öffentlich-rechtlichen Sparkassen einmal mehr als resilient bewiesen hat.

Im Kundenkreditgeschäft verzeichneten sie erneut ein kräftiges Plus. Das Kreditvolumen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 5,2 Mrd. Euro oder 3,9 % auf 138,0 Mrd. Euro (2021: +3,6 %). Kredite an Unternehmen und Selbstständige erwiesen sich als Träger des Kreditwachstums. Der Bestand der Kredite an Privatpersonen erhöhte sich in 2022 um 1,9 Mrd. Euro oder 3,5 % auf 56,2 Mrd. Euro (2021: +5,4 %). Das Kreditwachstum wurde vor allem gestützt von der bis in das zweite Quartal hineinreichenden stabilen Kundennachfrage und ging wie bereits in 2021 allein auf den Zuwachs bei Krediten für den privaten Wohnungsbau in Höhe von 2,0 Mrd. Euro oder 4,0 % (2021: + 6,1 %) zurück.

Der Gesamtbestand der Kundeneinlagen erhöhte sich um 3,5 Mrd. Euro oder 2,4 % auf 147,5 Mrd. Euro. Allerdings fiel der Zuwachs geringer aus als in den beiden Vorjahren (2021: +4,0 %; 2020: +6,8 %).

Der Zinsüberschuss verzeichnete einen deutlichen Zuwachs von 11,8 % auf insgesamt rund 2,5 Mrd. Euro.

Der Provisionsüberschuss erhöhte sich um 4,4 % auf 1,2 Mrd. Euro.

Die Verwaltungsaufwendungen stiegen mit 2,4 % nur moderat. Der Personalaufwand konnte auf 1,6 Mrd. Euro gesenkt werden. Der Sachaufwand stieg hingegen um 6,8 % auf 1,1 Mrd. Euro an.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung stieg um fast 30 % auf rund 1,1 Mrd. Euro. Die Cost-Income-Ratio vor Bewertung – also das Verhältnis von Aufwendungen zu Erträgen – verbesserte sich um fast 5% auf 69,9 %.

3.4.2.9 Arena Gummersbach GmbH & Co. KG

Anschrift	Arena Gummersbach GmbH & Co. KG Fröbelstr. 1 51643 Gummersbach
Muttergesellschaft	Stadtwerke Gummersbach

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, der Betrieb sowie die Vermietung und Verpachtung von Sporthallen, Veranstaltungshallen und Multifunktionshallen. Daneben vermarktet das Unternehmen Namens- und Werberechte an der Halle. Die Gesellschaft ist berechtigt, sämtliche Geschäfte zu tätigen, die geeignet sind, den vorstehenden Gegenstand des Unternehmens zu fördern.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Arena Gummersbach GmbH & Co. KG ist die Betreiberin der SCHWALBE arena in Gummersbach.

Die SCHWALBE arena ist als multifunktionale Halle in bis zu 4 Nutzungseinheiten teilbar und dient sowohl dem Spiel- und Trainingsbetrieb des Handball-Zweitligisten VfL Gummersbach als auch dem Schul- und Vereinssport mehrerer ortsansässiger Schulen und Vereine.

Daneben werden auch Unterhaltungs- und Musikveranstaltungen, Ausstellungen und Kleinmessen, Firmenveranstaltungen oder themengastronomische Veranstaltungen durchgeführt.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	4.490	4.659	-169	Eigenkapital	3.184	2.993	+191
Umlaufvermögen	512	287	+225	Sonderposten			
				Rückstellungen	32	30	+2
				Verbindlichkeiten	1.781	1.908	-127
Aktive Rechnungsabgrenzung				Passive Rechnungsabgrenzung	5	15	-10
Bilanzsumme	5.002	4.946	+56	Bilanzsumme	5.002	4.946	+56

Geschäftsentwicklung

Zum 31.12.2022 wird ein Gewinn in Höhe von T€ 191,1 ausgewiesen. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2022 sah Umsatzerlöse in Höhe von T€ 918,1 und einen Jahresfehlbetrag von T€ 114,7 vor. Zu diesem Zeitpunkt ging man davon aus, dass die Pandemie nach dem 1. Quartal rückläufig sei und man wieder Veranstaltungen durchführen könnte. Der Pandemiezeitraum wurde verlängert, trotzdem ist ein Rückgang der Umsatzerlöse nicht eingetreten, da im 2. Halbjahr die Gastroumsätze bei den VfL-Handball-Bundesligaspielen stark gestiegen sind. Die Umsatzerlöse sind somit um T€ 12,2 höher ausgefallen als geplant. In 2022 wurde die Überbrückungshilfe III Plus gewährt, die vollständig auf das Geschäftsjahr 2022 entfällt. Weiterhin entfällt durch die Auflösung der VfL-Fan-Card der Rest-Cent in Höhe von T€ 15,0 auf das Geschäftsjahr 2022.

Der Profi-, Vereins- und Schulsport verlief reibungslos. Die organisatorischen Abläufe und Abstimmungsprozesse spielten sich im Verlauf des Geschäftsjahres mehr und mehr ein.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um T€ 298,7 höher als geplant. Sie beinhalten Erträge aus der Überbrückungshilfe III Plus und der Erstattung des Rest-Cent aus der Fan-Card.

Auf der Aufwandsseite sind im Vergleich zum Wirtschaftsplan Einsparungen in Höhe von T€ 45,8 im Bereich der Personalkosten erzielt worden. Januar und Februar 2022 sind die Mitarbeiter in Kurzarbeit gewesen. Ein Mitarbeiter hat die Arena zum 30.04.2022 verlassen. Die Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen sind um T€ 3,1 höher als geplant. Das betrifft vor allem die Unterhaltung für Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie die Wartung der technischen Anlagen. Die Abschreibungen sind um T€ 14,8 höher ausgefallen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind mit T€ 35,1 ebenfalls höher ausgefallen als geplant. Ursächlich ist hier insbesondere die Gebäudereinigung zu nennen.

Der Gewinn in Höhe von T€ 191,1 ist durch die oben genannten Einflüsse um T€ 305,8 höher ausgefallen als prognostiziert.

Die Umsatzerlöse konnten um T€ 164,0 und die sonstigen betrieblichen Erträge um T€ 49,2 im Vergleich zum Vorjahr erhöht werden. Hierfür sind die gleichen Gründe maßgeblich wie oben bei den Erläuterungen zum Soll-Ist-Vergleich erwähnt.

Die Aufwendungen haben sich insgesamt um ca. T€ 195,6 zum Vorjahr erhöht. Die Personalaufwendungen sind um 42,2 T€ gestiegen, da im Vorjahr über einen längeren Zeitraum Kurzarbeit durchgeführt wurde. Die übrigen Aufwendungen haben sich insbesondere durch die vermehrte Durchführung von Veranstaltungen erhöht.

Das Jahresergebnis konnte trotz der Erhöhung von Aufwendungen durch Umsatzsteigerungen und die in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesenen Corona-Hilfen um T€ 17,5 gesteigert werden. Das operative Geschäft der Gesellschaft wird durch die mittlere Auslastung der Multifunktionshalle als zufriedenstellend beurteilt.

Chancen- und Risikobericht

Nach dem Erhalt des Zuwendungsbescheides, dem Kauf des Grundstückes sowie dem Nachweis der Übernahme der Kommanditanteile an der Arena Gummersbach GmbH & Co. KG durch private Investoren in der gemäß Zuschussantrag genannten Höhe, wurden die Voraussetzungen für den Bau der Multifunktionalen Sporthalle in Gummersbach gesichert.

Auf der Ertragsseite ist der Erfolg der Gesellschaft insbesondere von den drei Ankermietern Stadt Gummersbach, Oberbergischer Kreis und dem VfL Gummersbach abhängig. Auf der anderen Seite hängt der zukünftige Erfolg maßgeblich von zukünftig zu gewinnenden Veranstaltungserlösen ab. Zwischenzeitlich hat sich die Arena etabliert und die Nachfrage nach Veranstaltungen steigt stetig, weshalb die Chance besteht, in Zukunft höhere Erträge zu erzielen.

Die Arena konnte zwischenzeitlich alle aus der Covid-Pandemie verschobenen Veranstaltungen nachholen. Die Arena konnte zahlreiche Veranstaltungen für 2023 und 2024 einbuchen.

Der Ukrainekrieg und die daraus resultierenden Energiekostenerhöhungen wirken sich negativ auf das Ergebnis der Arena aus. Durch die installierte PV-Anlage und den Eigenverbrauch kann ein Teil der Kosten neutralisiert werden. Ferner konnte durch die Energiekostendeckelung hier eine weitere Kostenreduzierung erzielt werden. Diese läuft voraussichtlich bis zum 31.03.2024.

Prognosebericht

Die Veranstaltungsbranche ist ein rollierendes Geschäft. Veranstalter kommen in der Regel alle 2 Jahre immer wieder in die Arena, wodurch die Arena stark nachgefragt und gut ausgelastet ist. Veranstaltungen wurden bereits bis Mitte 2024 gebucht.

Im Wirtschaftsplan vom 19.10.2022 wurden folgende Erlöse zugrunde gelegt:

- Miete des VfL Gummersbach für die Nutzung der MFH
- Nutzungsentgelt der Stadt und des Kreises für Schulsport
- Erlöse für Fremd- und Eigenveranstaltungen
- Erlöse aus Namensrechten (SCHWALBE)
- Werbeeinnahmen
- Gastronomieerlöse
- Stromvergütung

Für das Geschäftsjahr 2023 wird mit Umsatzerlösen in Höhe von rund T€ 925,6 und einem Jahresfehlbetrag von T€ 192,1 geplant. Hierin ist der Mietverzicht für die VfL Handball Gummersbach GmbH in Höhe von T€ 100,0 berücksichtigt. Zum 01.01.2023 erhöht sich die Miete gemäß § 4 Abs. 2 des Mietvertrages durch den Verbraucherpreisindex um monatlich € 1.259,50. Für das Geschäftsjahr 2023 beträgt diese Mietsteigerung insgesamt € 15.114,00.

Auf der Aufwandsseite sind Kosten für Material und Fremdleistungen (T€ 341,0), Personal (T€ 218,2), Abschreibungen (T€ 215,0), sonstige betriebliche Aufwendungen (T€ 274,9), Zinsen (T€ 17,2) und sonstige Steuern (T€ 51,5) geplant. Die Aufwendungen beinhalten Personalkosten inkl. Personalservice, Mietzahlungen für die Halle 32, Energie- und Reinigungskosten, Wartung und Bauunterhaltung, Versicherungen und Provisionen, Beratungskosten, Finanzierungskosten und Grundsteuer berücksichtigt.

In 2023 wurden folgende Veranstaltungen durchgeführt:

- 08.01.2023 Schauinsland- Reisen-Cup
- 22.01.2023 Sascha Grammel
- 24.02.2023 ABUS-Kransysteme Firmenveranstaltung
- 18.03.2023 ARABESQUE Tanz & Ballettveranstaltung
- 25.03.2023 Torsten Sträter
- 30.04.2023 Ukraine – Rumänien Euro 2024 Qualifikation
- 13.05.2023 Mario Barth
- 21.05.2023 Luke Mockridge
- 29.06.2023 ABI-Ball

Folgende Veranstaltungen sind für 2023 optioniert, bzw. fest gebucht:

- 02.-03.09.2023 2 Auto-Salon (Eigenveranstaltung)
- 05.11.2023 Musical Paul und Gretel
- 18.11.2023 Arena Alaaf
- 04.12.2023 Schottische Musikparade
- 22.12.2023 KFO Weihnachtssingen
- 24.12.2023 KFO Heilig Abend

Mittel- und langfristig sehen wir die Aufgabe, die Akquise weiterer Veranstaltungen konstant zu halten und gegebenenfalls geringfügig zu erhöhen, um die SCHWALBE arena noch effektiver auszulasten. Dies hätte eine Verbesserung der Ertragslage zur Folge.

3.4.2.10 Arena Gummersbach Management GmbH

Anschrift	Arena Gummersbach Management GmbH Fröbelstr. 1 51643 Gummersbach
Muttergesellschaft	Stadtwerke Gummersbach

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der Arena Gummersbach GmbH & Co. KG und die Übernahme der Geschäftsführung bei dieser Gesellschaft.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Arena Gummersbach Management GmbH ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, eingetragen am 07.09.2010 im Handelsregister des Amtsgerichtes Köln unter HRB 70128. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin der Arena Gummersbach GmbH & Co. KG und die Übernahme der Geschäftsführung bei dieser Gesellschaft.

Die Gesellschaft ist berechtigt, sämtliche Geschäfte zu tätigen, die geeignet sind, den Gegenstand des Unternehmens mittelbar oder unmittelbar zu fördern. Die Gesellschaft ist so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt ist.

Die Geschäftsführung und alle damit verbundenen Leistungen erfolgen gegen Sonderentgelt an die Arena Gummersbach GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft unterliegt der umsatzsteuerlichen Regelbesteuerung

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	1	1	0	Eigenkapital	30	30	0
Umlaufvermögen	36	35	+1	Sonderposten			
				Rückstellungen	3	2	+1
				Verbindlichkeiten	4	4	0
Aktive Rechnungsabgrenzung				Passive Rechnungsabgrenzung			
Bilanzsumme	37	36	+1	Bilanzsumme	37	36	+1

Geschäftsentwicklung

Im Geschäftsjahr 2022 sind Umsatzerlöse in Höhe von € 16.791,16 (Vorjahr € 18.802,56) erzielt worden. Dies sind neben der Haftungsvergütung in Höhe von € 2.500,00 Kostenerstattungen der Arena Gummersbach GmbH & Co. KG von Geschäftsführervergütungen und damit zusammenhängenden Aufwendungen. Personalkosten sind in Höhe von € 12.366,74 (Vorjahr € 14.203,20) angefallen. Ferner

sind sonstige betriebliche Aufwendungen von € 3.732,86 (Vorjahr € 3.305,63) entstanden. Unter Berücksichtigung von Ertragsteuern ergibt sich ein Jahresüberschuss von € 582,77 (Vorjahr € 1.164,34).

Finanzlage

Die liquiden Mittel (Finanzmittelfonds) betragen T€ 16,7 (Vorjahr: T€ 35,7). Die Veränderung des Finanzmittelfonds resultiert in voller Höhe aus der laufenden Geschäftstätigkeit.

Vermögenslage

Im Geschäftsjahr 2022 erhöhte sich die Bilanzsumme zum Vorjahr um € 959,92 auf € 37.462,80. Diese Erhöhung entfällt auf Forderungen gegen verbundene Unternehmen unter Berücksichtigung der Minderungen der liquiden Mittel auf dem Kontokorrentkonto. Das Stammkapital beträgt wie im Vorjahr € 25.000,00. Der Geschäftsanteil der Stadtwerke Gummersbach beträgt € 6.275,00 und der Geschäftsanteil der VfL Handball Gummersbach GmbH € 18.725,00. Es wird ein Gewinnvortrag von € 4.528,14 ausgewiesen. Die Rückstellungen beinhalten zu erwartende Kosten für Abschluss- und Prüfungskosten. Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen hauptsächlich die Umsatzsteuer.

Chancen- und Risikobericht

Durch ihren Betriebszweck steht die Arena Gummersbach Management GmbH in enger Korrelation zu der Arena Gummersbach GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft hat gem. § 9 des Gesellschaftsvertrages der Arena Gummersbach GmbH & Co. KG Anspruch auf Ersatz aller ihr durch die Geschäftsführung erwachsenden Aufwendungen und Auslagen. Sofern sich keine neuen Faktoren ergeben, sind keine wirtschaftlichen oder sonstigen Risiken zu erwarten.

Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2023 rechnen wir mit Umsatzerlösen in Höhe von T€ 19,1 sowie einem positiven Jahresergebnis in Höhe von T€ 1,4. Aufgrund des Gegenstandes des Unternehmens hat die Covid-19 Pandemie keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, weshalb keine Änderung des Wirtschaftsplans notwendig ist. Mittelbare Auswirkungen könnten lediglich durch die persönliche Haftung der Gesellschaft für die Arena Gummersbach GmbH & Co. KG bestehen.